Dienstag, 6. Dezember 1983 - D ***

Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE  WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 284 - 49.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

USA wollen Stabilität: Ziel des amerikanischen Einsatzes in Libanon ist nach wie vor die Stabilisierung der politischen Lage im Lande, damit alle ausländischen Kräfte abgezogen werden können, erklärt Präsident Reagan zu den Luftangriffen auf syrische Stellungen in Ost-Libanon.

Palme kontra „Spiegel": Der schwedische Ministerpräsident wirft in einem Artikel in der Stockholmer Zeitung „Aftonbladet" dem Hamburger Nachrichtenmagazin vor, ein mit ihm geführtes Interview in wesentlichen Punkten verzerrt wiedergegeben zu haben. (S. 4)

Bomben in Libanon: Bei einem Bombenanschlag sind in Beirut mindestens 14 Menschen ums Leben gekommen; mehr als 80 wurden verletzt. In der Nacht starben acht US-Marineinfanteristen bei einem Artillerieüberfall drusischer Milizen auf US-Stellungen am Flughafen. (S. 8)

Angebliche Unterwanderung: Polens Innenminister General Kiszczak hat dem Westen Unterwanderung und Unterstützung der illegalen Opposition in Polen vorgeworfen. Auch ein Deutscher aus der Bundesrepublik sei als US-Spion in Haft. – Neue Angriffe auf Arbeiterführer Walesa.

Kiep bei Mittag: Der CDU-Politiker führte nach einer Privatreise in die „DDR" ein einstündiges Gespräch mit dem SED-Politbüro-Mitglied.

EG festgefahren: Die Beratungen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft schienen gestern festgefahren. In allen wichtigen Fragen bestünden „grundlegende Differenzen", sagte ein Sprecher der deutschen Delegation.

NATO-Konferenz: Die Chefs der Generalstäbe der NATO-Länder befassen sich in Brüssel mit der militärischen Lage nach Beginn der westlichen Nachrüstung und angesichts der weiteren SS-20-Rüstung der Sowjets.

Andropow „rekonvaleszent": Der sowjetische Staats- und Parteichef, der seit dreieinhalb Monaten nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen wurde, sei „rekonvaleszent", erklärt ZK-Informationssekretär Samjatin.

Weinberger in Franken: Der US-Verteidigungsminister besichtigte Einheiten der US-Streitkräfte in der Nähe von Nürnberg, bevor er zur NATO-Wintertagung nach Brüssel reiste.

Lusinchi gewählt: Der Kandidat der sozialdemokratisch orientierten „Accion Democrática", Jaime Lusinchi, ist zum neuen Präsidenten Venezuelas gewählt worden (vorläufige Ergebnisse). (S. 5)

Heute: Bundestag beginnt Haushaltsdebatte. – Athener EG-Gipfel wird beendet. – Planungsgruppe der NATO tagt in Brüssel. – US-Außenminister Shultz zu Kurzbesuch in Bonn.

ZITAT DES TAGES



„Damit niemand auf falsche Gedanken kommt, will ich es ohne Umschweife rundheraus sagen: Sollte Israel dazu gezwungen werden, die UN zu verlassen, so würden die USA und Israel gemeinsam gehen."

Präsident Reagan zu israel-feindlichen Bestrebungen in der Weltorganisation
FOTO: DAVID WELLS/STUDIO X

WIRTSCHAFT

Steuersenkung: DIHT-Präsident Wolff empfiehlt Reduzierung der Lohn- und Einkommensteuer um durchschnittlich elf Prozent als Leistungsanreiz. (S. 9)

Keine Thyssen-Dividende: Der größte deutsche Stahlkonzern wird voraussichtlich für das Geschäftsjahr 1982/83 (30. September) keine Dividende auf das Aktienkapital von knapp 1,3 Milliarden DM zahlen. (S. 11)

Rentenanstalt: Die Schweizerische Rentenanstalt, führender ausländischer Lebensversicherer in der Bundesrepublik Deutschland, wird das Neugeschäft bis Jahresende auf 2,65 Milliarden DM (+ 8,6 Prozent) steigern. (S. 11)

Zahlungsbilanz: Überschuß im Oktober von 2,5 Milliarden DM gegen nur 64 Millionen DM im September.

Allianz erhöht: Das Angebot für die Übernahme der britischen Versicherungsgruppe Earle Star soll höher liegen als das des gleichfalls interessierten Konzerns BAT. (S. 9)

Börse: Eine Häufung negativer wirtschaftlicher und politischer Einflüsse führte zu Zurückhaltung an den Aktienmärkten. Der Rentenmarkt war leichter. WELT-Aktienindex 149,7 (150,5). Dollarmittelkurs 2,7292 (2,7019) Mark. Goldpreis pro Feinunze 397,25 (400,75) Dollar.

KULTUR

Manet-Odyssee: Ein vor 92 Jahren gestohlenes Werk von Edouard Manet kehrte jetzt in das Museum von Lille zurück. Es war 1954 in der Schweiz aufgetaucht, von einem Argentinier gekauft und jetzt in New York verkauft worden.

Schriftsteller in Haft: Über 500 Schriftsteller sind in rund 50 Ländern der Welt als politische Gefangene inhaftiert, teilt der französische Pen-Club mit. Nicht gezählt seien Autoren, die am Schreiben gehindert würden.

SPORT

Fernsehen: ARD und ZDF werden von den Olympischen Winterspielen in Sarajevo (8.–19. Februar) täglich bis zu neun Stunden original übertragen – oft bereits ab 8.50 Uhr.

Schach: Kortschnoi steht im Halbfinale des Kandidatenturniers vor der ersten Niederlage. Sein Gegner Kasparow erkämpfte in der sechsten Partie klare Vorteile. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Weltraumgespräche: Nach Schaltfehlern vergangene Woche klappte gestern ein Weltraumtelefonat zwischen Astronaut Merbold und Forschungsminister Riesenhuber; die Unterhaltung war Test für die Konferenzschaltung, in der Präsident Reagan, Bundeskanzler Kohl und die „Columbia"-Astronauten miteinander sprechen sollten.

Infarktgefahr: Nur jeder zweite Herzinfarkt wird erkannt, stellten US-Wissenschaftler fest. (S. 16)

Wetter: Wechselnd wolkig, null bis fünf Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

USA wollen in Libanon keine Provokationen mehr hinnehmen

Washington sieht nicht die Gefahr einer direkten Konfrontation mit Moskau

TH. KIELINGER, Washington

Als deutliche Warnung an Syrien, daß es nicht darauf bauen könne, die Amerikaner aus Libanon herauszudrängen, will die Reagan-Regierung ihre Luftangriffe gegen syrische Stellungen in Libanon verstanden wissen. Während das Massaker an den 239 US-Marines vom 23. Oktober von Washington noch ungeahndet blieb, ist die amerikanische Regierung jetzt entschlossen, Provokationen gegen seine militärische Präsenz in Libanon sofort zu beantworten. In dieser Politik fühlen sich die Amerikaner gestärkt durch ein neues Kooperationsabkommen mit Israel, das sie gerade in der vergangenen Woche in Washington, aus Anlaß des Besuches der israelischen Führungsspitze, besiegelt hatten.

Der Luftangriff gegen die syrischen Stellungen war jedoch kein Resultat direkter Absprachen mit Israel, heißt es dazu in Washington. Die Amerikaner ersuchten Jerusalem lediglich, sich für die Zeit der geplanten Operation aus dem Luftraum über den avisierten syrischen Stellungen herauszuhalten. Dort hatten die Israelis selber am Tag zuvor Angriffe geflogen.

„Wir suchen keine Feindseligkeiten", bekräftigte Präsident Reagan auf die Frage eines Journalisten nach den Zielen der amerikanischen Politik gegenüber Syrien. „Unsere Mission in Libanon bleibt, was sie war. Die Situation in Beirut stabilisieren zu helfen, bis alle ausländischen Kräfte abgezogen werden können und bis die Regierung Libanons ihre Hoheit über das nationale Territorium etablieren kann." Die Amerikaner hätten bisher noch „auf niemanden geschossen, es sei denn in Gegenwehr gegen Angriffe auf unsere Kräfte", fügte Reagan hinzu.

SEITE 2:
Syrien probt den Ernstfall
SEITE 8:
Alarmbereitschaft für US-Marines

Wie auch Verteidigungsminister Weinberger am gleichen Tag in Paris, ließ Reagan keinen Zweifel, daß sich die Luftangriffe gegen syrische Stellungen wiederholen könnten: „Wenn unsere Streitkräfte angegriffen werden, schlagen wir zurück. Wir werden unsere Truppen dort verteidigen", sagte der Präsident.

Nach Auffassung von Regierungskreisen in Washington haben sich die Syrer allzu lange ermutigt fühlen dürfen, mit ihrer Politik in Libanon durchzukommen. Dagegen hofft Washington jetzt mit der Demonstration neuer Entschlossenheit anzugehen, in der Erwartung, Damaskus somit auf den Weg von Verhandlungen – die Syrien bisher vermieden hat – zurückzudrängen. Die Linien dieser amerikanischen Taktik waren bereits in der „Nationalen Entscheidungsdirektive Nr. 111", die Präsident Reagan am 29. Oktober unterzeichnet hatte (vgl. WELT vom 29. 11.), abgesteckt worden.

Wie erfolgreich der Angriff gegen die syrischen Stellungen von seinen operationellen Zielen her war, bleibt unter Experten umstritten. Staatssekretär Eagleburger vom US-Außenministerium gab bekannt, man habe „eine syrische Kommandozentrale und zwei Flak-Stellungen außer Gefecht gesetzt". Die Amerikaner flogen den Angriff mit den Unterschalljägern der Marine, weil diese Flugzeuge mehr Munition führen und „mit großer Präzision treffen" können, wie Verteidigungsminister Weinberger in Paris darstellte. Doch sind sie wegen ihrer geringen Schnelligkeit feindlichem Abwehrfeuer gegenüber – vor allem SAM-5-Raketen – unterlegen.

Wie das Pentagon durchblicken ließ, wurde das Risiko auch eingegangen, weil man nicht mit den Schiffgeschützen der vor der libane-

● Fortsetzung Seite 8

„Künstlicher Optimismus des Westens"

Sowjetpolitiker kritisieren Äußerungen Kohls über Gesprächsbereitschaft Moskaus

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Wenn der Kreml-Chef schon alles gesagt hat, kann eine Moskauer Pressekonferenz selbst führenden sowjetischen Politikern keine neue Nuance mehr entlocken. Einträchtig wiederholten gestern Jurij Kornijenko, erster stellvertretender Außenminister, und Nikolai Ogarkow, Sowjetmarschall und erster stellvertretender Verteidigungsminister, was Jurij Andropow Ende November über den Abbruch der Genfer Raketenverhandlungen verlauten ließ. Die Verantwortung dafür liege bei den Vereinigten Staaten, und Moskau werde erst dann zu weiteren Gesprächen bereit sein, wenn die Aufstellung neuer amerikanischer Raketen in Westeuropa rückgängig gemacht werde.

Dies vor allem galt es zu unterstreichen, weil – so Kornijenko – verantwortliche Politiker im Westen weiterhin „künstlichen Optimismus" darüber verbreiteten. Der zu süffisanter Rhetorik neigende Außenpolitiker wandte sich namentlich gegen Bundeskanzler Kohl, der nicht aufhöre, unter Berufung auf ein Schreiben Andropows die andauernde sowjetische Verhandlungsbereitschaft zu verkünden.

Auch Marschall Ogarkow, der Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte, rieb sich mit Ironie am deutschen Bundeskanzler: Kohl neige zu der eigenartigen Logik, daß der Friede um so sicherer sei, je mehr Atomwaffen im Westen aufgehäuft würden. Das Gegenteil sei der Fall. Die Sicherheit Westeuropas werde geschwächt, weil die Stationierungsländer in ein Objekt sowjetischer Gegenmaßnahmen verwandelt würden. Das sei vor allem für die Bundesrepublik gefährlich.

Dieser Schwenk des Sowjetmarschalls auf das vertraute Gebiet der Warnungen und Drohungen löste mehrere Fragen nach der Beschaffenheit der Moskauer „Gegenmaßnahmen" aus. Aber Ogarkow ließ sich nicht aus der Ruhe bringen: Für die USA dieselbe Gefahr wie für uns, allerdings durch seegestützte Waffen – diese Ankündigung Andropows bedeute auf sowjetischer Seite „dieselbe Sprengkraft, Treffgenauigkeit" und, was besonders wichtig sei, „dieselbe Flugzeit" wie bei den amerikanischen Raketen in umgekehrter Richtung. Hinzu kämen „andere Maßnahmen", die zu konkretisieren nicht möglich sei. Von den neuen taktischen Systemen in der „DDR" und der Tschechoslowakei werde das Potential voll ausgeglichen, das die Nachrüstung für die Bundesrepublik vorsehe.

Auf die Frage nach der Möglichkeit einer Zusammenlegung der Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen und über die Langstreckenwaffen (START) in Genf antwortete der Generalstabschef, das wäre ein Fehler: „Was wir brauchen, ist eine Änderung der Einstellung bei den Verhandlungen. Eine Änderung der Einstellung der Vereinigten Staaten."

Leonid Samjatin, stellvertretender Chef der Propaganda-Abteilung des Zentralkomitees der Partei, behauptete, die sowjetischen Raketen hätten vor der westlichen Nachrüstung gar nicht auf friedliebende Westeuropäer wie Holländer und Dänen gezielt, sondern ausschließlich auf die vorgeschobenen Atomwaffen der Amerikaner.

Starre Fronten beim Athener EG-Gipfel

Karamanlis warnt vor einem „Europa im Chaos" / Kohl: Die Lage ist kritisch

B. CONRAD/W. HADLER, Athen

Hart standen sich gestern auf dem Athener EG-Gipfel die Standpunkte der Teilnehmer in den entscheidenden Fragen der Agrar- und Finanzpolitik gegenüber. Bundeskanzler Helmut Kohl beurteilte nach Abschluß der Montagssitzung: „Die Lage ist kritisch."

Ausgelöst wurde die Zuspitzung durch eine heftige britisch-französische Kontroverse über die künftige Verteilung der finanziellen Lasten in der Gemeinschaft. Während die britische Premierministein Margaret Thatcher einen dauerhaften Beitragsausgleich für London verlangte, der noch über die bisherigen vorläufigen Regelungen hinausgeht, stellte der französische Staatspräsident François Mitterrand die britischen Ansprüche prinzipiell in Frage.

Der Römische Vertrag müsse auch von den später hinzu gekommenen Ländern respektiert werden, sagte Mitterrand. Ein Beitragsausgleich könne daher nur provisorischen Charakter haben und für kurze Zeit gelten. Die Briten sahen in dieser Äußerung ein Zurückweichen Frankreichs gegenüber dem in Stuttgart mühsam geschnürten Verhandlungspaket.

Kohl forderte: „Wir können nicht der einzige unbegrenzte Nettozahler sein." Die Risiken für die Finanzierbarkeit der Gemeinschaften müßten begrenzt und kalkulierbar bleiben. Frau Thatchers Modell kommt diesem Wunsch nach vorliegenden Informationen ein gutes Stück entgegen, trifft aber bei den meisten anderen Delegationen auf entschiedenen Widerstand. London will eine „Obergrenze" für die nationalen Nettobeiträge schaffen. Danach sollen die Bundesrepublik Deutschland in Zukunft höchstens 4,5 Mrd. DM (1982: rund 6 Mrd. DM), Großbritannien und Frankreich jeweils 1,15 Mrd. DM mehr nach Brüssel zahlen, als sie von der EG erhalten.

Die meiste Zeit beschäftigte sich der Europäische Rat unter dem Vorsitz des Griechen Andreas Papandreou mit den Problemen einer Reform der Brüsseler Agrarpolitik. Dabei kam es nur zu einer geringen Annäherung der Positionen. Hauptstreitpunkte waren die Höhe der geplanten Höchstquoten für die Milcherzeugung, die von der EG-Kommission vorgeschlagene sowie von Bonn und anderen Partnern energisch abgelehnte Fettsteuer, außerdem der Abbau des Währungsausgleichs im Agrarhandel. Papandreou kündigte für den Nachmittag neue Kompromißvorschläge an.

Der griechische Staatspräsident Konstantin Karamanlis hatte am Sonntagabend bei einem Festbankett an die Gipfelteilnehmer appelliert, in einer gefährlichen internationalen Lage Solidarität und Verantwortungsgefühl zu zeigen: „Wenn wir eine Rückkehr zu der Situation vor den Römischen Verträgen akzeptieren, würde Europa im Chaos versinken."

Elixier zur Belebung der Wirtschaft

HORST-A. SIEBERT, Washington

Mit der Zerschlagung des größten und vielleicht auch erfolgreichsten Privatunternehmens der Welt, der American Telephone & Telegraph Company (AT&T), in acht unabhängige Gesellschaften ist in den USA ein beinahe vergessenes Thema zu neuem Leben erweckt worden: die Deregulierung der Wirtschaft. Man zieht Bilanz und preist wieder den Abbau staatlicher Vorschriften, die nach groben Berechnungen die Verbraucher 145 Milliarden Dollar im Jahr kosten. Die Entbürokratisierung wird als ein Revitalisierungselixier angesehen, das den Wettbewerb verstärkt und den Weg frei macht für höhere Produktivität, Innovationen sowie Kosten- und Preisvorteile.

Schon vor anderthalb Dekaden haben in den USA Marktwirtschaftler mit einem Kreuzzug gegen die Eingriffsmacht der Regierung in ökonomische Prozesse begonnen. Während Europäer damals den Kapitalismus noch jenseits des Atlantik zu orten versuchten, war er in seiner reinen Form längst tot. Die Auszehrung begann 1887, als der Kongreß die „Interstate Commerce Commission" mit dem Auftrag schuf, den Tarifstreit zwischen den Eisenbahngesellschaften und den Befrachtern zu schlichten. Zu Grabe getragen wurde Adam Smith in den 30er und 50er Jahren mit der Regulierung der Finanz- und Energiewirtschaft.

Den Kampf gegen die Befehlsgewalten der Regierung, worunter in Washington Administration, Kongreß und Oberster Gerichtshof zu verstehen sind, hat zuerst Präsident Gerald Ford mit großen Lettern auf seine Fahne geschrieben. Im Mai 1976 trat er vor die amerikanische Bevölkerung und beklagte die „regulative Explosion". Seit 1960 seien 236 neue Behörden geschaffen und nur 21 demontiert worden, sagte er; geknebelt werde die US-Wirtschaft von mehr als 1000 verschiedenen Bundesprogrammen, über 80 verschiedenen Ämtern und 100 000 Beamten. Sein Nachfolger Jimmy Carter nahm die Fackel auf (die Speerspitze bildete Alfred Kahn); in Ronald Reagans 1981 verkündetem Erholungspaket steht das Zurückschneiden der Staatsmacht unter Punkt drei.

Die USA haben einen Anfang gemacht, wobei sich die Erfolge auf die Bereiche Bank-, Fernmelde- und Verkehrswesen konzentrieren. Gelungen ist zweifellos die Eindämmung der Auflagenflut; ein enges Sieb, das den volkswirtschaftlichen Nutzen mißt, hat die Zahl neuer Regulationen zu

■ Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Gemenge

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Moskau leistete einen erstaunlichen Aufwand, als es das Zentralkomitee der Partei in der Person des Informationschefs Samjatin, das Außenministerium in Gestalt des Ersten stellvertretenden Ministers Kornijenko und das Verteidigungsministerium in der Figur des Sowjetmarschalls Ogarkow, ebenfalls Erster stellvertretender Minister und zugleich Generalstabschef, aufbot, um den Journalisten aus West und Ost nichts Neues mitzuteilen. Das jedenfalls ist die allgemeine Einschätzung dieser Pressekonferenz.

Oder gibt es doch etwas Neues?

Vielleicht dies: Die Journalisten waren in das Außenministerium gebeten worden. Dort fanden sie den Sowjetmarschall von Vertretern der Partei und der Gromyko-Domäne sozusagen in die Mitte genommen vor. Hatte es in den letzten Wochen nicht Aufsehen erregt, daß die Marschälle, auch Ogarkow, bei herausragenden Gelegenheiten auf dem Feld der Sicherheitspolitik das große Wort an sich rissen? Das war ungewöhnlich, weil im Sowjetsystem nicht die Armee, sondern die Partei zu führen hat. Nun dürfen die Kreml-Astrologen spekulieren, ob Andropow wieder gesund genug ist, denRepräsentanten der Armee in den von der Partei bestimmten und vom Außenministerium vertretenen Kurs einzubinden, oder ob Andropow noch so krank ist, daß der Marschall Partei und Außenamt auf die Linie der Armee festnageln konnte.

Oder vielleicht dieses: Ogarkow lehnte die von der SPD emsig empfohlene Zusammenlegung der beiden Genfer Verhandlungsrunden über die Mittelstreckenraketen und die strategischen Raketen als Fehler ab. So sieht es auch Washington. Mithin bleibt für eine von manchen Europäern hoffnungsvoll erwartete Abrüstungsinitiative Mitterrands wenig Raum, da die Chinesen die andere Möglichkeit, eine Konferenz der fünf Atommächte, blockieren.

Oder vielleicht auch dieses: Der Generalstabschef erklärte, mit der Stationierung moderner taktischer Sowjetraketen in der „DDR" und CSSR werde die Nachrüstung der NATO voll ausgeglichen. Wie man weiß, hatte Moskau die Aufstellungen dieser Projektile unabhängig von den Entscheidungen der NATO beschlossen und vorbereitet.

Es bleibt also in Moskau bei dem diffizilen Gemenge von martialischer Drohung und jener diplomatischen Zurückhaltung, die in Genf die Verhandlungen über die strategischen Waffen am Leben erhält. In diese Linie paßt das Taktieren Honeckers: Moskau erlaubt es ihm, Bonn mit deutsch-deutschen Entspannungsträumen zu ködern. Der Kreml hat mitsamt der „Friedensbewegung" die Anti-Raketen-Schlacht verloren, jetzt wechselt er das Gefechtsfeld.

„Andropow auf dem Wege der Besserung"

DW. Moskau

Der erkrankte sowjetische Staats- und Parteichef Jurij Andropow (69) befindet sich nach Angaben von Parteisprecher Leonid Samjatin „gesundheitlich auf dem Wege der Besserung. Er beschäftigt sich ausgiebig mit Staats- und Parteiangelegenheiten". Vor der Presse sagte Samjatin gestern aber nicht, wann Andropow nach über drei Monaten Abwesenheit wieder in der Öffentlichkeit erscheinen werde. Er ging auch nicht näher auf die Krankheit Andropows ein.

Zu Berichten aus dem Westen, daß Andropow schwer erkrankt sei und eine Operation hinter sich habe, sagte der Leiter der Abteilung Auslandsinformation im Zentralkomitee der Partei auf Befragen: „Ich glaube Ihren Unterstellungen nicht, weil sie nicht mit der Wahrheit übereinstimmen. Alles, was amtlicherseits überhaupt gesagt werden kann, habe ich bereits gesagt."

Andropow war seit Mitte August nicht mehr an seinem Amtssitz im Kreml gewesen und hatte im November auch nicht an der traditionellen Militärparade zum Jahrestag der Oktoberrevolution auf dem Roten Platz teilgenommen. Samjatin ging nicht auf die Frage ein, wer in Andropows Abwesenheit den Nationalen Verteidigungsausschuß geleitet habe. Der Ausschußvorsitz ist der dritte Spitzenposten Andropows. Der Parteisprecher nahm auch [illegible] zu Berichten aus Bonn Stellung, Andropow werde nach Informationen der Bundesregierung voraussichtlich am 10. Dezember seine Amtsgeschäfte wiederaufnehmen.

Klage gegen Tandler wegen Beleidigung

hey/lz. Bonn/München

Der Generalstaatsanwalt in Köln wird den amtierenden CSU-Generalsekretär Gerold Tandler wegen Beleidigung verklagen. Wie die nordrhein-westfälische Justizministerin Donnepp gestern mitteilte, hat sich die Kölner Generalstaatsanwaltschaft mit der Staatsanwaltschaft in Bonn auf ein solches Vorgehen geeinigt. Tandler hatte das Vorgehen der Justiz gegen Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff mit der Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer und des früheren Chefs der Dresdner Bank Ponto verglichen.

Tandler wiederholte gestern seine Kritik: „Ponto und Schleyer wurden als Leitfiguren eines ganz bestimmten Systems exekutiert. Lambsdorff ist in eine ähnliche Rolle gedrängt." Es sei sehr ungewöhnlich, „daß ein amtierender Bundesminister der Bestechlichkeit geziehen wird durch ein weisungsgebundenes Organ, für das die politische Verantwortung die Justizministerin von Nordrhein-Westfalen trägt".

Der Bonner CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel erklärte in München, ein Recht der FDP auf das Bundeswirtschaftsministerium sei in keinem Koalitionsabkommen festgehalten.

Die Anklageschriften gegen die beiden ehemaligen Flick-Manager von Brauchitsch und Nemitz sowie gegen die früheren Minister Friderichs und Riemer sind gestern deren Anwälten übergeben worden. Gegenüber der WELT kündigte Riemer Beschwerde an.

Seite 2: Revisionsinstanz

Die Sandinisten rufen ihre Gegner zur Rückkehr auf

Wahlvorbereitungen sollen am 31. Dezember beginnen

AP, Managua

Die Vorbereitungen für die 1985 in Nicaragua geplanten Wahlen sollen nach einem jetzt veröffentlichten Dekret am 31. Dezember beginnen. Zugleich wird den Nicaraguanern, die das Land seit der Machtübernahme der Sandinisten 1979 verlassen haben oder die gegen die Regierung in Managua kämpfen, die Rückkehr bei freiem Geleit und die Wiedereinsetzung in die Bürgerrechte angeboten. Dazu gehören auch das aktive und passive Wahlrecht und das Recht des Landerwerbs.

In dem Dekret wird zwar das Wort Amnestie nicht gebraucht, doch kommt das Angebot einer Strafbefreiung gleich, zumal eine Sprecherin der Regierung in Managua nicht ausschließen wollte, daß das Dekret auch auf die politischen Gefangenen im Lande angewendet werden wird. Grundbesitzern, die das Land verlassen haben und deren Boden deswegen beschlagnahmt worden ist, sollen nun entweder ihr Land wieder beanspruchen oder eine finanzielle Entschädigung erhalten können. Die nicaraguanischen Konsulate in Honduras, Costa Rica und den USA stünden bereit, Rückkehrwilligen Papiere mit der Zusicherung freien Geleits auszustellen. Ausgenommen von dem Angebot seien allerdings die Anführer der regierungsfeindlichen Guerilleros sowie Offiziere der ehemaligen Nationalgarde des Diktators Somoza, die sich an „Unterdrückungstaten" beteiligt hätten und deswegen noch nicht abgeurteilt seien. Die bereits Verurteilten sind auch von dem Dekret ausgenommen, es sei denn, ihnen wurde auf dem Gnadenweg Straferlaß gewährt.

Mit dem Schritt hat Nicaragua eine weitere Forderung des unter Schirmherrschaft der Contadora-Gruppe ausgearbeiteten Friedensplanes für Mittelamerika erfüllt, der am 21. Dezember unterschrieben werden solle. Darin wird auch der Abzug aller ausländischen Militärberater gefordert. Nicaragua hat bereits 2200 von rund 8000 im Lande arbeitenden Kubanern nach Hause geschickt. Nach Darstellung der USA befinden sich unter dem Rest aber immer noch 2000 Militärangehörige.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Raketen verschossen?

Von Manfred Schell

Einige Sozialdemokraten spüren, daß ihre Partei den Anschluß an die Realität verloren hat. Der neue Vorsitzende der gewichtigen SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Rudolf Dressler, hat dieses Manko öffentlich formuliert: „Ich habe immer davor gewarnt, der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und der Finanzpolitik nicht die gleiche Bedeutung beizumessen wie der Raketenstationierungspolitik überhaupt."

Dressler gibt damit praktisch zu, daß die SPD als Oppositionspartei ihre Kraft im Kampf gegen die NATO-Nachrüstung verbraucht hat. Manche gestandene Sozialdemokraten empfinden es bitter, daß die Nachrüstungsdebatte nicht nur verloren, sondern auch noch niveaulos beendet worden ist: Helmut Schmidt bastelte im Plenum Papierflieger, Willy Brandt verpaßte die Schlußabstimmung. Es ist interessant, daß die Anforderungen an die SPD, umzudenken und auf dem wirtschaftspolitischen Feld eine neue Stoßrichtung gegen die Regierung Kohl aufzubauen, aus der zweiten Linie der Genossen kommt. Offenbar traut man Hans-Jochen Vogel nicht zu, daß er mit neuer Kraft, vielleicht auch mit neuen Einsichten, seine Partei in einen neuen Aufbruch führen kann.

Das Schlagwort, das der SPD wieder Hoffnung gibt, heißt Arbeitszeitverkürzung. Dieses Thema will sie besetzen, wohl auch deshalb, weil hier am ehesten wieder der Schulterschluß mit dem DGB möglich ist. Dabei ist sie so geschickt, eine Festlegung auf die 35-Stunden-Woche oder auf die Verkürzung der Lebensarbeitszeit, wie sie die Bundesregierung und fünf DGB-Gewerkschaften favorisieren, zu vermeiden.

Leicht wird der SPD die Suche nach neuer Kompetenz, nach Profil, jedenfalls nicht fallen. Die Bundesregierung hat die Schulden abgebaut, die Konjunkturdaten zeigen nach oben. Demgegenüber muß die SPD erklären, wie sie – zum Beispiel in Hessen – den Schlingerkurs mit den Grünen, also den Ausstieg aus der Industriegesellschaft, mit der Sicherung von Arbeitsplätzen vereinbaren will. Aber wie soll eine Partei, die praktisch keinen führenden Kopf hat, sich denselben zerbrechen?

Revisionsinstanz

Von Enno v. Loewenstern

Bereslaw Schmitz, der in Politstürmen gereifte Kölner Generalstaatsanwalt, machte seine Sache zunächst durchaus geschickt. Auf Tandlers groben Klotz (der CSU-Generalsekretär verglich das Lambsdorff-Verfahren mit den Morden an Ponto und Schleyer, weil er beides „gegen das System" gerichtet sieht) setzte Schmitz einen groben Keil: „Stürmer-Stil".

Und dabei wäre es wohl geblieben, wenn die unglückselige Frau Justizminister Inge Donnepp ihrer Partei den Gefallen getan und dies eine Mal ihren schöngeschwungenen Mund gehalten hätte. Aber nein, sie mußte tönen, daß sie gegen Tandler straf- und zivilrechtlich vorgehen werde. Und am Montag versprach der Kölner General denn auch Schritte wider Tandler.

Vielleicht hatte Frau Donnepp gedacht, es könne eh nichts passieren, denn die Immunitäts-Aufhebung, die bei Bestechlichkeits-Vorwürfen blindlings und ohne Prüfung der Aktenlage erfolgt, wird in Beleidigungsfällen blindlings und ohne Prüfung der Aktenlage verweigert. Und eine Zivilklage erwartet ohnehin niemand ernstlich von einer Behördenchefin.

Aber was ist, wenn der Landtagsabgeordnete Tandler öffentlich herumzufragen beginnt, wo denn Frau Donnepps Klage bleibe? Wenn er gar, Präzedenzfall hin oder her, die Aufhebung seiner Immunität in dem von seiner Fraktion beherrschten Bayerischen Landtag durchsetzt?

Dann muß Frau Donnepp überkommen, und zwar nicht nur mit dem Vorwurf einer „bloßen Formalbeleidigung", sondern leider auch mit den Akten. Und dann kann ein wirklich unabhängiges Gericht in Bayern noch einmal studieren, was da alles so läuft im schönen Nordrhein-Westfalen.

Zugegeben, man müßte erst einmal die Entscheidung im Hauptverfahren gegen Graf Lambsdorff selber abwarten. Das kann lange dauern. Aber eines Tages – und der arge Tandler könnte dafür sorgen, daß das Verfahren gegen ihn nicht versehentlich verjährt! – käme es zu einer akribischen Überprüfung des mittelrheinischen Landrechts.

Möglicherweise läuft Frau Donnepps Telephon schon heiß mit Ratschlägen rechtskundiger Parteifreunde, sie möge doch um Himmels willen nicht das Schicksal herausfordern. Möglicherweise wird sie versuchen, ihre finstere Drohung im Orkus des Vergessens versinken zu lassen. Möglicherweise spielt Tandler nicht mit.

Die Spätzünder

Von Joachim Neander

Ein guter, ehrlicher deutscher Beamter lache nie, so schrieb vor 150 Jahren der Journalist Moritz Gottlieb Saphir. Es sei denn, fügte er hinzu, der Beamte habe sich vergewissert, daß seine Behörde es nicht merkt.

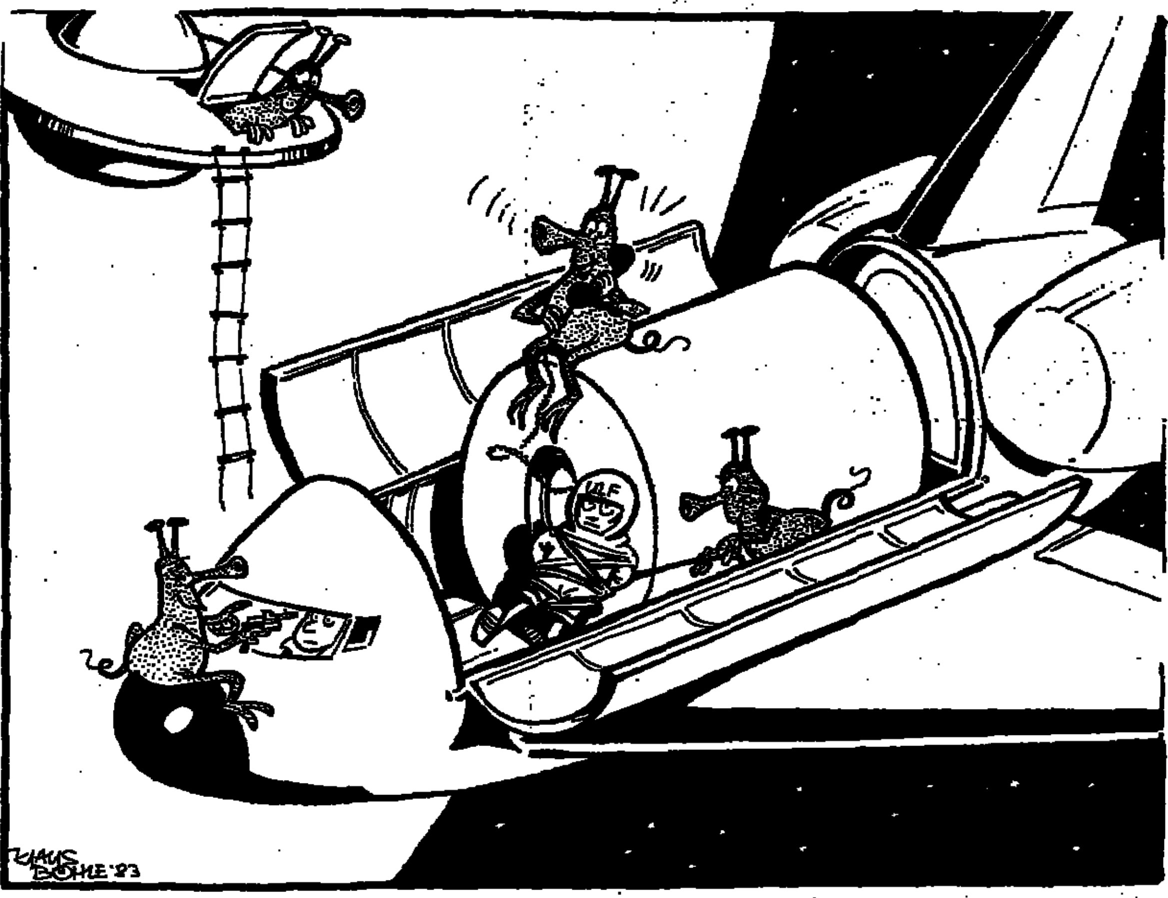
In diesem Ruch scheint die Beamtenschaft verblieben zu sein. Niemand traut ihr so etwas wie Witz zu. Und läßt mal wirklich einer einen los, so finden sich mit tödlicher Sicherheit Journalisten, die ihn ernst nehmen.

Da hat dieser Tage der Pressereferent des rheinland-pfälzischen Kultusministers zu einem Symposium über das Thema Rechtschreibung eingeladen, zur Auflockerung des ziemlich trockenen Textes der Einladung vier orthographische Fehler eingeschmuggelt und sie am Schluß des Schreibens in Form einer Berichtigung selbst wieder korrigiert. Was muß er lesen? Höhnische Kommentare über die Rechtschreibkünste von Leuten, die andere auf einer Tagung aufklären wollen und es offensichtlich doch selber gar nicht können.

Da haben dieser Tage in Mainz junge Leute eine Aktion gestartet, um das Anatomische Institut der Universität Heidelberg zur Herausgabe der „widerrechtlich unter Verschluß gehaltenen" Gebeine des Schinderhannes zu veranlassen. Ein herrlicher Jux. Alle scheinen mitzuspielen: Professoren, Oberbürgermeister, Historiker und sogar Lokalpolitiker setzen einen Gag auf den anderen, daß es nur eine Lust ist.

Aber was passiert damit? In manchen Zeitungen und Magazinen wird daraus ein tiefernster politischer Streit um die Frage, ob der Schinderhannes (der bei seiner Hinrichtung je nach Historikertheorie entweder 20 oder 26 Jahre alt war) ein Kämpfer für die soziale Gerechtigkeit oder nur der Häuptling einer Verbrecherbande war.

Es scheint irgendwie an Mainz zu liegen. Wenn die Karnevalssaison begonnen hat, nach dem Elften im Elften, dann – glauben offenbar viele Journalisten in diesem unserem Lande – könne aus den Mauern dieser Stadt eigentlich nichts wirklich Komisches mehr kommen. So ganz unrecht haben sie sonst ja nicht.



„Wer, bitte? Ein Herr Kohl?"

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Syrien probt den Ernstfall

Von Thomas Kielinger

Wenn Sie mich so fragen: Stehen wir auf dem Sprung zum Krieg mit Syrien? – dann muß ich rundweg antworten: Nein." Mit dieser glättenden Darstellung versuchte Lawrence Eagleburger, Staatssekretär im US-Außenministerium, die Vergeltungsmission amerikanischer Marine-Jets gegen syrische Artilleriestellungen perspektivisch zurechtzurücken. Er hatte kaum ausgesprochen, da wurde Washington mit der Nachricht der neuen Bombardierung gegen die US-Ledernacken auf dem Gelände des Beiruter Flughafens konfrontiert.

Nein, ein Krieg ist nicht erklärt, und ein Krieg mag nicht geplant sein. Der Nahe Osten zeigt sich nur wieder als Pulverfaß. Diesmal aber ist eine neue Situation gegeben. Amerika spielt nicht mehr die Rolle der weit entfernt angesiedelten Großmacht, Amerika ist präsent – gefangen, sagen die einen, engagiert, sagen die anderen. Als Schutztruppe hat das amerikanische Kontingent in Libanon ein viel stärker ausgeprägtes Profil als die europäischen Verbündeten, die ebenfalls mit ihren Soldaten für die Stabilisierung Libanons geradestehen: Italien, Frankreich, Großbritannien.

Die Amerikaner bilden also das bei weitem lohnendste Ziel unter allen ausländischen Friedenstruppen. Sie zu attackieren ruft eine amerikanische Präsenz auf den Plan, die ursprünglich gar nicht avisiert worden war; es provoziert einen Präsidenten, der bei mehreren Anlässen demonstriert hat, daß er durchaus konfliktbereit sein kann, wenn es denn sein muß. Sie zu attackieren aktiviert die neue amerikanisch-israelische Kooperation. Kurzum: Wer die Konfrontation mit der amerikanischen Präsenz in Libanon sucht, der muß wissen, daß er damit womöglich eine Kettenreaktion auslöst.

Sucht Syrien die amerikanische Herausforderung? Amerika hat das Blutbad an den Marines, die 239 Toten des Anschlags gegen das US-Hauptquartier am Beiruter Flughafen, ungeahndet passieren lassen. Ungeahndet, aber nicht unvergessen. Jede neue Provokation seitens der Syrer, die bei dem Terroranschlag zumindest als Komplizen beteiligt waren, muß in Washington die Erinnerung an den 23. Oktober wachrufen. Daher die zügig beschlossene Mission der Marine-Flieger am Sonntagmorgen als Replik auf das Raketenfeuer gegen amerikanische F-14-Aufklärer vom Tag zuvor.

Aus diesem syrischen Angriff gegen die US-Aufklärer läßt sich ablesen, daß man in Damaskus durch den bisher folgenlos gebliebenen Anschlag vom 23. Oktober eher kühner geworden ist. Die Syrer waren ordnungsgemäß über die Aufklärungsmission der Amerikaner informiert worden. Die Routineübung fand über libanesischem Boden statt, als flankierende Maßnahme zum Schutz amerikanischen Militärs, das ausdrücklich von der Regierung Libanons ins Land gebeten worden ist. Missionen dieser Art fliegen die Amerikaner seit September. Trotzdem jetzt die Order aus Damaskus, mit Flak und SAM-5-Raketen auf die unbewaffneten F-14 –Jets zu schießen. So tritt man Schneebretter des Konflikts los.

Eine Eskalation liegt auch in der Art der Beschießung vor, mit der die syrischen Hilfstruppen im Schuf auf die Stellungen der amerikanischen Luftlandetruppen auf dem Beiruter Flugfeld feuerten. Gegen alle Genfer Vereinbarungen der Kriegsführung wurden Luftabwehrartilleriegeschosse gegen die amerikanischen Marines eingesetzt. Die hohen Verluste sind nur so zu erklären.



Wie weit wagt Moskau sich vor? Kriegsszenen in Libanon FOTO: AP

Lange werden die Amerikaner nicht mehr mit ansehen, wie ihre Friedenstruppe als wehrloses Kanonenfutter jenen Kräften geopfert wird, die partout eine gerechte Lösung des Libanon-Konflikts verhindern wollen. Man muß sich vor Augen halten, daß das amerikanische Militär in seinen Beiruter Stellungen vor dem Feuergefecht am Sonntagabend in höchster Alarmbereitschaft stand, also die besten Vorkehrungen zum Selbstschutz hatte treffen können. Es reichte nicht aus.

Die Unhaltbarkeit einer Position, die nicht einmal ausreichende Selbstverteidigung erlaubt, wird mit jedem Tag deutlicher. Die Angriffe zwingen die Marines, aktiv zu werden.

Man muß also folgern, daß die Syrer die Konfrontation suchen. Sind sie deshalb für diplomatische Bemühungen unerreichbar geworden? Die unklare Lage an der Führungsspitze in Damaskus läßt nicht viel Hoffnung für politische Fortschritte. Syrien hat ein mächtiges Kriegsarsenal von den Sowjets erhalten. Aber wer hat im Kreml das Sagen? Stehen die Sowjets, die man in Fragen der Risikobereitschaft eher als vorsichtig einstuft, hinter einer auf militärische Kollisionen erpichten syrischen Spitze?

Die Amerikaner erhalten keine solchen Signale. Sie haben mit Interesse verfolgt, wie Moskau die von Syrien unterstützte Vernichtungsaktion gegen Arafat abbrechen half, und sie trauen dem Kreml einen ähnlich mäßigenden Einfluß bei der sich neu heranbildenden Konfrontation in Libanon zu.

Reagan kann allerdings nicht ewig scharmützeln. 1984 ist Wahljahr, und militärisch-politische Engagements, die sich unentschieden hinziehen, gelten nicht als Wahlschlager. Alle Indizien deuten daher auf Entscheidungen. Ominös steht die neue strategische Partnerschaft zwischen Washington und Jerusalem im Bild. Die Syrer haben die Wahl. Die Sowjets auch, die in Europa von vielen als „Sicherheitspartner" eingeschätzt werden. Wer hat den Deutschen noch vor kurzem einzureden versucht, daß Entspannung teilbar sei?

IM GESPRÄCH Jaime Lusinchi

Doktor für Venezuela

Von Werner Thomas

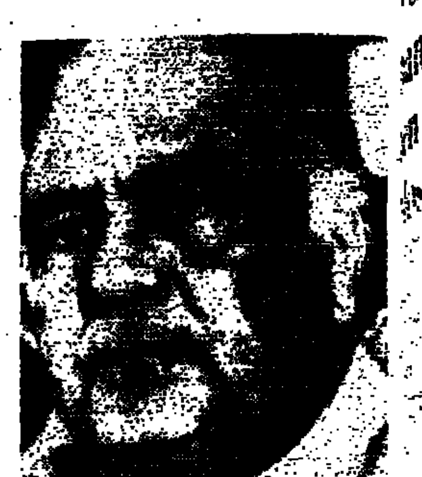
Jaime Lusinchi, ein studierter Kinderarzt, hat gelernt, zu helfen und zu heilen. Nun betrachtet sich eine ganze Nation als sein Patient. Sie wünscht, daß er sich den wirtschaftlichen Wunden widmet.

Der 56jährige erreichte am Sonntag sein Lebensziel: Er wollte schon immer Präsident Venezuelas werden. Geduldig arbeitete er sich die Funktionärsleiter der sozialdemokratischen Accion Democratica (AD) nach oben. Bereits mit 14 Jahren war er der damals (1941) von dem legendären Romulo Betancourt gegründeten Bewegung beigetreten, der er treu diente und für die er auch gelitten hat.

Als ein Militärputsch 1948 den AD-Präsidenten Romulo Gallegos stürzte, ging Lusinchi in den Untergrund. Er organisierte zunächst die geheime Propaganda der „Accion Democratica" und avancierte später zum Generalsekretär. 1952, während der Diktatur des Generals Marcos Perez Jimenez, wurde der AD-Aktivist festgenommen und gefoltert. Er saß in Einzelhaft im Modelo-Gefängnis, bis er schließlich nach Argentinien abgeschoben wurde.

Eine fast sechsjährige Zeit im Exil begann, die ihn auch nach Chile und die Vereinigten Staaten führte. Als Anfang 1958 die Diktatur Perez Jimenz fiel, war Lusinchi als Kinderarzt am New Yorker Lincoln-Hospital tätig. Er kehrte sofort zurück in die Heimat und setzte die politische Laufbahn fort.

Lusinchi zählte zu den engsten Vertrauten von Carlos Andres Perez, der 1974 Präsident Venezuelas wurde. Perez wünschte ihn als seinen Nachfolger, aber Lusinchi unterlag bei der Kandidatenwahl seinem innerparteilichen Rivalen Luis Pinerua



Rezept für die Krise erwartet: Lusinchi FOTO: AP

Ordaz. Pinerua verlor dann jedoch die Präsidentschaftswahlen gegen den Christdemokraten Luis Herrera Campins.

Im zweiten Anlauf schaffte Lusinchi die Kandidatur. Und fast so leicht war dann auch der Sieg über den christdemokratischen Gegner Rafael Caldera, einen ehemaligen Präsidenten. Er war leicht, weil das von der Wirtschaftskrise gebeutelte Volk von vornherein gegen die Christdemokraten eingestellt war. Aber Jaime Lusinchi gewann auch Stimmen durch seine legere, joviale Art. Sein rundes Gesicht strahlt Freundlichkeit aus. Der sechsfache Familienvater hat den Ruf, ein Bonvivant zu sein. Er speist gut und trinkt gern.

Die Sympathien können jedoch rasch schwinden, wenn der Kinderarzt die wirtschaftlichen Wunden zu heilen versucht: Er muß bittere Pillen verschreiben. Es gibt Christdemokraten, die gar nicht so traurig sind über die fünfjährige Oppositionszeit.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Viele Kommentatoren nehmen zu den Zwischenfällen in Libanon Stellung:

RHEINPFALZ

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als handele es sich um eine amerikanisch-israelische Absprache bei diesen sogenannten „Guerrilla-Aktionen" gegen die Syrer. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß Washington und Jerusalem hierbei militärisch getrennt marschieren und lediglich politisch kooperieren, um die Syrer zum Verlassen Libanons zu drängen. **(Ludwigshafen)**

DIE PRESSE

Kein Mensch kann heute noch unterscheiden, ob ein Angriff die Vergeltung für einen vorangegangen ist oder Ausgangspunkt für Gegenattacken. Sicher ist nur eines: Die per Lastwagen ausgeführten Kamikaze-Massenmorde haben die Lunte am Pulverfaß neuerlich zum Glosen gebracht. Syrien bemüht sich redlich, daraus einen Brand werden zu lassen ... Kurioserweise läßt aber der Waffengang vom Sonntag wieder Hoffnung schöpfen: Falls Syrien tatsächlich zwei Amerikaner gefangengenommen hat, dann werden Verhandlungen stattfinden. Dabei könnte man auch über anderes reden. **(Wien)**

THE NEW YORK TIMES

Was auch immer der Grund sein mag, die Hinwendung der Amerikaner zu Israel läßt vermuten, daß Präsident Reagan und Außenminister Shultz einige wichtige Lehren aus der jüngsten Nahost-Diplomatie gezogen haben: Saudi-Arabien ist trotz seines Reichtums und seiner „Mäßigung" ein schwaches Rohr im Wind. ... Der jordanische König Hussein wird seinen Thron für nicht mehr als eine lockere Koexistenz mit Israel aufs Spiel setzen ... Syrien wird nicht bald aus Libanon zu vertreiben oder zu Verhandlungen bereit sein ... Israel wird außer in Verteidigung seines Territoriums keine schweren Verluste mehr hinnehmen ... Die Sowjetunion wird im Nahen Osten so lange Einfluß haben, als es Araber gibt, die nach ihren Waffen trachten ... Libanon ist keine in sich zusammenhängende Gesellschaft, die durch Friedenstruppen oder auf andere Weise zu einem lebensfähigen Volk gemacht werden könnte.

Le Quotidien de Paris

Wenn der Luftangriff von Sonntag auch die traditionell demokratische, aber von den republikanischen Strategen stark umworbene jüdische Wählerschaft zufriedenstellt, könnte er sich doch als gefährliche Operation erweisen. Die Benutzung zu leichter Maschinen mit (nach Ansicht Jerusalems) unerfahrenen Piloten für einen derartigen Angriff könnte sich gegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten als Oberbefehlshaber der Armee wenden. Die näherrückenden Präsidentenwahlen fügen dem Libanon-Problem ein dringendes Element hinzu. Ein erneuter Kamikaze-Angriff in Beirut wäre eine Katastrophe für den Präsidenten.

GULF TIMES

Der Abschuß der amerikanischen Kampfflugzeuge durch die syrische Luftabwehr ist die richtige Antwort. Die syrische Reaktion auf die US-Aggression läßt die Herzen aller arabischen Nationen höher schlagen. **(Sultanat Qatar)**

Wenn Vater Staat die Hälfte allen Spargeldes pumpt

Schon regen sich die Interessenten wider Stoltenbergs Konsolidierungskurs / Von Heinz Heck

In letzter Zeit nahm der Staat mehr als die Hälfte der privaten Ersparnisse für die Finanzierung seiner Ausgaben in Anspruch. Das war früher anders. In den sechziger Jahren standen nahezu hundert Prozent der Ersparnisbildung zur Verfügung der Unternehmen. Es ist daher unumgänglich, verstärkt private Ersparnisse für Unternehmensinvestitionen bereitzustellen. Dies ist neben den fiskalischen Gründen für eine Rückführung der öffentlichen Neuverschuldung – wie zum Beispiel der Begrenzung der Zinslast – der eigentliche ökonomische Grund für die angestrebte Verringerung des öffentlichen Defizits."

Mit diesen Worten hat Wirtschaftsstaatssekretär Otto Schlecht vor wenigen Tagen die Dimension der Aufgabe umrissen, der sich Finanzminister Gerhard Stoltenberg seit einem Jahr mit beeindruckender Zielstrebigkeit und zuversichtlich stimmenden Teilerfolgen widmet.

Wenn das Wort von der „Erblast" der neuen Bundesregierung gegenüber ihrer Vorgängerin irgendwo seine Berechtigung hat, dann in der Schuldenpolitik. In der Erwartung, mit steigenden – kreditfinanzierten – Staatsausgaben Wachstumsschwäche und Strukturkrisen ausgleichen und überdecken zu können, hat allein der Bund in dreizehn Jahren sozialliberaler Ära über dreihundert Milliarden Mark Schulden aufgehäuft.

So ging das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates immer stärker verloren. Das war letztlich eine entscheidende Ursache für den Regierungswechsel. Nur in einer Hinsicht gilt der Staat noch als absolut zuverlässig: im Alle-Jahre-wieder-Schulden-Machen.

An den Folgen haben wir über mehrere Legislaturperioden zu tragen. Ungeachtet der von verschiedenen Interessenverbänden kritisierten Konsolidierung (das heißt Verringerung der Neuverschuldung und Verbesserung der Haushaltsstruktur) ist die Nettokreditaufnahme auch 1984 mit geplanten 33,6 Milliarden Mark zu hoch, wie vor allem Stoltenberg einräumt.

Doch lassen sich mehr als ein Jahrzehnt währende Versäumnisse nicht von heute auf morgen korrigieren, ohne den wirtschaftlichen Aufschwung zu gefährden. Gerade der Umstand, daß Konsolidierung eine Daueraufgabe darstellt, macht es so schwer, sie politisch zu verkaufen. Nach dem Regierungswechsel erst Opfer zu fordern, das kann man auch im Wahlkreis noch werbewirksam machen. Doch auch nach Jahren noch unbeirrt an solchen Forderungen festzuhalten mag manchen Abgeordneten als politischer Selbstmord auf Raten erscheinen. Nicht zuletzt deshalb regen sich die Verteilungspolitiker auch im Regierungslager wieder. Denn schließlich gibt es jedes Jahr irgendein Parlament zu wählen, so daß politische Wohltaten hoch im Kurs stehen.

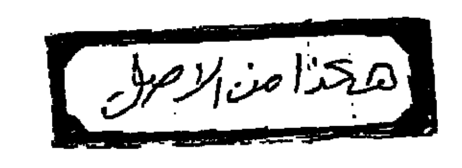
Nicht nur aus den geschilderten psychologischen, auch aus sachlichen Gründen wird die Aufgabe für Stoltenberg noch schwieriger werden: 1984 hat er neun Milliarden Mark Bundesbankgewinne eingeplant. Sie könnten sogar noch höher ausfallen. Aber alles spricht dafür, daß dieser Goldregen in den späteren Jahren nicht mehr so opulent plätschert.

Außerdem wird die Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs immer drängender, wenn eine unerträgliche Zunahme der heimlichen oder besser unheimlichen (progressions- und inflationsbedingten) Steuererhöhungen vermieden werden soll. Eine solche Reform kostet mindestens fünfzehn, eher zwanzig Milliarden Mark. Auch wenn im Jahr oder – bei Zweistufigkeit – in den Jahren der Reform kein weiterer Rückgang der Neuverschuldung erwartet werden kann, so wäre es bei der zunehmenden Sensibilisierung für das Thema verheerend, wenn der Staat wieder anfinge, alljährlich mehr statt immer weniger zu pumpen.

Schon aus diesem Grunde bleibt die Konsolidierung Stoltenbergs Hauptaufgabe, und der Subventionsabbau muß künftig energischer vorangetrieben werden. Geschieht dies zeitgleich mit der Tarifreform, so läßt sich auch eine Zunahme der Steuerlastquote vermeiden. Rerade beim Subventionsabbau werden sich in Zeiten, da Krisenbranchen die täglichen Schlagzeilen liefern und vor allem eine falsche Agrarpolitik den Brüsseler Finanzbedarf völlig außer Kontrolle geraten läßt, die unterschiedlichen Kräfte in der Volkspartei CDU/CSU regen. Die Anzeichen sind schon unübersehbar.

Um so wichtiger, daß Stoltenbergs – aus Oppositionssicht – geradezu erdrückende Solidität die Oberhand behält. Nur wenn der Weg unbeirrt weiter beschritten wird, kann sich der Erfolg in Form einer Rückkehr zu stabilem Geldwert und niedrigen Zinsen weiterhin für jedermann sichtbar niederschlagen.

Für die Rolle der SPD drängt sich eine Parallele zur ersten Nachkriegszeit auf: So wie sie mehr als ein Jahrzehnt – bis zum Godesberger Programm 1959 – benötigte, um die Überlegenheit der Marktwirtschaft anzuerkennen, so mögen auch noch Jahre vergehen, bis sie, um wieder regierungsfähig zu werden, das Wort „Kaputtsparen" aus dem Arsenal ihrer Wahlkampfgeschosse entfernt.





WIE WAR DAS?

Als die Libanesen einen Pakt schlossen

Von PETER M. RANKE

Libanon droht zu zerfallen, die Grundlagen des Zusammenlebens zwischen Moslems und Christen sind zerstört. Dabei hatte die Unabhängigkeit mit viel Kompromißbereitschaft begonnen.

Regierung und Parlament annullierten im Oktober 1943 alle Verfassungsartikel, die die französische Mandatsmacht begünstigten. Daraufhin verhafteten die Franzosen Staatspräsident Bischera-el-Khoury (1892–1964) und Ministerpräsident Riad-es-Solh (1894–1951). Im ganzen Land gab es Aufruhr, Streiks und passiven Widerstand. Der französische Hochkommissar mußte nachgeben, und 1945 zogen die letzten fremden Truppen ab.

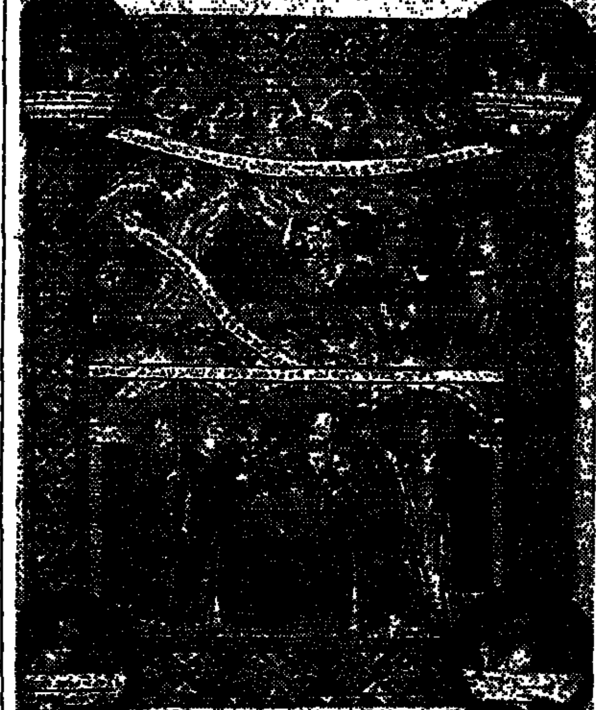
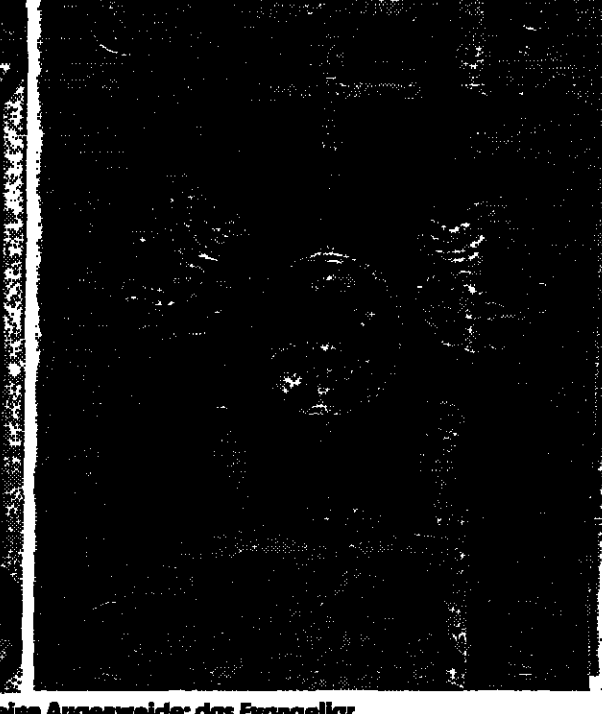
Die Unabhängigkeit in den von den Franzosen 1920 festgelegten Grenzen ist vor allem das Werk zweier Männer, die damals einen staatstragenden Kompromiß für die großen Religionsgemeinschaften schlossen. Der Maronit (katholischer Christ) Bischara-el-Khoury, ein Rechtsanwalt französischer Schulung, und der moslemische Sunnit Riad-es-Solh, ein arabischer Nationalist, verständigten sich auf einen „Nationalpakt", der allerdings nie schriftlich fixiert wurde.

Religionsproporz nach der Volkszählung 1932

Dieser Pakt sah vor, daß die christliche Gemeinschaft keine Allianz mit Frankreich suchen und daß die Moslems keinen Anschluß an Syrien betreiben werden. Die Christen aber stimmten zu, daß ein freier Libanon sich der arabischen Welt verbunden fühlt. Für Parlament und Verwaltung wurde der Religionsproporz nach der Volkszählung von 1932 auf 6:5 festgelegt, also erhielten die Christen in Staat und Armee ein leichtes Übergewicht. Außerdem wurde festgelegt, daß der Staatspräsident ein Maronit, der Regierungschef ein sunnitischer Moslem sein sollte. Der Parlamentspräsident war den Schiiten vorbehalten, das Verteidigungsministerium den Drusen und das Außenministerium den Griechisch-Orthodoxen.

So ist es bis heute geblieben, auch wenn vor allem Schiiten und Drusen, die am „Nationalpakt" nicht direkt beteiligt waren, die „Vormacht" der Christen bekämpfen. Immerhin hat diese „Vormacht" Libanon den Ruf eingebracht, die „Schweiz des Nahen Ostens" zu sein. Nach den blutigen Bürgerkriegen mit direkten Einflußnahmen der Palästinenser, Syrer, Libyer oder selbst der Perser steht der „Nationalpakt" von 1943 allerdings zur Disposition. Auch die christlichen Maroniten befürworten eine Neuordnung, um Drusen und Schiiten mehr Rechte zu geben.

Die Väter des „Nationalpaktes" endeten beide als Opfer der libanesischen Verhältnisse. Bischara-el-Khoury wurde während seiner zweiten Amtszeit 1952 wegen Korruption vom Parlament zum Rücktritt gezwungen. Sein Nachfolger wurde der heute noch politisch aktive Camille Chamoun. Unter den Kugeln eines Attentäters starb 1951 in Aman Ministerpräsident Riad-es-Solh. Der Mann, der als Nationalist während des Ersten Weltkrieges von den Türken zum Tode verurteilt worden war, wurde das Opfer einer prosyrischen Partei, die in Libanon den Anschluß an Syrien betrieb und deren Chef Anton Saadeh 1949 hingerichtet worden war. Milizen dieser Partei, der „Syrischen National-Sozialistischen Partei", kämpfen seit 1976 auf seiten der Syrer in Libanon. So schließt sich der Kreis zu einem blutigen Jubiläum. (SAD)

Von außen wie von innen eine Augenweide: das Evangeliar

FOTOS: SOTHEBY'S

Millionenspiel bei Sotheby's um den Schatz der Welfen

Es wird ein Duell zwischen Deutschen und Amerikanern werden; der Preis wird zwischen acht und 16 Millionen Mark liegen; es kann das teuerste Kunstwerk werden, das je versteigert wurde: Sotheby's bietet heute das „Evangeliar" Heinrich des Löwen zum Kauf an.

Von FRITZ WIRTH

Die Herren von Sotheby's haben ihre sonst eher gelassene und vornehme Zurückhaltung aufgegeben und emsig alle verfügbaren Superlative aufpoliert. So soll es denn heute mittag in ihren Räumen in der Londoner Bondstreet die „Buchauktion des Jahrhunderts" werden. Das kostbarste und schönste Manuskript in Privatbesitz wird Dienstag mittag zwischen 12.45 und 13.00 Uhr für ein paar bange Minuten auf dem Markt sein.

Dann wird es feststehen, ob die Deutschen Anlaß haben, von einem „Kulturschock" und „Skandal" zu sprechen, oder mit hochbezahlter Befriedigung einen teuren und einmaligen alten Bekannten wieder daheim begrüßen können als „Kulturgut der Nation", wie seit einigen Monaten so altfränkisch umständlich das „Evangeliar" Heinrichs des Löwen tituliert worden ist.

Für Sotheby's ist es eine Traumauktion. Hier ist ihnen ein Kunstschatz in die Hände gefallen, der eben nicht nur den Kunsthungrigen dieser Welt Appetit macht, sondern den Nationalstolz der Deutschen mit ins Spiel bringt. Und so was kann am Ende der eigenen Kasse nur guttun. So siedelt man dann bei Sotheby's den Preis nach dem letzten Hammerschlag des Auktionators Richard Came in der Region zwischen zwei und vier Millionen Pfund, also zwischen acht und 16 Millionen Mark, an.

Was die Sache für Sotheby's noch reizvoller macht: das gesamte Auktionsdrama ist mit einem Schleier des Geheimnisvollen umgeben. Niemand weiß, wer dieses kostbare Stück auf den Markt gebracht hat, und niemand außer einem halben Dutzend zum strengen Schweigen verurteilter Leute im Londoner Auktionshaus kann deshalb sagen, welches Bankkonto am heutigen Dienstag eine so beachtliche Geldschwemme zu verzeichnen hat.

Das „Evangeliar" gilt seit 1939 als verschollen. Es war in den siebziger Jahren des 12. Jahrhunderts von einem Mönch namens Herriman im Kloster Helmarshausen im Auftrag Heinrichs des Löwen in fünfjähriger Arbeit geschaffen worden. Einige Jahrhunderte später (wahrscheinlich im Jahr 1482) tauchte es in Prag auf und wurde 1861 von Georg V. von Hannover in das von ihm gegründete Welfenmuseum zurückgeholt. Fünf Jahre später wurde es von den Welfen nach Schloß Cumberland in Österreich gebracht, wo es kurz vor Ausbruch des 2. Weltkriegs zuletzt gesehen wurde.

Sotheby's schweigt über den gegenwärtigen Besitzer, bestätigt jedoch, daß er es nach dem Kriege direkt vom Herzog von Braunschweig gekauft habe. Die „Sunday Times" glaubt zu wissen, daß es zwischen 1945 und 1952 dem „Britischen Museum" zum Preis von 25 000 Pfund angeboten worden sei. Den Museumsherren sei der Preis damals jedoch zu hoch gewesen. Sollte es zutreffen, gäbe es für das „Britische Museum" am heutigen Dienstagmittag Anlaß, eine Trauerfahne aus dem Fenster zu hängen.

Unbestritten ist, daß es sich bei dieser Handschrift um den größten deutschen Kunstschatz des Mittelalters in Privatbesitz handelt. Es besteht aus 226 Seiten lateinischer Bibeltexte mit Kanontafeln, Portraits der Evangelisten und zeitgenössischen höfischen Profilen. Während seines Aufenthaltes in Prag wurde es mit einem prunkvollen silberbeschlagenen Einband versehen. Sollte das „Evangeliar" am heutigen Dienstagmittag die Traumgrenze von vier Millionen Pfund erreichen, wäre es das teuerste Kunstwerk, das je auf einer Auktion versteigert wurde. Den Rekord hält im Augenblick mit umgerechnet 11,6 Millionen D-Mark ein Gemälde von Turner.

In London sind die Deutschen Favoriten

Die „Preiskämpfer" um das „Evangeliar" befinden sich seit einigen Tagen in der Stadt. Von britischer Seite sind die Deutschen zu Favoriten erklärt worden. In London erinnert man sich voller Bewunderung daran, wie hellwach und generalstabsmäßig die Deutschen in Stunden des künstlerischen Notstands auf der Szene zu erscheinen vermögen, um mit hohem finanziellen Einsatz zu retten, was zu retten ist. Das war im Jahre 1978 der Fall, als bei Sotheby's die legendäre Hirsch-Sammlung für 12 Millionen Pfund unter den Hammer kam und die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit deutschen Museen drei Viertel dieses Schatzes aufkauften. Damals sagte der Londoner Kunsthändler Hugh Leggat voller Neid: „Die Deutschen haben wie eine Familie gehandelt und uns Briten ein Beispiel gegeben, wie man nationale Kulturgüter rettet."

Ähnliche Generalstabsarbeit des privaten und offiziellen deutschen Kunst-Establishments erwarten die Briten auch heute mittag im Kampf um das „Evangeliar". Ihre schärfsten Konkurrenten kommen aus dem kalifornischen Malibu, wo die Paul-Getty-Stiftung zu Hause ist. Diese Herren haben immerhin 60 Millionen Dollar pro Jahr zur Hand, um Kunstschätze aus aller Welt aufzukaufen. Sie haben mit diesem Etat in den letzten Jahren den internationalen Kunstmarkt aufgerollt. Es ist dieses deutsch-amerikanische Duell, das die Spekulationen für den Verkaufspreis des „Evangeliars" auf vier Millionen Pfund hochgeschraubt hat.

Ein nicht zu verachtender Außenseiter in diesem Gefecht ist der New Yorker Antiquar H. P. Kraus, der zu diesem Schatz fast ein Liebesverhältnis entwickelt hat. „Dieses Buch ist so begehrenswert wie ein schönes Mädchen", sagt er, „ich habe viele schlaflose Nächte grübelnd verbracht, wie ich es in meinen Besitz bringen kann."

H. P. Kraus ist eine Legende unter den Bibliophilen dieser Welt geworden. Er überlebte Haftzeiten in Dachau und Buchenwald, kam 1939 ohne Gepäck aber mit einem einzigen Schatz nach Amerika, einem Brief von Christoph Columbus. Er verkaufte ihn und baute mit dem Erlös eines der bedeutendsten Antiquare der Welt in der New Yorker 46. Straße auf.

Er will persönlich am heutigen Dienstag mitbieten. Ob für sich selbst oder einen Kunden, verschweigt er. Es ist deshalb durchaus möglich, daß der neue Besitzer des „Evangeliars" so geheimnisvoll und unbekannt bleibt, wie der Verkäufer.

Wer auch immer dieses Millionenspiel um den Welfenschatz gewinnen wird – für einen kaum bekannten 32jährigen Mann ist es die Sternstunde seiner Karriere. Es ist Christopher de Hamel, der Chef der Abteilung für mittelalterliche Manuskripte bei Sotheby's. De Hamel promovierte in Oxford über das Thema der Buchproduktionen im 12. Jahrhundert und wurde mit 26 Jahren bereits Abteilungsleiter bei Sotheby's. Im Londoner Auktionshaus nennt man ihn stolz den „besten Detektiv, den wir haben".

De Hamel war der Mann, der den Welfenschatz, der fast 50 Jahre lang verschollen schien, ausgegraben hat und damit zugleich die „Buchauktion des Jahrhunderts" inszenierte. Die letzte fand 1978 in New York statt, als eine Gutenberg-Bibel für 1,05 Millionen Pfund neue Besitzer fand. Die heutige Auktion um das „Evangeliar" wird wahrscheinlich kaum weniger als zwei Minuten dauern. Es sind zwei Minuten, nach denen dieser Welfenschatz möglicherweise für den Rest dieses Jahrhundets auf Nimmerwiedersehen verschwindet.

„Wir haben die Angst vor dieser Regierung verloren"

Das Jahr Zehn nach dem Militärputsch wurde für Chile stürmisch. Nie war die Herrschaft Pinochets mehr gefährdet. Die Opposition zeigt Flagge, das Regime lockerte unter dem Druck der Proteste die Zügel. Seit kurzem herrscht Ruhe. Ob es die Ruhe vor einem neuen Sturm ist, hängt von der Wirtschaft ab.

Von WERNER THOMAS

In den Schaufenstern der Geschäfte glitzern künstliche silberne Christbäume. Aus den Plattenläden rieselt Weihnachtsmusik. Der Schnee auf den Anden schmilzt von Tag zu Tag mehr. Die Gespräche in den Kreisen der Mittelklasse konzentrieren sich auf den Urlaub: Fährt man in die Berge oder ans Meer? Wenn das Jahr zu Ende geht, beginnt die chilenische Sommer und Ferienzeit.

Dies war das turbulenteste Jahr seit dem Militärputsch im September 1973. Die Opposition mobilisierte zum ersten Mal ihre Kräfte gegen General Pinochet. Einige Wochen lang schien der Präsident stark angeschlagen zu sein. Doch er ist über die Runden gekommen im zehnten Jahr seiner Herrschaft. Die Opposition aber hat Lunte gerochen.

Andres Zaldivar (46), der profilierteste christdemokratische Politiker, der auch an der Spitze der Christdemokratischen Internationale steht, sagt: „Wir geben nicht auf. Wir werden die Demokratie schneller erreichen, als Pinochet glaubt." Der junge Gewerkschaftsführer Rodolfo Seguel (28) meint: „Pinochet muß gehen. Das Land wird keine Ruhe mehr finden, solange er bleibt."

Vor einem Jahr lebte Zaldivar, ein kleiner, schmächtiger Mann, noch im Madrider Exil. Seguel war ein unbekannter Bergarbeiter-Funktionär in der Minenmetropole Rancagua. Der schnauzbärtige Draufgänger wurde bekannt, als er im Frühjahr die ersten Protestaktionen organisierte und zweimal festgenommen wurde. Seguel damals: „Wir haben die Angst vor dieser Regierung verloren."

Die Protestaktionen, die friedlich verlaufen sollten, forderten mehr als 60 Todesopfer, allein 34 Mitte August, wo Pinochet 18 000 Soldaten auf die Straßen Santiagos schickte, um Ausschreitungen bei den Demonstrationen zu verhindern. Die blutigen Zwischenfälle, die der Nation einen schweren Schock versetzten, waren ein Wendepunkt in der Ära Pinochet.

Sergio Onofre Jarpa, ein stämmiger resoluter Mann, der einmal die konservative Nationalpartei führte und zuletzt Chiles Botschafter in Buenos Aires war, übernahm das Schlüsselressort, das Innenministerium. Er wußte seit Monaten, daß diese Berufung kommen würde. Der neue Minister zog einen Plan aus der Schublade, der das politische Klima radikal veränderte. Es wurde milder: Die „Apertura" begann die Öffnung. Bereits im chilenischen Winter begann der Frühling.

Jarpa startete einen Dialog mit der Opposition. Wie Pilze schossen neue Parteien aus dem Boden, derzeit werden mehr als siebzig gezählt. In den Kaffeehäusern singen Bänkelsänger Protestlieder, und Kabarettisten erzählen „subversive Witze". Die heimlichen Gefängnisse des Sicherheitsdienstes verschwanden. Die Presse lockerte die Selbstzensur. Die Regierung erlaubte plötzlich Demonstrationen. Die Leute sagen heute offen, was sie von General Pinochet denken, auch gegenüber Fremden.

Die „Apertura" war, das räumt auch Andres Zaldivar ein, ein geschickter Schachzug. Pinochet verschaffte sich Luft. Während er in den chaotischen August-Wochen den Eindruck erweckte, als sei er nicht mehr Herr der Lage, sich widersprüchlich oder überhaupt nicht äußerte, nervös und erschöpft wirkte, strahlt er nun wieder Souveränität aus und Selbstvertrauen. Er reist durchs Land, küßt Frauen und Kinder und behandelt die Politiker mit der alten Arroganz. Der WELT erklärte er in einem Interview: „Meine Mission ist nicht beendet." Wenn es nach ihm geht, wird sie erst 1989 enden, wie es die nach seinen Vorstellungen geschriebene Verfassung vorsieht.

Wie lange bleibt Pinochet tatsächlich? Seit Jahren schon diskutieren die Chilenen dieses Thema. Es hat nichts an Aktualität verloren.

Ein diplomatischer Beobachter bezeichnet Pinochet als „anachronistische Figur". Der General paßt eigentlich nicht mehr in die politische Landschaft Südamerikas. Überall treten die Militärs den Rückzug in die Kasernen an. Argentinien erhält am 10. Dezember einen zivilen Präsidenten, Raul Alfonsin. In Brasilien darf in zwei Jahren ebenfalls wieder ein Zivilist an die Staatsspitze treten, der erste seit 1964. Auch Uruguay sollte innerhalb von zwei bis drei Jahren wieder demokratische Verhältnisse haben. „Wenn Argentinien gewählt hat, warum wählen wir nicht auch?" fragte die linke Zeitschrift „Analisis" nach Alfonsins Triumph auf ihrem Titelblatt.

Pinochets Schlüssel zur Macht sind die Streitkräfte. Die stehen hinter ihm, auch wenn zum ersten Mal darüber gesprochen wird, ob man nicht in einen gefährlichen politischen Verschleißprozeß gerät. „Chiles Offiziere werden nicht von einem Putschisten-Virus befallen", sagte ein amerikanischer Diplomat. „Die Disziplin geht über alles." Nirgendwo in Lateinamerika ist alter deutscher Soldatengeist so weit verbreitet wie hier.

Bei dem Empfang des deutschen Militärattachés am 1. November anläßlich des Tages der Bundeswehr erschienen drei stramme Generäle, die ein perfektes Deutsch sprechen: Bruno Siebert, der Minister für öffentliche Arbeiten, Christian Ackerknecht und Rodolfo Stange. Siebert und Ackerknecht waren Militärattachés in Bonn. Stange ist der zweite Mann der Carabineros, der bestorganisierten Polizei Lateinamerikas. Auch der Generalstabschef Rafael Ortiz, ebenfall einmal in Bonn stationiert, beherrscht die deutsche Sprache. Luftwaffenchef und Juntamitglied Fernando Matthei kann sich gelegentlich auf deutsch besser artikulieren als auf spanisch. Pinochet erklärte einmal im Spaß: „Ich muß der einzige chilenische Offizier sein, der kein Deutsch spricht."

„El Viejo" (der Alte, wie Pinochet genannt wird) versteht freilich die Machtpolitik. Der General will trotz seiner 67 Jahre nicht den Posten der des Armee-Kommandeurs räumen. Offiziere, denen er mißtraut, droht eine Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand oder an eine ferne Botschaft. Auch Andres Zaldivar sieht „keinen Mann, der Pinochet zur Zeit gefährlich werden könnte". Luftwaffenchef Matthei hat zwar gelegentlich Aufsehen erregt mit Erklärungen, die Pinochet nicht gefielen (Matthei kann sich Kommunisten als Gesprächspartner über die Zukunft Chiles vorstellen), aber er möchte nicht an der Verfassung rütteln.

Pinochet behauptet, die Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor hinter sich zu haben. „Von 51 Prozent aufwärts", sagte er der WELT. Die christdemokratische Zeitschrift „Hoy", das einflußreichste Sprachrohr der Opposition, ließ im Oktober eine Meinungsumfrage durchführen, die ein anderes Ergebnis hatte: 36 Prozent. Auf jeden Fall halten noch mehr Chilenen zu Pinochet, als im Ausland vermutet wird. Die größte Unterstützung findet Pinochet in Kreisen der oberen Mittelschicht, und ganz unten, bei armen Leuten, denen seine Regierung neue Wohnungen baute und die Arbeit haben. Da hängt manchmal sogar sein Bild an den Wänden.

Pinochet hätte eine Krise dieses Ausmaßes verhindern können, wenn es wirtschaftlich nicht so rapide abwärts gegangen wäre. Santiagos Zentrum zeigt die Spuren der Misere. Die Fußgängerstraßen Ahumada und Herfanos sind belagert von Bauchladenhändlern, Bettlern, Blinden, Schuhputzern und Losverkäufern. Alte Männer und Kinder, in Lumpen gekleidet, musizieren und singen. An den Kreuzungen warten Teenager auf Rotlicht, um die Scheiben der stoppenden Autos schnell zu putzen. Selbst in den Restaurants wird gebettelt.

Pinochet bezeichnet die Wirtschaft als „mein größtes Problem". Von der Lösung hängt auch das Schicksal der Opposition ab. Andres Zaldivar: „Wenn sich die Lage nicht rasch bessert, erhalten wir weiteren Zulauf." (SAD)

Zehn Jahre nach dem Militärputsch: Protest im Zeichen Allendes

FOTO: DE DECKER/GAMMA

Nach dem Landesvater Weizsäcker nun eine Landesmutter Laurien?

Von H. R. KARUTZ

Berlins konsternierte CDU muß sich bis zum Wochenende mit der Last plagen, mit der Wahl des Weizsäcker-Nachfolgers gänzlich unvorbereitet Verantwortung für Berlin zu übernehmen. An der Frage „Macht es Hanna-Renate Laurien besser, oder ist Eberhard Diepgen der Richtige?" entzünden sich in der Union keine ideologischen Gegensätze. Der erbitterte Streit an der CDU-Basis ist von der Sorge um den Wahlausgang am 21. April 1985 bestimmt. Frau Laurien trauen viele zu, ein starkes „Wir"-Gefühl unter den Berlinern zu bewerkstelligen. Nach dem Verlust der Vater-Figur Weizsäcker sei eine Landesmutter gefragt, in der sich die Berliner wiedererkennen können, argumentieren die Laurien-Befürworter.



Berlins Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien FOTO: KLAUS MEHNER

Berlins Union, die weder Weizsäcker forderte noch von ihm je ernstlich zur Kenntnis genommen wurde, bleibt für tiefschürfende Erörterunren über das Für und Wider der beiden unbestritten gleich geeigneten Kandidaten keine Zeit: Heinrich Lummer, den das Nein der FDP und die Furcht vor einer Polarisierung im CDU-Potential von einer Eigenkandidatur abhält, brachte die Sache auf dem Parteitag am Wochenende auf den Punkt: „Wir besitzen in Berlin keine strukturelle Mehrheit – was wir 1981 erhielten, war eine konjunkturelle Mehrheit."

Exakt so verhält es sich – die CDU sitzt in Berlin keineswegs sattelfest und selbstverständlich in der Regierung. Sie benötigt, so sehen es sowohl Anhänger des „Reform"- wie des personalpolitisch dominierenden „Beton"-Flügels – eine Galionsfigur, die im Ansehen weit vor der Partei rangiert. Für Diepgen spricht seine Ernsthaftigkeit und präsente Kundigkeit in Finanz-, Struktur- und Einzelfragen. Ihm fehlt, so mag es scheinen, der Blick von außen auf diese Stadt, die er als ein bodenständiger Typus nie verlassen hat – sieht man von einem halbjährigen Bundestags-Gastspiel ab. Zum Grundzug der Zeit und zum Denken vieler Berliner – die die „verbrannten" Vierzigjährigen der Riege um SPD-Bürgermeister Dietrich Stobbe noch im Auge haben – gehört auch, in Jugendlichkeit, Fleiß und Arbeitseifer allein nicht mehr das Heil in der Politik zu sehen. Nach von Weizsäckers Kometenschweif am Berliner Horizont sind Visionen über Wesen, Sinn und Zweck dieser Stadt im Herzen Deutschlands gefragt.

Anders ist die „Vox populi" schwer erklärbar, die seit Tagen aus Berlins Leserbriefspalten schallt. Der „Laurienschen", wie sie sich selbst nennt, werden, wie Weizsäcker, vom Alter abgehobene Lebens- und Wirkungsprinzipien zuerkannt. Landesmutter – ja, aber „*Mutter Courage*" allein wäre kein Programm. Bei ihr mischen sich, scheint es, aber Elemente einer Mutter Teresa mit der Erinnerung an Louise Schröder, der SPD-Stellvertreterin von Ernst Reuter.

In der Massendemokratie stehen und fallen Kandidaten mit ihrer Botschaft, ihrer Akzeptanz, ihrem „Appeal". Frau Laurien selbst, die nicht an fehlendem Selbstbewußtsein leidet, kam am Montag in einem Interview auf die entscheidende Frage der Berliner CDU zu sprechen. „Gegen Harry Ristock von der SPD rechne ich mir bessere Chancen aus, als sie Herr Diepgen hätte."

Landesbericht Berlin

Die CDU-Funktionäre sind hin- und hergerissen zwischen der wahrnehmbaren Grundwelle für „Hanna-Granate", wie sie die Berliner respektlos tauften, und der frühen, gleichsam logischen Festlegung auf den bewährten und mit der Partei verwachsenen Diepgen. Die Vorabreden der Kreischefs im geheimen Zirkel stießen jedoch gerade jene Mitglieder ab, die in der CDU im Gegensatz zur Berliner SPD eben keine Politik der Kungelrunden und Privatabsprachen suchten. Auf dem Parteitag streute der Vorsitzende der Jungen Union im „Reformer"-Bezirk Wilmersdorf, Kotowski, behend Salz in eine weitere Wunde, die die Union alsbald schmerzen könnte.

Als Diepgen-Nachfolger im Fraktionsvorsitz wäre gemäß den Vorabsprachen und dem Wunsch der „Beton"-Mehrheit in der Fraktion das Vorstandsmitglied der senatseigenen „Berliner Pfandbrief-Bank", Klaus Landowsky, vorgesehen. Er will seinen Bankmanager-Posten in einem der größten deutschen Baufinanzierungs-Institute jedoch keineswegs aufgeben, sondern den Vorsitz nebenberuflich ausüben und die Tagesarbeit einem hauptamtlich besoldeten Geschäftsführer überlassen. Als der damalige SPD-Fraktionschef und Ex-Finanzsenator Klaus Riebschläger im Januar 1981 auf seinen Posten in der mit der Pfandbriefbank verschwisterten städtischen Wohnungsbaukreditanstalt zurückkehrte (Landowsky ist dort mit einem Nebenvertrag tätig), tönte in der CDU-Opposition die Empörung am schrillsten. Diepgen hielt Riebschläger vor, die „notwendigen und zu erwartenden Folgen für die Glaubwürdigkeit von Parlamentariern nicht hinreichend beachtet zu haben".

Heute kehrt sich angesichts einer durch die Senatskrise 1981 sensibilisierten Öffentlichkeit in Berlin der Vorwurf gegen die CDU: Denn Landowsky erhielte künftig gleichsam aus zwei öffentlichen Kassen Geld – von der Pfandbriefbank und als CDU-Abgeordneter nebst Fraktionschef.

Zur Wahl eines Nachfolgers benötigt die CDU auch FDP-Hilfe. „Uns sind beide Kandiaten gleich lieb. Das ist eine Entscheidung der CDU", legte gestern FDP-Sprecher Dietrich Pawlowski die – taktisch bestimmte – Position des Bündnispartners fest.

Die Entscheidung zwischen Weizsäckers „Kronprinz" und einer Landesmutter in spe müssen die 115 Delegierten am Sonnabend in der Einsamkeit der Wahlkabine treffen.

„Konventionelle Kampfkraft verstärken"

dpa, Brüssel

Die Generalstabschefs der nordatlantischen Länder haben sich für eine wesentliche Verstärkung der konventionellen Kampfkraft der NATO ausgesprochen. Zum Auftakt der Winterkonferenz der westlichen Allianz wiesen die hohen Offiziere im NATO-Militärausschuß gestern in Brüssel darauf hin, daß sich die NATO damit vom Zwang zu einem frühen Einsatz von Atomwaffen in einem Krieg weitgehend befreien wolle. Nach den Generälen konferierten gestern nachmittag die europäischen Verteidigungsminister in der Euro-Gruppe über das gleiche Thema. Heute beginnt das zweitägige Treffen der Verteidigungschefs unter Einschluß der Minister der USA und Kanadas.

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfrang Altenburg, sagte nach der Sitzung der Generalstabschefs gestern, es komme hauptsächlich darauf an, die erste Staffel eines konventionellen Angriffs der Truppen des Warschauer Paktes zum Stehen zu bringen. Gleichzeitig müsse sichergestellt sein, daß die östliche Luftwaffe nicht die Luftüberlegenheit erringt. Die weiteren Pläne der NATO sehen vor, mit modernen Waffen die zweite Welle und möglichst alle folgenden Kräfte bis weit in der Tiefe des gegnerischen Gebietes zu bekämpfen. Die Generalstabschefs nahmen damit die Überlegungen von NATO-Oberbefehlshaber Bernard Rogers auf, der mit Hilfe „neuer Waffentechnologien" die nukleare Schwelle anheben will. Die entsprechenden Technologien werden vom Westen bereits weitgehend beherrscht.

Kommunen wollen in Karlsruhe klagen

WILM HERLYN, Rheine

Die münsterländischen Städte und Gemeinden sind fest entschlossen, nach der Verabschiedung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1984 gegen das Land Nordrhein-Westfalen zu klagen. Das gemeinsame Vorgehen wurde jetzt auf Einladung des Stadtdirektors von Rheine, Clemens Ricken, zwischen den betroffenen Stadt- und Gemeindedirektoren aus den Kreisen Steinfurth und Borken, den Vertretern beider Kreise und den Landtagsabgeordneten dieses Raumes abgesprochen. Nach dem Entwurf des Innenministers beabsichtigt die SPD-Landesregierung jenen Gemeinden, die 1983 nicht mindestens einen Hebesatz von 300 Punkten bei der Gewerbesteuer festgesetzt haben, nicht mehr in den Genuß der sogenannten Aufstockung II kommen zu lassen. Dabei handelt es sich um eine Erhöhung der Schlüsselzuweisungen aufgrund einer vom Landesdurchschnitt nach unten abweichenden gemeindlichen Steuerkraft. Entscheidend in diesem Zusammenhang ist, daß die Städte und Gemeinden sich nicht durch die Festsetzung eines entsprechenden Hebesatzes, der bis zum 30. Juni beschlossen hätte werden müssen, auf diese Situation einstellen konnte, heißt es in Rheine.

Olof Palme erhebt schwere Vorwürfe gegen den „Spiegel"

Schwedens Ministerpräsident über das Magazin: Von journalistischer Ethik entfernt

R. GATERMANN, Stockholm

Schwedens Ministerpräsident Olof Palme benutzte am Sonntag in der gewerkschaftseigenen Boulevardzeitung „Aftonbladet" die gesamte Seite 3 inklusive Fotos, um sich und sein Land gegen den „Spiegel" zu verteidigen. Die Kontroverse zwischen dem Hamburger Magazin und den regierenden Sozialdemokraten schwelt schon seit Monaten und erlebte ihren ersten Ausbruch am 8. November nach zwei Artikeln und einem Palme-Interview im „Spiegel".

Die Presse-Abteilung des Außenministeriums hatte auf den „starken Wunsch" Palmes hin den in Stockholm ansässigen Auslandskorrespondenten zu einem „Seminar" eingeladen, um „ein sachliches Bild" über einen Aspekt der Sozialpolitik Schwedens zu geben. Es ging dabei um das Recht der Behörden und deren Methoden, im Bedarfsfall Kinder unter Zwang von ihren Eltern zu trennen. Das „Seminar" wurde zu einem Fiasko für die Presse-Abteilung nicht zuletzt deswegen, weil die schwedische Presse und etliche Gegner des Systems dort stark vertreten waren und die Auslegungen der vom Außenministerium engagierten Experten teilweise sehr lautstark widerlegt wurden.

In den schwedischen Medien ging die Debatte über die entsprechende Sozialgesetzgebung und den Versuch des Außenministeriums, die Auslandskorrespondenten zurechtzuweisen oder zu manipulieren, weiter, während sich die Regierung immer häufiger fragte: „Warum ist das Ausland nun so kritisch uns gegenüber? Was ist aus dem positiven Schweden-Bild geworden?" Es überrascht trotz allem, daß Olof Palme einen Tag, bevor dieses Thema im „Publicistklubben" auf der Tagesordnung steht, selbst zur Feder griff, um in einem heftigen Angriff den „Spiegel" zu beschuldigen, das Interview verfälscht und sich „von der allgemeingültigen journalistischen Ethik entfernt" zu haben.

Interview-Schema

Der Ministerpräsident beginnt seinen Artikel: „Im Verlauf der Jahre habe ich mich mehrmals dem ‚Spiegel' für Spezialinterviews zur Verfügung gestellt. Diese folgen einem bestimmten Muster. Zwei Interviewer stellen nach einem vorbereiteten Schema harte und provozierende Fragen. Gegen diese Methode habe ich nichts einzuwenden. Das Interview kam am 31. August zustande. Bevor ich die ‚Spiegel'-Reporter traf, boten sie mir an, das Manuskript vor seiner Veröffentlichung zu lesen sowie meine Antworten mit Fakten, die mir beim Interview nicht zugänglich waren, zu ergänzen."

Einer der wichtigsten Punkte des Gesprächs war ein zuvor im „Spiegel" veröffentlichter Bericht unter der Überschrift „Kinder-GULar im Sozialstaat Schweden". Wie sich schnell herausstellte, war Olof Palme auf dieses Thema nicht sonderlich gut vorbereitet, was ihn nervös machte. Seinen Mitarbeitern brachte das später heftige Kritik ein, sie hätten ihn vorher „briefen" sollen.

In „Aftonbladet" beschreibt der Regierungschef den Fortgang nun folgendermaßen: „Der ‚Spiegel' hatte kurz vor dem Interview einen Schreckensartikel über Schweden als ein Kinder-GULag veröffentlicht. Er ging dabei von einigen im Detail beschriebenen Fällen aus. Nach dem Interview befaßte ich mich eingehend mit der Gesetzgebung, der Praxis und der Statistik in diesem Bereich. Gleichzeitig ging ich mit meinen Mitarbeitern genau die Akten der beschriebenen Fälle durch. Das war teilweise eine erschütternde Lektüre ... Aber im wesentlichen konnten wir feststellen, daß der ‚Spiegel' ein stark verzerrtes, fast wahnsinniges Bild Schwedens auf diesem Gebiet gezeichnet hatte. Ich hatte schon im Originalinterview erklärt, daß der ‚Spiegel'-Artikel ‚der schlimmste Blödsinn war, den ich je gelesen habe'. Jetzt konnte ich meine Kritik weiter präzisieren."

Palmes Kritik

Palme bekam dann nach der Veröffentlichung des Interviews Ende Oktober weiteren Anlaß, seine „Spiegel"-Kritik zu verschärfen. Hier sei jedoch bemerkt, daß bei dem vom Außenministerium veranstalteten „Seminar" keiner der Experten in der Lage war, die im „Kinder-GULag-Artikel" des Magazins genannten Zahlen und Sachverhalte als falsch zu belegen, obwohl sie ausdrücklich dazu aufgefordert worden waren.

Die neuerliche Kritik Palmes nach der zweiten „Spiegel"-Veröffentlichung lautet: „Zunächst unterschied sich das Interview erheblich von dem Manuskript, das ich zuvor zu lesen bekommen und ergänzt habe. Der veröffentlichte Artikel besteht aus 54 Fragen und Antworten. Nicht weniger als 47 Fragen und 34 Antworten sind nachträglich von der Zeitung umgeschrieben worden. Einige Veränderungen betreffen nur einzelne Wörter und können als sprachliche Korrektur oder aus redaktionstechnischen Gründen als erforderlich angesehen werden. Dagegen ist es äußerst gravierend, daß der ‚Spiegel' wesentliche Abschnitte in meinen Antworten gestrichen und nachträglich Fragen so umformuliert hat, daß sie einen neuen Inhalt bekamen. In ein paar Fällen hat der ‚Spiegel' sogar neue Fragen hinzugefügt, die ich nie gehört hatte und somit auch nicht beantworten konnte."



Olof Palme FOTO: DPA

Als Beweis für wichtige gestrichene Tatsachen nennt Palme folgendes Beispiel: „Zur Frage der Zwangsabholung der Kinder habe ich ausdrücklich hervorgehoben, daß ich die Akten der Fälle, auf denen der ‚Spiegel'-Artikel aufbaut, selbst eingehend studiert habe. Diese sehr wichtige Information hat der ‚Spiegel' gestrichen. Dem ‚Spiegel'-Leser wird damit das Wissen vorenthalten, daß ich selbst die ‚Spiegel'-Behauptungen untersucht und sie für falsch befunden habe. Dieses hätte ja die Glaubwürdigkeit der Zeitung untergraben."

Der Ministerpräsident beklagt sich auch darüber, daß ein in derselben „Spiegel"-Ausgabe publizierter Artikel über den Stockholm-Vorort Kista, „in dem viele Behauptungen aufgestellt werden, die ich in dem Interview widerlege"; unmittelbar vor dem „Spiegel"-Gespräch mit Palme plaziert wurde, „vermutlich um von vornherein zu versuchen, das Interview abzuwerten".

Verzerrtes Bild

„Nach meiner Auffassung hat sich der ‚Spiegel' von der allgemeingültigen journalistischen Ethik entfernt", heißt es weiter in dem „Aftonbladet"-Artikel. „die Faktenzusammenstellung in den ‚Spiegel'-Artikeln ist erbärmlich schlecht und gibt den Lesern ein verzerrtes Bild von den Verhältnissen in Schweden. Dieses wird seinerseits von kleinen rechtsextremen Gruppen an der rechten Kante geprägt, die sich jetzt damit rühmen, über das Ausland Resonanz für ihre Ansichten gefunden zu haben."

Die – laut Palme – mangelnde Ehrlichkeit des „Spiegel" beruhe auf seiner „systematischen Kampagne gegen die Ideen der sozialen Sicherheit und der Gleichheit, die in unserem Land stark verankert sind. In Ländern, die eine ständig wachsende Erwerbslosigkeit akzeptieren und bewußt die soziale Sicherheit abbauen, will man beweisen, daß der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für soziale Reformen sinnlos ist. Sie scheinen sagen zu wollen, damit wird es nur noch schlimmer. Wir Schweden haben keinen Grund, gegenüber dieser Art Journalistik oder Kampagnen einen Rückzieher zu machen. Wir sind der Ansicht, allen Grund zu haben, stolz auf unser Land zu sein."

In einem ersten Kommentar, den die Morgenzeitung „Dagens Nyheter" am Montag veröffentlichte, betont „Spiegel"-Auslandschef Dieter Wild, daß die Beschuldigungen Palmes falsch seien, allerdings läge ihm der genaue Wortlaut des „Aftonbladet"-Artikels noch nicht vor. Wild meint weiter, Palme kritisiere das Magazin wohl deswegen, weil ihm nicht passe, was es über Schweden berichte.

Gemeindebrief in Thüringen gegen neue Raketen

epd, Berlin

Gegen die Aufstellung neuer Raketensysteme in der „DDR" hat sich die Synode der thüringischen evangelisch-lutherischen Kirche auf ihrer Tagung am Wochenende in Eisenach ausgesprochen.

Wie die Synode in einem „Brief an die Gemeinden" betont, sei durch die Entscheidung, neue atomare Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland zu stationieren, und durch die angekündigte Aufstellung neuer Raketensysteme in der „DDR" eine besonders bedrohliche Situation entstanden.

Es sei den Regierungen nicht gelungen, den „todbringenden Rüstungswettlauf" zu stoppen. Die Synode machte sich ausdrücklich die Erklärung der jüngsten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver zu eigen, in der die Herstellung, Aufstellung und Anwendung von Atomwaffen verurteilt wird.

Wie es in dem Brief heißt, könne darum auch die Aufstellung neuer Raketensysteme in der „DDR" nicht gutgeheißen oder mit „ausdrücklicher Zustimmung" unterstützt werden. Die Synode reagierte damit auf die in Betrieben und staatlichen Einrichtungen der „DDR" durchgeführten Unterschriftensammlungen zur Unterstützung der Entscheidung der Moskauer Führung, neue Raketen in der „DDR" aufstellen zu lassen.

„Eine falsche Bewertung"

Staatsminister Mertes attackiert Biedenkopf

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Kontroverse zwischen führenden CDU-Politikern über die NATO-Strategie der Abschreckung und die Rolle, die in ihr Nuklearwaffen haben, geht weiter. Staatsminister Alois Mertes vom Auswärtigen Amt hielt dem westfälischen CDU-Vorsitzenden Kurt Biedenkopf vor, man könne nicht bedauern, daß von weiten Teilen der Bevölkerung die Strategie nicht akzeptiert werde, wenn man sie für sich selbst nicht einmal akzeptiere. Mertes meinte: „Biedenkopf beschreibt und wertet die Bündnisstrategie in ihrem Kern falsch. Er verkennt, worauf es ankommt: Mit den eigenen Möglichkeiten (Optionen) die Möglichkeiten (Optionen) der anderen Seite zu durchkreuzen, lange bevor sie politisch wahrscheinlich werden können."

Mertes betonte vor Journalisten seine Bereitschaft, mit Biedenkopf bald ein Gespräch über diese Fragen zu führen. Als Grund, ihn vorab schon öffentlich zu kritisieren, nannte Mertes die Sorge, Biedenkopfs Ansichten könnten in der CDU Fuß fassen. Biedenkopf sei mit seiner Mißinterpretation der NATO-Strategie in der Position eines Verkäufers, der „die Qualität seiner Ware selbst aktiv in Zweifel zieht". Wer so handele, „der will keine Verkaufserfolge. Er will, daß eine andere Ware angeboten und akzeptiert wird".

Mertes begründete seine Kritik an Biedenkopf, der die These vertritt, die nukleare Komponente der westlichen Abschreckungsstrategie führe in eine „Grenzsituation", die auf Dauer von der Bevölkerung nicht akzeptiert werde. Dies zu sagen, meinte Mertes, sei nicht sachgerecht, weil bei Biedenkopf dabei die Zuordnung zur „hegemonialen Grenzsituation" fehle, in die die sowjetische Expansionspolitik Westeuropas zu manövrieren versuche. Er verkürze somit das „Thema Erpreßbarkeit", indem er übersehe, daß die Sowjetunion in Europa „diesseits von direkter Erpressung mit Hilfe des Aufbaus militärisch-offensiver Optionen und der Verhinderung defensiver Gegen-Optionen des Westens gerade in der nicht-nuklearen Bundesrepublik Deutschland einen subtilen Prozeß der Nachgiebigkeit bewirken will, der Bonn in einer Krisensituation zum Hebel einseitiger westlicher Konzessionen machen soll".

Zudem gebe es das von Biedenkopf behauptete Versprechen nicht, die NATO-Strategie sehe den Einsatz von Nuklearwaffen letztendlich nicht vor. Die abschreckende und damit kriegsverhindernde Wirkung entstehe in der sowjetischen Wahrnehmung erst, wenn in Moskau trotz konventioneller Übermacht mit der realen Möglichkeit eines defensiven westlichen Ersteinsatzes von Atomwaffen mit dem Risiko zur Eskalation gerechnet werden müsse.

Disziplinarverfahren gegen Gerd Bastian

ms. Bonn

Das Bundesverteidigungsministerium denkt jetzt doch daran, den früheren Bundeswehrgeneral und jetzigen Bundestagsabgeordneten der Grünen, Gerd Bastian, disziplinarrechtlich zu belangen. Den letzten Anstoß dazu hat offenkundig die Teilnahme von Bastian an der Blockade der amerikanischen Kaserne in Mutlangen und das in diesem Zusammenhang gegen ihn eingeleitete Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft wegen Nötigung gegeben. Auch als pensionierter General unterliegt Bastian in disziplinarrechtlicher Hinsicht dem Soldatengesetz, das unter anderem auch Gehaltskürzungen zuläßt. Das Bundesverteidigungsministerium ist außerdem aus einem anderen Anlaß zu einer Entscheidung gefordert. Ein Unteroffizier der Reserve hatte sich aus Protest gegen die Nachrüstung an ein Kasernentor angekettet. Der Disziplinarvorgesetzte hat das Ministerium in Bonn unter Hinweis auf das Verhalten von Bastian um Entscheidungshilfe gebeten, ob er überhaupt gegen den Mann vorgehen solle, nachdem gegen Bastian bislang keine disziplinarrechtliche Maßnahme eingeleitet worden sei.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Kreml hält Ausreisewillige zurück

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Die monatlichen Zahlen von deutschen Ausreisewilligen aus der Sowjetunion sind 1983 weiter drastisch zurückgegangen, im November waren es insgesamt nur 88, während 1981 noch 314 im Monatsdurchschnitt kamen. Dies erklärte der Bundestagsabgeordnete und Präsident des Bundes der Vertriebenen Herbert Czaja (CDU) anläßlich einer Tagung zum Thema „Die Sorge um die Deutschen in der UdSSR" in Bonn. Zu der Veranstaltung hatten die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und der Verband der Rußlanddeutschen eingeladen. Von ihnen soll es in der UdSSR rund 2,4 Millionen geben.

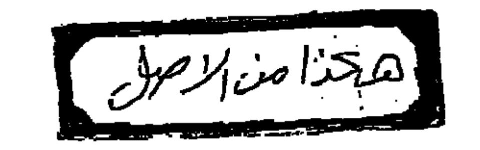
Czaja kritisierte, daß die Zahl der unerledigten und in Moskau liegenden Ausreiseanträge inzwischen die Zahl 200 000 erreicht haben. Er wies darauf hin, daß Moskau diese Papiere benutze, um mit dem Westen „wirtschaftliche und politische Vorteile in Verhandlungen herauszupressen", und daß von der Sowjetunion bisher bei den großen Hilfen, die sie durch westliche Länder erhalte, zuwenig Gegenleistungen zugunsten der Menschenrechte gefordert worden seien.

Auch bei der Ausreise anderer Nationalitäten aus der Sowjetunion ergäben sich ähnliche Schwierigkeiten, zum Beispiel bei den Ausreiseversuchen der Juden. In den zurückliegenden Monaten seien, gleichzeitig mit den wirtschaftlichen und politischen Krisen im Ostblock, Ausreisen Deutscher auch aus dem polnischen Machtbereich und aus Rumänien erheblich erschwert worden und zurückgegangen. Deswegen sei der Antrag einer größeren Zahl von Antragstellern im Europarat auf Initiative des Abgeordneten Claus Jäger (CDU) mit dem Ziel der Durchsetzung internationaler Vereinbarungen zum Schutz nationaler Gruppen vor Diskriminierung besonders zu begrüßen.

Jäger selbst sagte in seinem Grußwort anläßlich der Bonner Tagung, die „Schutzpflicht" Deutschlands für die Rußlanddeutschen sei zum Teil sogar von der Sowjetunion anerkannt worden. Die „DDR" kümmere sich um diesen Aufgabenkatalog überhaupt nicht. Seine Europarat-Initiative soll bewirken, daß bei den KSZE-Folgekonferenzen im jeweiligen Schlußdokument auf die Beseitigung der „schweren Menschrenrechtsverletzungen und auch der Verletzungen der Rechtsverpflichtungen des politischen Menschenrechtspaktes der Vereinten Nationen zur kulturellen Freiheit" gedrungen werde.

Zusätzlich möchte Czaja noch, daß sich die UN-Mitgliedsstaaten bei der Erörterung der Stundenberichte im Menschenrechtsausschuß um die „eindeutige Klärung der tatsächlichen Lage der Minoritäten auch in der Sowjetunion" bemühen und daß eine „Konvention für Volksgruppenrechte" und für Rechte ethnischer Gruppen unter fremder Herrschaft zustande kommt.

Zum Termin der Bonner Rußlanddeutschen-Tagung wies die Deutsche Sektion der IGFM auf den Fall des 35jährigen Deutschen Alexander August hin, der in der Leningrader psychiatrischen Sonderhaftanstalt US-20 gefangengehalten werde, einen wegen Fesselung mit dem Munde geschriebenen Brief verfaßte, in dem er sich über Mißhandlungen beklagt, und das Internationale Rote Kreuz darum bittet, sich seiner anzunehmen.



Drusen kündigen wieder Ende der Blockade an

Deir el Kamar und die Christenverfolgungen im Schuf

PETER MEYER-RANKE, Beirut

Die sozialistische Partei des Drusenführers Dschumblat hat zum wiederholten Mal angekündigt, daß ihre Milizen die Belagerung der christlichen Kleinstadt Deir el Kamar aufheben wollen. Damit reagiert Dschumblat auf den wachsenden internationalen Druck insbesondere aus Israel, den Vereinigten Staaten, Frankreich und auch aus dem Vatikan. Wegen der unmenschlichen Zustände in der belagerten Stadt sind viele Regierungsverantwortliche von ihrer veröffentlichten Meinung aufgerüttelt worden.

Die Lebensbedingungen der rund 30 000 christlichen Flüchtlinge in Deir el Kamar haben sich seit Beginn der Belagerung im September ständig verschlechtert. Es fehlt an Grundnahrungsmitteln, Strom und Wasser. Selbst Brot ist rationiert. Mehrere Personen sind an Unterernährung gestorben. Der hereinbrechende Winter hat schlimmste Befürchtungen aufkommen lassen.

Auf einer Pressekonferenz in Beirut hat die Oberin Marie Damien vom Franziskanerorden in Deir el Kamar einige Einzelheiten über die Zustände geschildert. Demnach werden nur ab und zu einige Konvois des Roten Kreuzes von den Milizen Dschumblats durchgelassen, jedoch ohne Medikamente und nur mit 40 Prozent der geladenen Lebensmittel. Anfang November hatten die Drusen rund tausend Kinder und Greise nach Beirut ausreisen lassen. Seitdem aber wurden die Kontrollen verschärft. Fast täglich wird die Stadt auch immer wieder mit Artilleriefeuer belegt. Ziele der Drusen sind hauptsächlich der Marktplatz sowie die Klosterschule Mar-Abda und das Krankenhaus zum Heiligen Kreuz.

Oberin Marie Damien berichtete, daß Hunderte von Flüchtlingen auf den Straßen schlafen müssen und daß die Pappkartons der Versorgungskonvois als Schlafstätten für kleine Kinder dienen. „Die Menschen sind am Ende ihrer Kraft", sagte sie. Wegen der kalten Nächte müßten jetzt schon Fensterläden und Holztüren verheizt werden. Außerdem werde der umliegende Pinienwald abgeholzt. Die Flüchtlinge stammen alle aus christlichen Dörfern im Schuf und wurden entweder von den Drusen vertrieben oder entkamen den blutigen Massakern, die die Drusen im September unter der christlichen Zivilbevölkerung im Schuf anrichteten. Die Familien sind zersprengt, jeder hat mindestens einen toten Verwandten zu beklagen.

Das „Katholische Informationszentrum" in Beirut hat dazu Nachforschungen angestellt und die Zeugenaussagen festgehalten. Demnach haben die Drusen unterstützt von Palästinensern und Syrern etwa 1200 Christen ermordet, in mehr als 50 Dörfern wurden rund 17 200 Gebäude in die Luft gesprengt oder verbrannt, unter ihnen alle 85 Kirchen. Unter den Opfern befinden sich auch zahlreiche Priester, Ordensschwestern, Mönche, Kinder, Frauen und Greise.

In dem nüchternen Dokument, das die Christdemokratische Union Libanons auch in Europa verteilt hat, wird die systematische Vertreibung der christlichen Bevölkerung bis zum 6. Oktober 1983 statistisch erfaßt. Das Dokument ist auch der CDU in Bonn und der Bundesregierung zugänglich gemacht worden. Eine Reaktion hat es bisher, soweit bekannt ist, jedoch noch nicht gegeben. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Drusen ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht die Bewohner mancher Dörfer einfach in der Kirche zusammengetrieben haben und die Kirche dann in Brand steckten. In anderen Dörfern wurden Menschen auf dem Altar massakriert. Vielfach wurden die Opfer auch zersägt oder mit Äxten in Stücke gehauen. Auch über Folterungen mit glühenden Eisenstäben wird berichtet. Sämtliche Kirchen, christliche Schulen und Klöster seien gebrandschatzt worden. Die Drusen und ihre Bundesgenossen hätten alle Christen getötet, die sie ergreifen konnten. Ziel der Drusen sei es, die Christen zu vertreiben und von einer Rückkehr abzuschrecken.

Angesichts dieser Vorkommnisse herrschten in Deir el Kamar Angst und Schrecken vor einem Sturm der Drusenkrieger. Hauptsächlich der israelischen Warnung an die Drusen vor einem Angriff auf die Stadt ist es zu verdanken, daß es bisher nur bei Artilleriebeschüssen blieb.

Alle bisher aus Deir el Kamar Entkommenen beteuern, sie wollten wieder in ihre Dörfer zurück. Daran ist aber vorläufig nicht zu denken. Denn in den meisten Dörfern sind die verlassenen Wohnungen ausgeraubt, geplündert und zerstört. Die Verfolgungen und Massaker werden für lange Zeit ein friedliches Zusammenleben von Christen und Drusen im Schuf verhindern.

Die christlichen Flüchtlinge gehören den Glaubensgemeinschaften der Maroniten, Griechisch-Orthodoxen und Melkiten an. Die Gesamtzahl der Christen, die aus ihrer angestammten Heimat im Schuf vertrieben wurden, wird auf 185 000 Menschen geschätzt. (SAD)

Seite 3: Wie war das?

Geschichtsbild bedarf pfleglicherer Behandlung

Deutsch-französische Schulbuch-Kommission berichtet

A. GRAF KAGENECK, Paris

Aussöhnung und Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen müßten dauerndes Wunschbild bleiben, wenn sie nicht von der jungen Generation beider Länder mitgetragen und immer wieder von unten herauf erneuert würden. Diesem Ziel dient die deutsch-französische Schulbuchkommission, die seit vier Jahren – ähnlich der deutsch-polnischen Kommission – bemüht ist, Vorurteile abzubauen und das gegenseitige Geschichtsbild in den eigenen Lernvorgang objektiv einzuordnen. Träger dieser weithin unbekannten und unterschätzten Basisarbeit sind die „Vereinigung der Lehrer für Geschichte und Geographie" in Paris, die 10 000 Mitglieder in Gymnasien und Universitäten umfaßt und das ähnlich konstituierte Georg-Eckert-Institut in Braunschweig.

Zunächst geht es beiden Institutionen darum, den Anteil, den der andere im eigenen Schulbuch als Nation, Staat und geographische Einheit hat, etwas pfleglicher zu behandeln als bisher. „Es ist sicher nützlich, wenn wir Asien, Afrika und die ozeanischen Räume unseren Schülern näherbringen", sagte uns Hubert Tison, der französische Verantwortliche in der Kommission. „Aber wie im Einzelleben sollten wir auch im Leben der Nationen den Nachbarn den größeren Platz einräumen, und unsere nächsten Nachbarn sind nun einmal die Deutschen. Sie sind in unseren Schulbüchern lange Zeit zu kurz gekommen, wie auch Frankreich im deutschen Schulbuch nicht ausreichend behandelt wurde."

Wichtiger noch als die mangelnde Präsenz des anderen dünkte den Ausschußmitgliedern bei ihrer jüngsten Tagung in Paris in der Vorwoche, daß der Geschichtsstoff vor allem für die Zeit von 1945 bis heute unzusammenhängend, bruchstückartig und klischeehaft dargeboten wird. „Man bietet nur Informationssplitter, keine Zusammenschau", kritisiert der deutsche Historiker Riemenschneider aus Braunschweig. Der Vorgang der Aussöhnung der beiden lange verfeindeten Nationen wird nicht genügend gewürdigt, in seiner Evolution und geschichtlichen Logik dargestellt. Man nennt die Namen von Robert Schumann und Charles de Gaulle, die als Symbole im luftleeren Raum stehen. Die 4. Republik findet praktisch nicht statt. Die 5. wird als autoritäres nahezu diktatorisches Staatsgebilde dargestellt. Für die ungebrochene sehr viel traditionsgebundenere und patriotischer inspirierte Geschichte der Franzosen wird in Deutschland wenig Verständnis aufgebracht.

Umgekehrt sündigen auch Schulbuchautoren durch Übersimplifizierung der deutschen Vor- und Nachkriegsgeschichte. Die Weimarer Republik wird nicht als ein erster aufrichtiger Versuch der Deutschen zur Demokratie, sondern als ein permanentes Chaos geschildert, das folgerichtig in Hitler und die Katastrophe münden mußte. Was nach 1945 kam, stellt sich als das Ergebnis deutschen Größenwahns dar, die Trennung, der Eiserne Vorhang, die (geographisch und historisch gleichbehandelten) beiden deutschen Staaten. Auch hier hält man sich nicht lange bei Differenzierungen auf und bedient sich schlagkräftiger Symbole: die Luftbrücke, die Berliner Mauer. Deutsche Nachkriegsgeschichte sublimiert sich als „Bestrafung" für begangenes Unrecht. Über den großartigen Aufbau einer neuen deutschen Demokratie in der Bundesrepublik erfährt der junge Franzose nur wenig.

Um sich gültigere Leitbilder zu verschaffen, ließ die Kommission zwei in beiden Ländern gleichhoch geachtete Experten zu Worte kommen. Der in Paris lehrende Rudolf von Thadden referierte über Nachkriegsgeschichte und Politik in Deutschland. Sein französischer Kollege René Remond sprach über Etappen der drei letzten französischen Republiken.

Die Kommission hat langfristige Leitlinien für die künftige Arbeit der Schulbuchautoren beider Länder ausgearbeitet sowie ihre „Empfehlungen" zur Behandlung der Geschichte der 3. Republik und der Weimarer Republik abgeschlossen. Beide sollen größeren Eingang in die Schulbücher finden. Die nächste Sitzung im Mai 1984 in Berlin wird sich ähnliche Empfehlungen für die Behandlung der Nachkriegszeit vornehmen. So entsteht ein allmählich einheitlich dargestellter gemeinsam „in voller geistiger und wissenschaftlicher Autonomie und sine ira et studio" (Dr. Riemenschneider) erarbeiteter deutsch-französischer Grundstock für den Geschichtsunterricht in beiden Ländern

Der Wahlsieger wird als Krisenmanager gefordert

Von WERNER THOMAS

In Venezuela ist der Sozialdemokrat Jaime Lusinchi mit 53,4 Prozent der abgegebenen Stimmen zum neuen Präsidenten gewählt worden. Sein gefährlichster Rivale, der frühere Präsident Rafael Caldera von der bisher regierenden christdemokratischen Partei Copei, konnte nur 36 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Ebenfalls siegreich war Lusinchis Demokratische Aktion bei den gleichzeitigen Parlamentswahlen, bei denen sie nach vorläufigem Ergebnis 48,7 Prozent erreichte, während die Copei mit nur 29,1 Prozent weit abgeschlagen wurde.

Große Veränderungen sind von Lusinchi nicht zu erwarten, von wirtschaftlichen Kurskorrekturen abgesehen. „Die zwei großen Parteien treffen sich langsam etwas links von der Mitte", urteilte die Zeitung „El Nacional".

Lusinchi, 57, Kinderarzt von Beruf, wurde weniger wegen seines politischen Programms zum neuen venezolanischen Präsidenten gewählt. Dies hat sich nur unwesentlich von den Vorstellungen Calderas unterschieden. Caldera verlor, weil die Venezolaner dem Präsidenten Luis Herrera Campins für die desolate wirtschaftliche Situation einen Denkzettel verabreichen wollten.

Herrera Campins, ebenfalls ein Vertreter der christdemokratischen Copei, war einer der unpopulärsten Staatschefs in der jüngeren Geschichte. Die letzten Meinungsumfragen ergaben, daß nur noch zwölf Prozent der Venezolaner hinter ihm stehen. „Die Leute hegen Rachegefühle, wenn sie zu den Wahlurnen schreiten", kommentierte das Blatt „El Universal". „Sie möchten ihre Stimmzettel als Waffen einsetzen, um diese Regierung zu bestrafen." Ganz Venezuela spricht von „El Crisis", der Wirtschaftskrise, die abrupt die Träume vom ewigen Reichtum beendet hat.

Die Arbeitslosenrate verdoppelte sich innerhalb der letzten zwei Jahre auf 17 Prozent. Während der fünfjährigen Amtszeit Herrera Campins stiegen die Auslandsschulden der 16 Millionen Venezolaner um ebenfalls 100 Prozent auf 34 Milliarden Dollar. Die Währungsreserven schrumpften von 18,2 Milliarden Dollar im Januar 1982 auf 8,7 Milliarden Dollar in den letzten Tagen. Herrera Campins mußte im Februar die Bolivar-Währung radikal abwerten, vom Verhältnis 4,3 zum Dollar auf 13,4. Er dekretierte

VENEZUELA

Devisenkontrollen, um die Welle der Fluchtgelder zu stoppen, die täglich fast eine Höhe von 200 Millionen Dollar erreichte. Die erst nur noch die Zinsen ihrer Schulden zahlen kann.

Lusinchi, der am 2. Februar die Präsidentschaft übernimmt, muß sich sofort diesen Problemen widmen. Was er im einzelnen tun möchte, um die Krise zu überwinden, hat er bisher nicht verraten. Ein diplomatischer Beobachter fand sein Wirtschaftsprogramm als „äußerst vage" und er erklärte sich das so: „Lusinchi scheute sich, dem Volk zu sagen, daß es den Gürtel noch enger schnallen muß." Es besteht aber die Möglichkeit, daß die Ölpreise bald wieder steigen und die Devisenkasse füllen.

Die Wirtschaft wird den neuen Präsidenten so stark beschäftigen, daß er sich der Außenpolitik nur nebenbei widmen kann. Im Mittelpunkt der venezolanischen Außenpolitik stehen die Bemühungen um eine friedliche Lösung des Mittelamerika-Konfliktes. Venezuela gehört neben Kolumbien, Panama und Mexiko zur Contadora-Gruppe, die dieses Ziel verfolgt.

Auch außenpolitisch sind sich die beiden großen Parteien nähergekommen. Herrera Campins hatte in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit die äußerst engen Bindungen zu Washington etwas gelockert. Er kümmerte sich intensiver als zuvor um die Probleme der Dritten Welt, besuchte das sandinistische Nicaragua und empfing die Comandantes in Caracas. In den letzten Monaten half Herrera Campins aber auch mit, Druck auf die sandinistische Regierung auszuüben, damit diese eine politische Öffnung versucht und sich von Kuba freischwimmt. Seit der amerikanischen Invasion auf Grenada demonstrieren die Männer in Managua plötzlich eine erstaunliche Konzessionsbereitschaft.

Die Sandinisten erwarten von Lusinchi mehr Sympathie für ihre Situation als von Herrera Campins. Sie hoffen, daß Ex-Präsident Carlos Andres Perez, ein linker Sozialdemokrat, seinen Einfluß in Zukunft mehr geltend machen kann. Perez spielte eine prominente Rolle im Präsidentschaftswahlkampf. Lusinchis Beraterstab, der etwas düpiert reagierte auf die Aktivitäten des Ex-Präsidenten, ließ jedoch bereits verkünden, daß in den nächsten fünf Jahren nur ein Mann die politischen Entscheidungen Venezuelas fälle.

Caracas erlebte in der Nacht zum Montag einen Freudentaumel. Hundertausende Menschen drängten sich in den Straßen und schrien „Lu-sin-chi, Lu-sin-chi", besonders in der Umgebung der Parteibüros der sozialdemokratischen „Accion Democratica". (SAD)

Seite 2: Doktor für Venezuela

Schweiz erschwert Einbürgerung von Ausländerinnen

rb. Bern

Von den knapp vier Millionen stimmberechtigten Schweizern nahmen am Wochenende nur 35,3 Prozent an der Volksabstimmung über eine Revision der Bürgerrechtsregelung in der Bundesverfassung teil. Der ersten Gesetzesvorlage über die Gleichstellung von Mann und Frau beim Erwerb des Schweizer Bürgerrechts stimmten die Eidgenossen mit klarer Mehrheit zu. Künftig sollen damit die Kinder einer Schweizerin, auch wenn sie mit einem Ausländer verheiratet ist und im Ausland lebt, das Schweizer Bürgerrecht bekommen. Ausländerinnen sollen es dagegen in Zukunft bei Heirat mit einem Eidgenossen nicht mehr wie bisher automatisch, sondern erst auf Antrag und nach einer Wartefrist erhalten.

Mit 55,2 Prozent Nein-Stimmen wurde die zweite Gesetzesvorlage abgelehnt, die eine Erleichterung der Einbürgerung von in der Schweiz geborenen und aufgewachsenen Ausländern sowie von Flüchtlingen und Staatenlosen vorsah.

Kreml: Teststopp für Killer-Satelliten

AP/dpa, **Moskau**

Die Sowjetunion hat an Weltraumwaffen gearbeitet, die Satelliten unschädlich machen können. Die Versuche mit den Killer-Satelliten seien jedoch gestoppt worden. Dies erklärte der Direktor des sowjetischen Instituts für Weltraumforschung, Roald Sagdejew, gegenüber dem US-Nachrichtenmagazin „Newsweek". „Wir haben ein Moratorium für den Abschuß und das Testen dieser Waffen verkündet, solange sich die andere Seite zurückhält." Washington hatte Moskau vorgeworfen, einen Killer-Satelliten erprobt zu haben.

Rumasa: Unruhe in Madrid über Enteignungs-Urteil

Politische Entscheidung des Verfassungsgerichts?

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Das spanische Verfassungsgericht hat eine Verfassungsklage der bürgerlichen Koalition „Grupo Popular" gegen die Enteignung der Rumasa-Holding durch die spanische Regierung am 23. Februar 1983 zurückgewiesen. Die Holding war das größte private Wirtschaftsunternehmen Spaniens; sie umfaßte 300 Unternehmen, darunter 18 Banken. Sie beschäftigte 50 000 Arbeiter und Angestellte.

Gegen Ende des vergangenen Jahres war sie in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Sechs der zwölf Verfassungsrichter befanden, daß die Enteignung nicht gegen die Verfassung verstoße; die sechs anderen hielten die Enteignung für verfassungswidrig. Die Entscheidung führte der Präsident des Verfassungsgerichtes herbei: Er stimmte gegen die Verfassungsklage und somit für die Regierung. Die vorzeitige Veröffentlichung sowie Details des Urteils durch die der Regierung nahestehenden Zeitung „El Pais", vor allem aber ein Treffen der beiden höchsten Verfassungsrichter mit Regierungspräsident Felipe Gonzalez und Vizepräsident Alfonso Guerra führten in der spanischen Hauptstadt am Wochenende zu Spekulationen. Ernste Bedenken wurden laut. „Wenn es zutrifft, daß bei der Besprechung im November ein Dossier über die möglichen wirtschaftlichen und politischen Folgen eines für die Regierung negativen Verfassungsurteils an den Präsidenten des Verfassungsgerichtes übergeben wurde, dann muß dies als äußerst schwerwiegend angesehen werden", erklärte am Montag ein Sprecher der federführenden Oppositionspartei Alianza Popular gegenüber der WELT.

Über das Treffen und die Übergabe des Dossiers hatte die angesehene Zeitung „ABC" am Montag berichtet. Demnach sei es bei diesem Gespräch sehr heftig zugegangen; Vizepremier Guerra habe die Runde vorzeitig verlassen.

Die Entscheidung des Verfassungsgerichtes muß nach allem, was bisher verlautet, als politisch bezeichnet werden. Drei der sechs Verfassungsrichter, die mit ihrem Urteil die Regierung vor einer schweren Krise bewahrten, gehören dem Verfassungsgericht auf Grund einer Vereinbarung zwischen der damaligen Mitte-Links-Regierung UCD und der Sozialistischen Partei an, die jetzt die Regierung führt. Die sechs anderen Richter, die in der Enteignung einen Verstoß gegen die Verfassung sehen, wurden in Übereinstimmung mit der bürgerlichen Opposition und der sozialistischen Regierungspartei, auf Vorschlag der UCD oder auf Grund einer Benennung des Königs in das Gericht entsandt.

Die vorzeitige Veröffentlichung – das Urteil wird offiziell erst am Freitag bekanntgegeben – bringt der Regierung einen erheblichen Vorsprung bei der Beurteilung des Bruches durch die Bevölkerung. Der Wortlaut des Urteils wird nämlich zusammen mit der Stellungnahme der überstimmten Richter veröffentlicht. Und diese Richter werden im Staatsbulletin begründen, warum sie die Enteignung der Rumasa-Holding für verfassungswidrig halten. Das Verfassungsgericht stützt sich bei seinem Urteil auf die in der Verfassung vorgesehene „außerordentliche und dringliche Notwendigkeit" einer Intervention dieser Art, da „alle Güter des Landes ... dem Gemeininteresse unterworfen seien". (SAD)

Polen: Angriff auf Walesa und neue Festnahmen

AP/dpa/AFP, Warschau

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa ist gestern erstmals seit mehreren Wochen wieder in der Presse seines Landes angegriffen worden. Die Warschauer Rerierungszeitung „Rzeczpospolita" warf ihm vor, er habe ebenso wie die anderen „Führer unserer Opposition" niemals „irgendwelche Bedenken" gegen die Sanktionen gehabt, die im Westen nach Ausrufung des Kriegsrecht gegen Polen verhängt wurden.

Innenminister General Kiszczak beschuldigte gestern vor dem Parlament in Warschau den Westen der politischen Unterwanderung und Unterstützung der illegalen Opposition. In einem Bericht über die innere Sicherheit meinte der General, westliche Geheimdienste versuchten, im In- und Ausland bezahlte Agenten zu werben. So seien im November ein Bürger der Bundesrepublik und der Pole Jacek Jurczak verhaftet worden, weil sie für den US-Geheimdienst militärische und politische Informationen gesammelt hätten. Zur Zeit gebe es in Polen 217 politische Häftlinge.

Wie aus Kattowitz verlautete, sind dort am Sonntag nach einer Kundgebung zum Gedenken an von der Polizei erschossene Bergleute mehrere Dutzend Anhänger der verbotenen „Solidarität" festgenommen worden, unter ihnen die Gewerkschaftsführer Kazimierz Switon und Anna Walentynowicz. In Warschau und Umgebung nahmen rund 10 000 Menschen an Gedenkgottesdiensten für die Bergleute teil.

Dem Sejm wurde nach Kiszczaks Bericht der Haushalt in erster Lesung vorgelegt. Danach beträgt die Devisenverschuldung Polens zum Jahresende schätzungsweise 27,5 Milliarden Dollar und Ende 1984 voraussichtlich rund 29,4 Milliarden Dollar.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Fatale Einsichtslosigkeit

„Amerika enttäuscht über Westeuropa"; WELT vom 14. November

Die „freien" Europäer tragen dank ihrer fatalen Einsichtslosigkeit dazu bei, daß Europa immer mehr gefährdet wird. Skandalös ist das! Auch ein Beweis mehr, wie wenig die Europäer von der freilich sehr komplexen Weltsituation wissen. Darin spiegelt sich auch ihr zunehmender nationaler Egoismus.

Selbstredend muß die UNO in New York bleiben! Selbstredend muß das NATO-Bündnis gestärkt werden; denn sonst sind Sicherheit und Zukunft des freien Europa nicht garantiert. Wenn sich das „westliche" Europa von den Kriegsschäden bemerkenswert schnell erholen konnte, so dank der amerikanischen Hilfe. Ein Skandal, daß auch das bei den meisten Europäern vergessen ist.

Das politische und publizistische Hickhack in der Bundesrepublik um die „Invasion" in Grenada zeigt, wie wenig die Deutschen unterrichtet sind, was in der Karibik geschieht. Im März war ich beruflich in Puerto Rico. Mancher Puertoricaner wollte mit mir nicht mehr „amerikanisch" sprechen, sondern lieber spanisch. Das „amerikanisch regierte" Puerto Rico strebt eine eigene Vertretung in der Unesco an, überhaupt mehr Unabhängigkeit von Washington. Die „Hispanics" werden den Amerikanern außer anderen noch erhebliche Sorgen bereiten.

Bereits im März wußte man in San Juan von kommunistischen Agenten und Soldaten auf Grenada. Europäer und Amerikaner äußerten sich sehr besorgt über die politische Entwicklung in der Region. Die von deutschen Politikern geübte Kritik am amerikanischen Vorgehen bezeugt unverantwortliche Unkenntnis bezüglich der zielstrebigen kommunistischen Absichten in der Karibik, in Mittel- und Lateinamerika usw.

Schon in den sechziger Jahren hörte ich in den USA oft die Frage: „Was haben wir Amerikaner in Übersee zu tun? Warum sollen unsere Boys für fremde Völker sterben?" Solche Sätze hört man nach den Ereignissen im Libanon und auf Grenada immer häufiger. Es würde mich nicht wundern, wenn die Amerikaner vielleicht schon sehr bald zu uns Europäern sagen: „Helft euch doch allein!" Als Amerikaner würde auch ich enttäuscht sein von vielen europäischen Politikern und Publizisten, welche die geopolitischen Kontexte der heutigen Weltpolitik überhaupt nicht begreifen.

Ziehen sich die USA in ihre eigene Region zurück, dann können sie zwar selbst überleben, aber die derzeit noch freien Völker nicht. Es geht gar nicht darum, ob uns Präsident Reagens Politik sympathisch ist oder nicht, sondern um unsere Zukunft in Freiheit, die ohne die Hilfe der Weltmacht USA nicht garantiert ist, weil die zweite Weltmacht unsere Zukunft in Freiheit bedroht.

Rolf Italiaander

Nudeln und EG-Agrarpolitik

„Teigwaren/Hartweizengrieß ist Trumpf"; WELT vom 13. Oktober (Beilage „Italien")

Sehr geehrte Damen und Herren
der mit J.C. unterzeichnete Beitrag zeugt von Unkenntnis des deutschen Marktes für Nudeln. Hier einige Beispiele: Tatsache ist, daß die Verzehrgewohnheiten in Deutschland und in Italien traditionell unterschiedlich sind. Während in Italien 90 Prozent des Konsums in Form von Teigwaren ohne Eizusatz erfolgt, werden in Deutschland genau umgekehrt 90 Prozent in Form von Eierteigwaren verzehrt. Allerdings beweist die seit einiger Zeit zunehmende Nachfrage nach Eierteigwaren in Italien, daß sich sogar von Deutschland aus eine gewisse Beeinflussung der traditionellen Verzehrgewohnheiten dieses Landes anbahnt.

Wenn es also einen typischen italienischen Markt gibt, so muß anerkannt werden, daß es auch einen im Laufe von Generationen gewachsenen typischen deutschen Markt für Nudeln gibt. Der deutsche Teigwarenkonsum ist während der vergangenen 10 Jahre um 25 Prozent gestiegen, der italienische Markt dagegen gesunken. Es besteht also keinerlei Veranlassung für italienische Überheblichkeit und Änderung unserer deutschen Rezepturen.

Die Verwendung von Grieß aus Weichweizen in Deutschland entspricht ebenfalls der Tradition, insbesondere aber auch wirtschaftlichem Zwang, ausgelöst durch die Agrarpolitik der EG. Die Italiener haben ein Monopol im Anbau von Hartweizen. Sie erhalten ihn spottbillig, und sie geben nichts davon ab. Die Teigwarenindustrie in allen nördlichen Ländern der EG ist deshalb gezwungen, extrem teuren Hartweizen aus Übersee zu importieren. Die Italiener wollen ihre Gesetze sogar allen Ländern der Gemeinschaft aufzwingen und damit ihr Monopol und unsere Wettbewerbsbenachteiligung zementieren.

Auf der anderen Seite haben Erfolge bei der Züchtung von für die Teigwarenherstellung geeigneten Weichweizensorten und bei der Fortentwicklung der Technologie der industriellen Teigwarenherstellung es der deutschen Teigwarenindustrie ermöglicht, qualitativ hochwertige Teigwaren herzustellen. Die Italiener dagegen, die nicht durch widrige Umstände gezwungen waren, Geist und Geld zur Sicherung ihrer Zukunft zu investieren, haben die züchterische und technologische Entwicklung buchstäblich verschlafen.

W. Hees
Bundesverband der Deutschen Teigwarenindustrie e. V.,
Bonn 1

Ungereimt

„Wie verkraften wir die Niederlage"; WELT vom 23. November

Sehr geehrte Redaktion,
am Ende des oben genannten Artikels wird Dorothee Sölle als katholische Theologin bezeichnet. Meines Wissens trifft dies nicht zu, womit ich nicht bestreiten will, daß es auch katholische Theologen gibt, die ungereimtes Zeug reden. Frau Sölle wird sich darin allerdings nicht leicht überbieten lassen.

K. Ruby,
Freiburg/Br.

Behördenhilfe

„Schnelle Hilfe blieb im Schlamm der Mosel stecken"; WELT vom 18. November

In dem Artikel über finanzielle Unterstützungen für Hochwassergeschädigte sind Feststellungen getroffen worden, die falsch sind und einer Richtigstellung durch das Ministerium des Innern und für Sport bedürfen.

Falsch ist die Behauptung, „die finanzielle Hilfe kam weder schnell noch unbürokratisch".

Richtig ist, daß bis Ende September in 450 Fällen Zuschüsse und weiteren 15 Fällen Darlehen des Landes Rheinland-Pfalz in einer Gesamthöhe von 2,6 Mio. Mark gewährt wurden. Nachdem die Antragsfristen am 25. April bzw. 6. Juli erst abgelaufen waren, darf mit Recht von schneller und im Hinblick auf die im Interesse der Betroffenen einzuhaltenden Fristen auch unbürokratischer Hilfe gesprochen werden. In akuten Notfällen gab es Soforthilfen.

Falsch ist daher auch die zitierte Behauptung des FDP-Kommunalpolitikers Karl-Heinz Saffenreuther von der Kreisstelle Cochem-Zell des Hotel- und Gastgewerbes: „Die Bearbeitung der Anträge hat monatelang gedauert und war alles andere als unbürokratisch."

Richtig ist die bereits angeführte abschließende Antragsbearbeitung innerhalb von 12 Wochen.

Falsch ist die Behauptung: „Tausende von Anträgen wurden abgelehnt, weil die Schäden unter 3000 Mark lagen, die Antragsfristen versäumt wurden oder keine außergewöhnliche Notlage gegeben war."

Richtig ist, daß insgesamt nur 1087 Anträge auf Hilfe durch das Land gestellt worden waren. In 622 Fällen erfolgten Ablehnungen, weil die gesetzlichen Voraussetzungen nicht vorlagen, darunter in 300 Fällen wegen Schäden unter 5000 bzw. 3000 Mark.

Falsch ist die Feststellung, daß alle Anträge von Winzern auf Finanzhilfe abgelehnt worden seien.

Richtig ist, daß kein einziger Antrag von Winzerbetrieben vorgelegt worden war.

H. Mayer,
Ministerium des Innern und für Sport, Mainz

Schweizer Idee

„Leserbrief: Dumme dienen, Kluge umgehen"; WELT vom 22. November

Sehr geehrte Damen und Herren,
warum unternimmt unsere Regierung aber rein gar nichts (praktisches), um der Drückebergerei bei der Ableistung des Grundwehrdienstes entgegenzuwirken. Wie einfach wäre es doch, z. B. die Einstellung in den öffentlichen Dienst von der erfolgten Ableistung des GWD abhängig zu machen. Die Schweiz bietet mit ihrer Gesetzgebung das Muster dafür.

Mit freundlichen Grüßen
E. L. Steffens,
Hamburg 50

Wort des Tages

„Es ist leichter, ein Held zu sein als ein Ehrenmann. Ein Held muß man nur einmal sein, ein Ehrenmann immer."

Artistide Briand, franz. Staatsmann (1862–1932)

Personalien

EHRUNGEN

Michael Jovy, Gesandter an der deutschen Botschaft in Rom, wurde vom Yad Vashem Institut in Jerusalem mit der „Medaille der Gerechten" ausgezeichnet. Die Auszeichnung erhielt Jovy in der israelischen Botschaft in Rom ausgehändigt. Israel würdigte den Deutschen jetzt für seinen Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime und dankte ihm, daß er während des Zweiten Weltkieges unter Einsatz seines Lebens mit dazu beitrug, Juden das Leben zu retten.

*

Professor **Johannes Binkowski,** langjähriger früherer Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, ist von **Papst Johannes Paul II.** zum Ritter des päpstlichen Gregorius-Ordens ernannt worden. Mit dem Orden werde der engagierte Katholik und katholisch publizistische Wissenschaftler geehrt, hieß es hierzu. Johannes Binkowski ist Verleger und Chefredakteur der „Schwäbischen Post" in Aalen und der „Gmünder Tagespost". Am 27. November ist er 7 Jahre alt geworden.

*

Walter Kaiser, Ehrenpräsident der Industrie- und Handelskammer zu Arnsberg, wurde von Bundespräsident **Karl Carstens** mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Walter Kaiser hatte sich in den Jahren seiner Präsidentschaft ganz besonders für die Strukturförderung der heimischen Wirtschaft, den Ausbau der Infrastruktur und auch für die Berufsausbildung Jugendlicher eingesetzt.

*

Werner Hildebrandt, Vorsitzender im Nordrhein-Westfälischen Landesverband des Bundes der Kriegsblinden, erhielt das Große Bundesverdienstkreuz. Bundespräsident **Karl Carstens** würdigte durch diese Ordens Verleihung den Einsatz von Hildebrandt für Blinde in der Dritten Welt und auch seine Mitarbeit in der Westdeutschen Blinden-Hör-Bücherei.

*

Bundespräsident **Karl Carstens** hat am Montag **Johannes Heesters** zum 80. Geburtstag gratuliert. Der Präsident schrieb an den Schauspieler, Heesters habe sich „mit Charakter und Charme in die Herzen des Publikums gespielt". Carstens lobte auch die „unbeschwerte Fröhlichkeit", die Heesters „mit scheinbar leichter Hand" um sich verbreite.

*

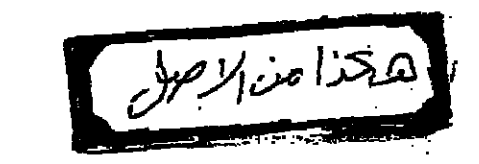
Professor **Erhard Sirtl** aus Burghausen ist in Frankfurt mit dem Dechema-Preis der Max-Buchner-Forschungsstiftung ausgezeichnet worden. Der Preis, der mit 20 000 DM dotiert ist, wurde dem Wissenschaftler für seine grundlegenden Arbeiten auf dem Gebiet der Silizium-Gewinnung zugesprochen. Professor Sirtl ist in der Industrie tätig und lehrt an der Universität München. 1978 entwickelte er ein Verfahren, mit dem für die Solartechnik benötigtes besonders reines Silizium wirtschaftlich gewonnen werden kann. Seine wissenschaftliche Erfindung trug mit dazu bei, daß die Bundesrepublik eine führende Position auf dem Gebiet der Solartechnik erringen konnte.

ERNENNUNG

Fünfter Direktor der Landwirtschaftskammer Rheinland seit ihrer Wiedergründung im Jahr 1949 wurde in Bonn Dr. **Gerhard Lessmann.** Der leitende Ministerialrat aus dem Bonner Landwirtschaftsministerium wird seinen Dienst am 1. April nächsten Jahres antreten. Er löst Kammerdirektor Dr. **Peter Klünter** ab, der aus dem aktiven Berufsleben ausscheidet. Dr. Klünter hatte mehr als 30 Jahre der Landwirtschaftskammer Rheinland angehört.

VERANSTALTUNG

An ihrem Gründungsort Bonn wird kommenden Donnerstag und Freitag die deutsche Public-Relations-Gesellschaft ihren 25. Jahrestag feiern. Der Berufsverband der Fachleute für Öffentlichkeitsarbeit gehören heute an die 650 Mitglieder an. An die 400 arbeiten in Wirtschaftsunternehmen, öffentlichen Institutionen und Verbänden. Die Jahrestagung, Schirmherr Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident **Johannes Rau,** beginnt Donnerstag mit einer Festveranstaltung im Bonner Wissenschaftszentrum, bei der Dr. Alfred Grosser, Paris, zu dem Thema „Generationenkonflikt, Aufgabe und Chance für Public Relations" sprechen wird.



SCHACH / Kortschnoi vor einer Niederlage

Wende kam nach einem riskanten Bauernfang

DW. London/Bonn

Viktor Kortschnoi (53) steht im Halbfinalspiel des Kandidatenturniers zur Schach-Weltmeisterschaft vor der ersten Niederlage. In der sechsten Partie, die nach 41 Zügen abgebrochen wurde, erkämpfte sich sein Gegner, der 23 Jahre jüngere Garri Kasparow, durch ein Qualitätsopfer die bessere Ausgangsposition.

Der Wettkampf steht noch 3:2 für Kortschnoi, der überraschend gleich die erste Partie gewonnen hatte. Der bereits 62 Jahre alte Wassili Smyslow (UdSSR) führt ebenfalls 3:2 gegen den Ungarn Zoltan Ribli. Sieger der Halbfinalspiele sind die Spieler, die aus 12 Partien zuerst 6,5 Punkte erreichen.

WELT-Mitarbeiter Ludek Pachman, selbst Großmeister, kommentiert den bisherigen Verlauf der sechsten Partie zwischen Kortschnoi und Kasparow so: „Alles verlief zunächst günstig für Viktor Kortschnoi. Aber im entscheidenden Augenblick wurde er seiner Taktik in diesem Wettkampf untreu und ließ sich auf einen riskanten Bauerngewinn ein. Kasparow nutzte seine taktischen Gegenchancen ausgezeichnet, besitzt in der Abbruchstellung klaren Vorteil und damit die große Chance, den Stand des Wettkampfes auszugleichen."

Die WELT druckt den Verlauf der sechsten Partie bis zur Abbruchstellung ab – kommentiert von Großmeister Ludek Pachman.

Die Notation (Kortschnoi Weiß/Damengambit):

1. d4 d5, 2. c4 e6, 3. Sf3 c5, 4. cxd5 exd5, 5. g3 Sc6, 6. Lg2 Sf6, 7. 0-0 Le7, 8. Le3 ...

Weniger üblich. Nach 8. Sc3 würde die Position der zweiten Partie des Wettkampfes entstehen.

8. ... c4, 9. Se5 0-0, 10. b3 cxb3, 11. Dxb3 Db6!?

Obwohl Kasparow mit diesem Zug Erfolg hatte, erscheint er mir trotzdem fragwürdig.

12. Tc1 ...

Kortschnoi konnte meines Erachtens mit 12. Dxb6 axb6, 13. Tfc1 Sb4, 14. Sc3 einen Positionsvorteil behaupten.

12. ... Dxb3, 13. axb3 Sb4, 14. Sa3! a6, 15. Ld2! ...

Der stark postierte Springer b4 mußte abgetauscht werden. Danach bleibt die schwarze Stellung trotz des Läuferpaares schwierig.

15. ... Tb8, 16. Lxb4 Lxb4, 17. Sd3 Ld6, 18. Sc2 Lg4, 19. Kf1 Lf5, 20. Se5 Tfe8, 21. Se3 Le6, 22. b4 ...

Bisher hat Kortschnoi sehr konsequent gespielt und Positionsvorteil erreicht. Kasparow ist zur passiven Verteidigung gezwungen. **22. ... Kf8, 23. Tc2 Ke7, 24. Ke1 h5, 25. Tb2 ...**

Man würde eher 25. Tac1 erwarten. Aber nach Tc7 käme Kortschnoi kaum weiter.

25. ... Tc7, 26. Sd3 Ta8, 27. b5! ...

Dieser Zug wurde gestern in der britischen Presse getadelt. Meines Erachtens zu Unrecht. Der Fehler von Kortschnoi kommt erst zwei Züge später.

27. ... a5, 28. b6 Tc6, 29. Tb5? ...

Damit erobert Weiß einen Bauern, überläßt dem Gegner aber völlig die Initiative. Richtig wäre 29. Ta4! Zum Beispiel: 29. ... Ld7?, 30. Lxd5!. Oder: 29. ... Ta6, 30. Tb5 Tcxb6, 31. Txb6 Txb6, 32. Txa5 – und auch hier stünde Kasparow ein schwerer Kmpf um den Ausgleich bevor.

29. ... a4, 30. Sxd5+ Sxd5, 31. Lxd5 Lxd5, 32. Txd5 Txb6, 33. Txh5 Tb3, 34. Kd2 b5, 35. h4 Te8, 36. g4!? ...

Es wird sich bald zeigen, daß der Vormarsch am Königsflügel die eigene Stellung schwächt. Es war jedoch schwer, sich zu einem passiven Abwarten zu entscheiden.

36. ... a3, 37. f4 Tec3!

Kasparow plant schon jetzt das Qualitätsopfer auf d3 – Kortschnoi hat überhaupt kein Gegenspiel.

38. Td5 ...

Wenn Kortschnoi noch zu 39. f5 käme, wäre für ihn alles in Ordnung. Dies wird jedoch verhindert.

38. ... Ke6!, 39. Th5 b4, 40. Ta5 Txd3+! ...

Nur so kommt Kasparow weiter. Kortschnoi hat dieses Qualitätsopfer offenbar unterschätzt.

41. exd3 – abgebrochen.

Kasparow wird jetzt mit Lxf4+ fortsetzen und nach 42. Ke2 mit seinem Läufer auf d6 zurückkehren. Wenn er dann gradlinig mit Tb2 nebst b3 fortsetzen würde, könnte Kortschnoi auf a3 die Qualität zurückgeben und das Turm-Endspiel gerade noch remis halten. Kasparow hat jedoch noch einen stärkeren Plan zur Verfügung: Er läßt seine Bauern vorläufig auf a3 und b4 stehen und versucht einen Bauern am Königsflügel zu erobern.

EISHOCKEY / Mannheim in Düsseldorf besiegt – Eklat in Köln blieb aus

Vernunft der Spieler stärker als die raufluctigen Funktionärs-Pläne

MARCUS BERG, Mannheim

Es ist wieder einmal anders gekommen als zu befürchten war. Was wurde nicht alles an dummer Scharfmacherei vor dem Eishockey-Bundesligaspiel Kölner EC gegen Landshut (4:3) losgelassen. Da war nach dem blutigen Hinspiel (2:8) von seiten der Kölner von einer „Kriegserklärung" (Geschäftsführer Helmut Bauer) zu hören. Schatzmeister Clemens Vedder setzte der Dummheit noch die Krone auf, indem er den Spielern noch einmal den Videofilm vom Hinspiel zeigte, den Strafenkatalog aufhob und unüberlegt daherredete: „Unsere sollen ruhig draufgehen."

Aber wie gesagt: Die Spieler besannen sich eines Besseren. Offenbar steckt unter so manchem Eishockeyhelm doch mehr Grips als in den Gehirnen einiger Funktionäre.

Selbstverständlich läuft Vedder nun mit geschwellter Brust herum, schließlich war das Kölner Stadion zum ersten Mal in dieser Saison ausverkauft. Eigentlich ein Armutszeugnis, wenn man auf solche primitiven Hilfen angewiesen ist. Erich Kühnhackl, Deutschlands bester Spieler, sagte dann auch, was die meisten Spieler denken: „Wenn sauberes Eishockey gespielt werden soll, müssen sich alle darum bemühen: Spieler, Schiedsrichter und auch die Funktionäre im Umfeld."

Beim Spiel in Köln muß zur Ehre der Nationalspieler festgehalten werden, daß die Spieler, die im Aufgebot von Bundestrainer Xaver Unsinn stehen, sich sehr zurückgehalten haben und sogar auf Kollegen einredeten, die gerade „draufgehen" wollten: Udo Kießling (4 Strafminuten), Uli Hiemer (2), Marcus Kuhl (2), Gerd Truntschka (0) aus Köln sowie Helmut Steiger (2), Erich Kühnhackl (0) und Bernd Engelbrecht (0) verursachten zusammen lediglich zehn Strafminuten. Bereits morgen sitzen sie nämlich alle gemeinsam mit der Nationalmannschaft im Flugzeug, um in Kanada (Edmonton, Calgary, Vancouver, Minneapolis und Madison) Testspiele für die Olympischen Winterspiele in Sarajevo zu bestreiten.

Gerade der Mannheimer ERC konnte am vergangenen Wochenende spüren, wie schmerzlich die oft sinnlosen Prügeleien sein können. Am Freitag beim 3:3 auf eigenem Eis gegen Köln flogen auch wieder die Fäuste. Die Folge: Mannheim mußte am Sonntag in Düsseldorf ohne seinen besten Verteidiger Harold Kreis (Schultereckgelenk-Prellung) auskommen und verlor nicht zuletzt deshalb überraschend mit 3:4.

Es mache sich auch bei einer Spitzenmannschaft wie Mannheim sofort bemerkbar, meinte Trainer Ladislav Olejnik in Düsseldorf, wenn personelle Veränderungen vorgenommen werden müßten. Hinzu kam, daß Erich Weishaupt, in der letzten Saison noch Torwart in Mannheim, unbedingt gegen seine alten Kollegen beweisen wollte, daß er immer noch zu den besten seiner Branche zählt. Dazu kam aber auch der Wille der ganzen Düsseldorfer Mannschaft, doch noch die Play-off-Runde zu erreichen. Die Mannheimer kamen überhaupt nicht ins Spiel, und Trainer Olejnik mußte erstaunt feststellen: „Wir haben das erste Drittel einfach verschlafen. Mit Harold Kreis wäre uns das nicht passiert."

Gewöhnlich beherrschen die Mannheimer, ein ganz auf Disziplin ausgerichtetes Team, in der Abwehr ein Sicherheitsspiel, wenn es einmal nicht so gut läuft. „Vielleicht", vermutet auch Trainer Ladislav Olejnik, „waren meine Spieler schon gedanklich beim Spitzenspiel gegen Rosenheim. Vielleicht haben sie deshalb die Düsseldorfer schlicht unterschätzt." Das Spiel findet bereits heute statt.

Nun ist es nicht die Art des tschechoslowakischen Trainers, in der Öffentlichkeit Einzelkritik zu üben. Aber soviel ist auch sicher: „Gestern habe ich mir jeden einzelnen beim Training noch einmal vorgenommon." Denn die Marschrichtung des großen Favoriten auf den Titel in dieser Saison ist ebenfalls klar, und der Trainer will keinen Zentimeter davon abweichen. Olejnik: „Wir wollen in der Doppelrunde unbedingt Erster werden."

Olejniks Rechnung zielt darauf, in den Gruppenspielen Anfang März gegen Köln zu spielen. Denn dem Ersten werden der Vierte, (wahrscheinlich Köln), Fünfte und Achte zugeordnet. Von einer Krise nach der Niederlage in Düsseldorf will Ladislav Olejnik keineswegs sprechen: „Das war ein Ausrutscher." Vielmehr sieht er weiterhin die Stärken seines Teams: „Unsere stärkste Waffe ist die blendende Moral und die gute Mischung zwischen kampfstarken und technisch brillanten Spielern. Das ist das Geheimnis." Gegen Rosenheim können die Mannheimer heute beweisen, daß sich nichts daran geändert hat.

SPORT-NACHRICHTEN

Platzverweis für Müller

Avellino (dpa) – Der deutsche Fußball-Nationalspieler Hansi Müller von Inter Mailand wurde beim 1:1 in Avellino vom Platz gestellt. Müller hatte seinem Gegner Walter Biarini einen Fausthieb verpaßt. Müller: „Ich sollte einen Freistoß wiederholen, und als ich den Ball hatte, sprang mich Biarini an. Ich habe mit einem Fausthieb reagiert. Das war nicht sportlich, aber ich wurde provoziert."

Junioren-Niederlage

Parainen (sid) – Die deutsche Handball-Nationalmannschaft der Junioren verlor das zweite Spiel bei der Weltmeisterschaft in Finnland in Parainen gegen die Schweiz mit 17:18. Zuvor gab es ein 25:17 über Polen.

Andreas Thiel überragte

Odense (sid) – Die deutsche Handball-Nationalmannschaft verlor das 50. Länderspiel gegen Dänemark in Odense mit 16:15. Bester deutscher Spieler war der Gummersbacher Torwart Andreas Thiel, der 17 Bälle (darunter zwei Siebenmeter) abwehrte.

108 Athleten nominiert

Frankfurt (dpa) – Schon 108 deutsche Sportler und Sportlerinnen sind für die Olympischen Sommerspiele in Los Angeles (28. Juli – 12. August 1984) fest nominiert, wenn sie im nächsten Jahr noch einen Leistungsnachweis erbringen. Der Bundesausschuß für Leistungssport (BAL) hat in Zusammenarbeit mit den olympischen Fachverbänden Mitte November die Kernmannschaft aufgestellt.

Fechten: Doppelsieg

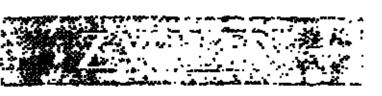
Budapest (sid) – Der 27 Jahre alte Franz Hoch aus Tauberbischofsheim gewann das erste von sieben Weltcupturnieren. In Budapest besiegte er im Finale seinen Mannschaftskollegen Elmar Borrmann.

Hanika im Viertelfinale

Melbourne (dpa) – Sylvia Hanika hat als einzige deutsche Spielerin das Viertelfinale der australischen Tennismeisterschaften in Melbourne erreicht. Sie besiegte Hana Sukowa aus der CSSR mit 6:2, 6:4. Claudia Kohde und Eva Pfaff schieden aus.

Bob: „DDR" führt

Sarajevo (sid) – Nach zwei Durchgängen führen Germeshausen/Gerhardt aus der „DDR" beim Sarajevo-Cup der Bobfahrer klar. Bester Bob aus der Bundesrepublik: Weikenstorfer/Hartmann auf Platz elf.



EISHOCKEY

Bundesliga, 29. Spieltag: Köln – Landshut 4:3, Schwenningen – Rosenheim 5:2, Düsseldorf – Mannheim 4:3, Iserlohn – Kaufbeuren 1:3, Freiburg – Rießersee 4:2.

1.	Landsh.	32	19	3	10	144:98	41:23
2.	Rosenh.	29	16	8	5	119:87	40:18
3.	Mannh.	29	18	3	8	143:88	39:19
4.	Köln	29	16	4	9	119:96	36:22
5.	Schwenn.	30	13	4	13	106:91	30:30
6.	Freiburg	30	12	5	13	94:16	29:31
7.	Kaufb.	28	11	4	13	109:130	26:30
8.	Iserlohn	29	9	3	17	93:109	21:37
9.	Düsseld.	29	8	3	18	80:131	19:39
10.	Rießersee	29	6	1	22	85:146	13:45

TENNIS

Meisterschaften von Australien in Melbourne, Herren, dritte Runde: Mayotte (USA) – Edmondson (Australien) 6:4, 3:6, 6:3, 6:2. – Vierte Runde: Wilander (Schweden) – McNamee (Australien) 6:4, 6:2, 7:6, McEnroe (USA) – Gullikson (USA) 6:3, 6:2, 6:2, Lendl (CSSR) – Cash (Australien) 7:6, 6:3, 6:3. – Damen, dritte Runde: Navratilova (USA) – Fairbank (Südafrika) 6:2, 6:2, Turnbull (Australien) – Kohde (Deutschland) 7:6, 6:4, Hanika (Deutschland) – Sukova (CSSR) 6:2, 6:4, Garrison (USA) – Pfaff (Deutschland) 7:6, 6:4.

GEWINNZAHLEN

Toto, 6 aus 45: 1, 23, 27, 30, 41, 43 – Zusatzzahl: 12. (ohne Gewähr)

STAND ● PUNKT / *Frisch, fromm, fröhlich, frei – wieder eine neue Streiterei*

Es kam, wie es kommen mußte. Kritik, auch wenn sie berechtigt sein mag, kann erst dann ernstgenommen werden, wenn sich aus ihr eine Diskussion ergeben kann, wenn die Form normaler menschlicher Umgangsformen gewahrt bleibt.

Eduard Friedrich, Direktor des Bundesausschusses für Leistungssport (BAL), früher Cheftrainer der deutschen Turner, muß das jetzt spüren. Als „Frechheit" hatte er die Leistungen der Kunstturner bei der Weltmeisterschaft in Budapest bezeichnet – in einem Interview mit der WELT. Als er dann auch noch Briefe schrieb und Athleten aufforderte, zu Cheftrainer Philipp Fürst in Opposition zu gehen, war der Eklat da. Fürst stellte die Vertrauensfrage – und hatte überwältigenden Erfolg: Die zwölf Turner, die er betreut, und die sieben Mitglieder im Bundeskunstturnausschuß waren nur einer Meinung – Fürst muß bleiben.

Nun haben wir plötzlich einen „Fall Friedrich". Helmut Meyer, Friedrichs Chef im BAL, erregt sich: „So etwas habe ich in meiner langen Praxis noch nicht erlebt: Solche Briefe sind nicht Aufgabe eines Koordinators."

Koordinator – das ist nämlich Friedrich. Wer nun glaubt, aus Meyers Worten ergäben sich Konsequenzen, der irrt vorläufig. Es gebe keine Krise zwischen BAL und Turnerbund, lediglich einen „persönlichen Krieg" und der sollte eigentlich „unter Männern zu beenden sein".

So denkt Helmut Meyer. Doch gerade weil es hier um den Turnerbund geht, muß wohl etwas empfindsamer reagiert werden. Zum Beispiel häufen sich bei der WELT die Anrufe besorgter Eltern, die fragen, ob sie denn ihre Töchter noch weiter in die Obhut von Verbandstrainern geben könnten. Nun mag Friedrichs „persönlicher Krieg" auf den ersten Blick nichts damit zu tun haben, daß ein Bundestrainer der Damen (Eric Singer) sich als Arzt aufspielte und Medikamente verabreichte – ganz gleich in welchen Dosen und ob er sich an die Gebrauchsanweisungen hielt.

Das Gesamtbild entscheidet: Kriege bei den Männern, Kurpfuscherei bei den Damen. Ein Koordinator müßte her. Aber Friedrich kann's nicht sein ... DW.

Anhörung zu Problemen der Arbeitszeit

GISELA REINERS, Bonn

Für Donnerstag sind die Vertreter der Länder und der betroffenen Verbände zu einer ersten inoffiziellen Anhörung über die Vorruhestandsregelung ins Arbeitsministerium nach Bonn eingeladen. Dort sollen sie zum Referentenentwurf Stellung nehmen. Es ist damit zu rechnen, daß die Gewerkschaften zwar den Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung begrüßen werden, aber weitreichende Änderungen wünschen. Das Gesetz hat jetzt Eile. Es soll noch rechtzeitig zur nächsten Tarifrunde im Frühjahr vorliegen, um eine Alternative zur Gewerkschaftsforderung nach der 35-Stunden-Woche zu bieten.

Aus dem Entwurf geht hervor, daß die Vorruhestandsregelung für die Jahre 1984 bis 1988 gelten und sich auf die Jahrgänge 1926 bis 1930 beziehen soll. Arbeitnehmern mit 59 Jahren soll ermöglicht werden, mit Bezüren von mindestens etwa 70 Prozent des letzten Nettogehalts auszuscheiden. Dabei ist vorgesehen, daß die Tarifpartner auch mehr als den Mindestbetrag vereinbaren können.

Der Arbeitgeber erhält einen Zuschuß der Bundesanstalt für Arbeit, wenn er einen beim Arbeitsamt gemeldeten Arbeitslosen einstellt, einen Lehrling oder beschäftigungslosen Ausgelernten übernimmt oder Lehrlinge „über Bedarf" ausbildet. Das Vorruhestandsgeld ist gegen Insolvenz gesichert: Geht ein Betrieb in Konkurs, übernimmt das Arbeitsamt die Aufwendungen. Die Tarifrente ist dynamisch, d. h., sie wird jährlich im gleichen Maß erhöht wie die Renten aus der Sozialversicherung; der Erstattungsbetrag für den Arbeitgeber steigt entsprechend.

Die Freiwilligkeit als Voraussetzung für die Vorruhestandsregelung wird so geregelt:

Die Tarifpartner, Arbeitgeberverband und Gewerkschaften, sind frei, eine entsprechende Vereinbarung zu treffen. Ist ein Vertrag über ein Vorruhestandsgeld geschlossen, steht es dem Arbeitnehmer frei, von dem Angebot Gebrauch zu machen.

Der arbeitsmarktpolitische Effekt wird mit 250 000 angegeben, wenn in allen Tarifbereichen der Vorruhestand eingeführt wird. Bis jetzt haben aber nur fünf Gewerkschaften Interesse bekundet. Dann wären nur rund 35 000 Menschen betroffen.

Alarmbereitschaft für US-Marines in Libanon

Beschuß der Friedenstruppe: acht Tote / Bombenattentate

dpa/AFP/AP, Beirut/Jerusalem

Mit einer Serie schwerer Bombenanschläge in Beirut und der südlibanesischen Stadt Saida und dem Beschuß amerikanischer Stellungen der multinationalen Friedenstruppe in Beirut hat sich die Lage in Libanon gestern weiter zugespitzt.

Nach ihren bislang verlustreichsten Kämpfen in Libanon standen die amerikanischen Marineinfanteristen auf dem internationalen Flughafen südlich von Beirut in höchster Alarmbereitschaft. Kampfflugzeuge der 6. US-Flotte, die starke Einheiten vor der Küste Libanons zusammengezogen hat, überflogen am Montag wieder die Hauptstadt und die zentrallibanesischen Schuf-Berge, wo sich die von Syrien unterstützten drusischen Milizen und Einheiten der regulären Armee Artillerieduelle lieferten.

Acht Marineinfanteristen waren in der Nacht zuvor ums Leben gekommen und zwei andere verwundet worden, als die Drusen das Fluggelände vier Stunden lang unter massives Feuer nahmen. Mit den neuen Verlusten erhöhte sich die Zahl der amerikanischen Opfer seit Beginn der Libanon-Krise vor 15 Monaten auf 255.

Die amerikanischen Truppen waren rund 12 Stunden nach dem US-Luftangriff auf syrische Stellungen in Ost-Libanon angegriffen worden, bei dem zwei amerikanische Kampfflugzeuge von den Syrern abgeschossen wurden.

Die Sowjetunion hat die amerikanischen Luftangriffe „mißbilligt und verurteilt". Auf einer Pressekonferenz in Moskau betonte der Leiter der Informationsabteilung des ZK, Leonid Samjatin, die gegen den amerikanischen und israelischen Militäreinsatz im Nahen Osten kämpfenden Araber hätten „sowohl die moralische als auch die materielle Unterstützung" seines Landes.

Bei einem Bombenanschlag in der libanesischem Hauptstadt Beirut sind gestern morgen mindestens 14 Menschen getötet und 83 weitere Personen verletzt worden. Durch die Explosion einer Autobombe stürzte ein Teil der Fassade eines neunstöckigen Hauses ein. Zu einer starken Explosion, die zwei Geschäfte zerstörte, kam es auch in der südlibanesischen Stadt Saida, die unter israelischer Kontrolle steht.

Elixier für Wirtschaft

■ Fortsetzung von Seite 1

einem Rinnsal werden lassen. Wirkliche Fortschritte wurden aber bisher nur bei den Wirtschaftsvorschriften erzielt, während die umfangreichen sozialen Verordnungen (öffentliche Gesundheit, Sicherheit, Umwelt) die Drahtverhaue in den legislativen Grabenkämpfen nicht überwunden haben. Aus gutem Grund ist Notenbankchef Paul Volcker sogar dabei, den Freiraum der Geldinstitute und Brokerhäuser nicht noch größer werden zu lassen.

Die Höhepunkte der Deregulierung markieren folgende Daten: 1968 erlaubte der Oberste Gerichtshof die Installierung von Fernmeldegerät, das nicht von AT&T hergestellt wurde. Es war der erste große Sieg. Kurz darauf durfte der neue Telefonkonzern MCT fremde Ortsleitungen benutzen. Freigegeben wurden die Zinsen für Bankeinlagen über 100 000 Dollar mit einer Laufzeit von weniger als sechs Monaten, im Aktienhandel galten keine vorgeschriebenen Kommissionen mehr, und Merrill Lynch offerierte 1977 erstmals Cash-Management-Konten in Konkurrenz zu den Banken. 1978 deregulierte der Kongreß den Luftverkehr, ein Jahr später folgten die Eisenbahnen und das Speditionsgewerbe. Seit 1980 zahlen die US-Banken Zinsen für Guthaben auf Scheckkonten; nicht mehr beschränkt ist der Intercity-Busverkehr, und Sears Roebuck bietet ihren Kunden seit 1981 Bank-, Versicherungs- und Brokerdienste in einem „Nonstop-Supermarkt" an.

Alle diese Freiheiten waren früher in den USA undenkbar. Dennoch geht den Marktwirtschaftlern der Abbau der Schranken nicht schnell genug. Die Industrieverbände rufen laut nach einer Aufhebung der Preiskontrollen für Erdgas sowie eine Abschwächung des Clean Water und Clean Air Act.

Reagan verteidigt Luftangriff

● Fortsetzung von Seite 1

sischen Küste operierenden Schlachtschiffe operieren wollte. Die Bordgeschütze der „New Jersey" beispielsweise feuern Geschosse von je einer Tonne Gewicht. Sie treffen kaum Punktziele. Um seine Treffsicherheit zu erhöhen, hätte man das Schiff zu nahe an die Küste heranführen müssen, wodurch es in den direkten Bedrohungsbereich durch syrische und andere feindliche Luftkräfte gekommen wäre.

Da die Amerikaner weiter Aufklärungsmissionen über libanesischem Gebiet fliegen wollen – eine Mission dieser Art geriet am Freitag unter syrischen Beschuß, was zum amerikanischen Gegenschlag führte –, sind erneute Konfrontationen mit den Syrern nicht ausgeschlossen. Gafik Jouejati, der syrische Botschafter in Washington, sagte am Montag im amerikanischen Fernsehen, Syrien akzeptiere nicht diese Aufklärungsmissionen, sondern fühle sich durch sie bedroht. Präsident Reagan dagegen hatte am Sonntag bekräftigt, die amerikanischen Flugzeuge (Überschalljäger vom Typ F-14, „Tomcat") flögen während ihrer Aufklärung unbewaffnet, und zwar „seit geraumer Zeit". Im übrigen werde Syrien jedesmal im voraus informiert.

Die Reaktion der amerikanischen Verbündeten, die mit Washington in Beirut Friedenstruppen unterhalten, fiel gemischt aus. Italiens Verteidigungsminister Spadolini sagte am Sonntagabend in Rom, „wenn die Hoffnung auf einen Frieden durch Verhandlungen sich in Libanon als vergeblich erweisen sollten, würde Italien alles neu überprüfen müssen". Frankreich und England enthielten sich solcher Hinweise auf möglichen Abzug ihrer Truppen. Aus London verlautete, man „unterstütze" den amerikanischen Vergeltungsschlag als „eine Maßnahme der Selbstverteidigung".

Paris gab überhaupt keinen offiziellen Kommentar ab. Dafür lobte Verteidigungsminister Weinberger am späten Sonntag nach Abschluß der Gespräche mit seinem französischen Partner Hernu geradezu überschwenglich die Allianz mit Frankreich.

Die Gefahr einer Konfrontation mit Moskau wird in Washington als nicht sehr hoch eingestuft. Nach amerikanischen Erkenntnissen halten sich keine russischen Berater oder Militärs auf libanesischem Gebiet auf.

Glotz sieht keine Basis für Wirtschaftsbelebung

SPD-Geschäftsführer im Gespräch mit der WELT-Redaktion

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Sozialdemokraten bewerten die wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland sehr viel düsterer als die Bundesregierung, die von Aufschwungtendenzen spricht. SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz hat erklärt, er sehe keine dauerhafte Basis für eine Wirtschaftsbelebung und die Milderung der strukturellen Arbeitslosigkeit.

Bei einem Besuch der WELT-Redaktion führte Glotz für seine These mehrere Gründe an: Der Aufschwung in den USA sei vor allem „konsumorientiert", und die leichte Nachfragebelebung bei uns „kommt vorwiegend aus dem Entsparen, und eine Wende zu einem selbsttragenden Aufschwung ist nicht erkennbar". Er bestreite nicht, so sagte Glotz, daß es Chancen zu größeren Wachstumsraten im nächsten Jahr gebe, aber dieser „sogenannte Aufschwung" werde nur kurzfristig sein. „Die nächste Rezession kommt bestimmt, und zwar ohne daß zuvor die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit abgebaut ist."

Glotz sprach von sechs großen „Drohungen" für die deutsche Wirtschaft, wozu er eine Verschärfung des Wettbewerbs auf den Weltmärkten durch die kostengünstigere Produktion durch Schwellenländer ebenso zählte wie den bevorstehenden „weiteren Schub" technologisch bedingter Rationalisierung. Mikroprozessoren, moderne Nachrichtentechnik und Roboterentwicklung drohten in der Industrie und in der Dienstleistung „per saldo mehr Arbeitsplätze zu vernichten als neue zu schaffen". Hinzu komme die jährliche Erhöhung der Erwerbspersonenzahl, die in die „Krise" geratene Exportorientierung einiger Kernsektoren der Wirtschaft und der „Zinssog" in die USA.

„Sozialstaat in Gefahr"

Angesichts dieser Ausgangslage seien „systematisch angelegte und einschneidende Maßnahmen" erforderlich, meinte Glotz. Die Arbeitslosigkeit koste viele Milliarden Mark, die zur Finanzierung des Sozialstaates fehlten. Bei sinkender Zahl der Arbeitsplätze müsse man sich ohnehin fragen, wie die Systematik der Finanzierung des Sozialstaates umgestellt werden könne. Ministerpräsident Albrecht (CDU) habe mit seinem Hinweis recht, daß auf Dauer das soziale Netz über die Finanzierungsbeiträge der aktiv Beschäftigten nicht mehr ausreichend abgesichert werden könne.

Nur, so Glotz, die jährlich anfallenden 250 Milliarden Mark könne man nicht mit den 50 Milliarden abdekken, die Albrecht durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 20 Prozent mobilisieren möchte: „Der Sozialstaat gerät aus objektiv-ökonomischen Gründen in Gefahr." Große „Systemumstellungen" seien notwendig, aber diese sollten nicht „von der einen Seite der Gesellschaft" gegen „die andere" durchgesetzt werden. Die SPD sei bereit, an einer „sozial gerechten Anpassung der Einrichtungen des Sozialstaates an die wirtschaftliche Entwicklung" mitzuwirken.

Gegen Verstaatlichungen

Glotz wandte sich in dieser „instabilen" Situation gegen Forderungen nach Verstaatlichungen, wie sie zum Beispiel von Stahlarbeitern erhoben worden sind. „Es war falsch, über viele Jahre Subventionen an gefährdete Unternehmen ohne Auflagen zu geben. Die Verstaatlichung herabgewirtschafteter Unternehmen löst die Probleme aber sicherlich nicht." Er habe Verständnis dafür, daß Arbeitnehmer die Verstaatlichung als Weg aus ihrer Verzweiflung forderten, aber er müsse daran erinnern, was die Verstaatlichung der Stahl- und Automobilindustrie in Nachbarländern gebracht habe: „eine kurze Atempause, vergeudete Arbeitskraft, Milliarden Subventionen und am Ende Massenentlassungen".

Der SPD-Politiker, der die Regierung wegen mangelnder Konzepte tadelte, räumte ein, daß auch die SPD Fehler gemacht habe. Zum Beispiel hätten die Sozialdemokraten im Zusammenhang mit ihrem Münchner Leitantrag von 1982 nicht deutlich genug gemacht, daß sie die Ergänzungs- und die Arbeitsmarktabgabe, die Erhöhung der Mehrwertsteuer und „andere Instrumente zur Verbesserung der Einnahmeseite des Haushalts nicht kumulativ, sondern alternativ gemeint haben". Die SPD habe es „erlaubt", daß ihr der Stempel der „Steuererhöhungspartei" aufgedrückt worden sei.

Vatikan bietet USA und UdSSR Vermittlung an

KNA, Vatikanstadt

Die Bereitschaft des Vatikans, zwischen den USA und der UdSSR zu vermitteln, hat der Kardinals-Staatssekretär Agostino Casaroli in Rom bekräftigt. Wie Casaroli gegenüber Journalisten erklärte, würde er, falls es für notwendig gehalten werde, auch selbst nach Moskau reisen. Eine Reise in die UdSSR stehe aber nicht unmittelbar bevor.

Casaroli erklärte, der Vatikan habe bereits eine Vermittlertätigkeit zwischen den USA und der UdSSR aufgenommen, auch wenn es sich nicht um eine Vermittlung im „technischen" Sinne handele. Man sei bemüht, derzeit die Positionen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion nach der Unterbrechung der Genfer Verhandlungen wieder anzunähern und leiste „Hilfestellung", die Mißverständnisse aufzuklären. „Ich bin überzeugt", sagte Casaroli, „daß auf diesem Feld Möglichkeiten für den Vatikan bestehen."

Eine eventuelle Reise Casarolis und ein offizieller Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko in Rom wurden in einer Erklärung der sowjetischen Botschaft in Italien als „Hypothese" bezeichnet.

Mehrheit gegen ein Zusammengehen der SPD mit Grünen

dpa, Wiesbaden

Rund 30 Prozent der Wahlberechtigten in der Bundesrepublik begrüßen nach einer Umfrage im Auftrag des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF), daß die SPD in Hessen mit den Grünen zusammenarbeiten will. 69 Prozent lehnen eine Zusammenarbeit beider Parteien ab. Von den SPD-Wählern sprechen sich nach der repräsentativen Umfrage der „Forschungsgruppe Wahlen" 45 Prozent für und 54 Prozent gegen die Zusammenarbeit aus. Von den Anhängern der Grünen sind 88 Prozent dafür und 12 Prozent dagegen. Befragt wurden, wie das ZDF gestern bekanntgab, 106 Wahlberechtigte.

Mit einer dritten Gesprächsrunde haben SPD und Grüne am Montag in Wiesbaden ihre öffentlichen Verhandlungen über Möglichkeiten einer politischen Zusammenarbeit im hessischen Landtar fortgesetzt.

Nach einem arbeitsreichen, erfüllten Leben voller Fürsorge hat unser

Hanns-Joachim Dammann

seinen ersehnten Frieden gefunden.

In liebevollem Gedenken
Elisabeth
Brigitte und Susanne
Oma Wegener
Reiner Westen
Irmgard Holst

Woldsenweg 10
2000 Hamburg 20

Trauerfeier am Mittwoch, dem 7. Dezember 1983, um 9.45 Uhr Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle C.

Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Er hat sich so auf zu Hause gefreut.
Nun konnte er doch nicht mehr kommen.

Friedrich Gerds
* 21. 4. 1911 † 3. 12. 1983

Wir haben unseren lieben Mann, Vater, Opa, Schwager und Onkel verloren.

Hildegard Gerds geb. Gaßdorf
Peter Gerds und Frau Johanna mit Johannes
Danny Lund und Frau Heike geb. Gerds mit Inger, Arne und Björn
und Angehörige

Hamburg-Volksdorf
Heinsonweg 7

Trauerfeier am Freitag, dem 9. Dezember 1983, um 13 Uhr in der Kapelle des Waldfriedhofes Volksdorf (U-Bahn-Station Buckhorn).

Anstelle freundlich zugedachter Kranz- und Blumenspenden bitten wir um eine Überweisung an den Ev. Gemeindepflegeverein für Familien- und Altenhilfe Volksdorf e. V., Konto-Nr. HASPA 1217-195 005.

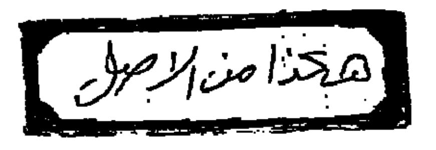
Am 28. 11. 1983 verstarb unsere frühere Mitarbeiterin, Frau

Anna-Luise Fabig
geboren am 1. 6. 1918

Frau Fabig war 17 Jahre in unserem Hause tätig und lebte seit 1982 im Ruhestand. Wir schätzten sie als gewissenhafte und zuverlässige Mitarbeiterin und werden ihr Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 8. 12. 1983, um 10.45 Uhr auf dem Friedhof Ohlsdorf, Halle C, statt.



Geschickter Schachzug

fu (London) – Alles sieht danach aus, als sei die Allianz Versicherungs-AG aus einem der größten Übernahmegefechte, das die Londoner City je erlebt hat, als Sieger hervorgegangen. Jedenfalls ist kaum anzunehmen, daß sich die Deutschen diesmal ihren Vorsprung wieder aus der Hand nehmen lassen wie beim letzten Mal, als der um die Übernahme des britischen Versicherers Eagle Star Holdings mitbietende Rivale BAT wenige Augenblicke nach Vorlage des neuen Allianz-Angebots erneut ein etwas höheres präsentierte.

Diesmal haben sich die Allianz und ihre Berater einen geschickten Schachzug ausgedacht: Zum spätestmöglichen Zeitpunkt, zu dem sie eine neue Offerte vorzulegen hatten, erklärten sie lediglich, sie würden in jedem Fall ihr Angebot über das von BAT in Höhe von 660 Pence je Aktie anheben. Für den BAT-Vorstand dürfte bereits eine finanzielle Toleranzgrenze erreicht sein, die zu überschreiten nicht mehr im unternehmerischen Interesse des Konzerns liegen kann.

Dagegen ist der Allianz-Horizont anders gesteckt. Abgesehen von der Tatsache, daß Allianz bereits 30 Prozent der Eagle-Star-Aktien hält, die für billige 290 Pence pro Stück vor zwei Jahren erworben worden waren, während es BAT bisher nur zu einem mageren Anteil von ein Prozent gebracht hat, sind die unternehmerisch-strategischen Vorteile auf seiten der Allianz. Denn für die Allianz führt die Londoner Aktion zum Einstieg in einen wichtigen ausländischen Markt, für BAT dagegen würde die Übernahme nicht viel mehr bedeuten, als einen Mischkonzern noch etwas buntgemischter werden zu lassen.

Alarm-Pegel

Wb. – Die deutsche Chemie steht nach wie vor unter dem Druck, ihre Personalkosten zu reduzieren, meint ihr hessischer Arbeitgeberverband. Basis dieser Einschätzung ist eine Alle-Jahre-wieder-Rechnung des Verbandes, die in der Tat interessante Aufschlüsse gibt: die Analyse der betrieblichen Wertschöpfung aus 13 Unternehmen der Branche. Danach gingen 1982 wieder fast 83 Prozent der Wertschöpfung an die Mitarbeiter. Für die Unternehmen selbst blieb nicht einmal ein Prozent, die Aktionäre waren mit gut vier, die Darlehensgeber mit fünf und die öffentlichen Hände mit sieben Prozent beteiligt. Als magische Grenze sehen die Chemie-Manager einen Mitarbeiter-Anteil von 80 Prozent an. Fraglich ist allerdings, ob der Alarm-Pegel derzeit immer noch überschritten wird. Denn im miserablen Chemie-Jahr 1982 hatte ein guter Teil der Mitarbeiteraufwendungen Fixkostencharakter. 1983 aber stehen ihnen wieder Leistungen – sprich Wertschöpfung – gegenüber. Die Relationen dürften inzwischen also schon etwas anders aussehen.

Kein Grund zum Feiern

Von DANKWARD SEITZ

Ein tiefes Durchatmen in der Baumaschinen-Branche war nicht zu überhören, als in der ersten November-Woche die Meldungen über den Vergleichsantrag des angeblich drittgrößten Baumaschinen-Konzerns der Welt, die Mainzer IBH Holding AG, über die Fernschreiber liefen. Denn damit war auch klar, daß der vierzigjährige Selfmademan Horst-Dieter Esch gescheitert war, der in atemberaubendem Tempo innerhalb von nur acht Jahren diesen Konzern mit 11 000 Mitarbeitern und einem (Schein-)Umsatz von 2,5 Milliarden Mark zusammengekauft und ständig für Unruhe in der Branche gesorgt hatte.

Doch so groß die Erleichterung über das Ende des Hechts im Karpfenteich auch war, das Durchatmen war kein reines Zeichen der Freude oder gar Schadenfreude. Es kam, das mag verblüffen, eher einem Stoßseufzer gleich wie vor einer neuen, schwierigen und noch unüberschaubaren Situation, der man sich plötzlich gegenübersieht – auch heute noch, einen Monat danach. Denn der Zusammenbruch der IBH hat diese relativ kleine Branche mit ihren meist mittelständischen Unternehmen erschüttert, und die Stoßwellen drohen noch lange Zeit nachzuwirken.

Viele deutsche Baumaschinen-Hersteller, insbesondere jene, die sich auf die Produktion von Erd- und Straßenbaumaschinen spezialisiert haben, stehen mitten in einer Phase allmählicher Konjunkturerholung vor einem Scherbenhaufen, der alle Hoffnungen auf bessere Zeiten zunichte machen kann. Dann nämlich, wenn sich die einzelnen IBH-Vergleichsverwalter gezwungen sähen, die hohen Lagerbestände schnell im Inland loszuschlagen. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, daß dann einzelne Marktbereiche bis zu zwei Jahre „tot" sind. Denn in Einzelfällen sollen allein auf IBH-Betriebshöfen bis zu 2000 Maschinen stehen.

Die Aussichten auf eine eigentlich seit Jahren fällige Marktbereinigung und ein damit verbundener Abbau von Produktionskapazitäten, der wenigstens langfristig Entlastung bringen könnte, sind auch nach der IBH-Pleite äußerst schlecht. Für im Kern gesunde Unternehmen gibt es genügend Interessenten. Über die Nichtlebensfähigen werden die Landes- und Kommunalpolitiker, wie im Falle Hanomag, ihre Hand halten und gegen alle marktwirtschaftliche Vernunft ein Füllhorn an Bürgschaften und Subventionen ergießen. Schon für Esch waren die an sich leeren Kassen der öffentlichen Hand eine recht munter sprudelnde Geldquelle beim Aufbau „seines" Imperiums.

Für die übrigen Unternehmen der Branche aber, wird es künftig noch schwerer werden, bei den Banken notwendiges Kapital lockerzumachen. Der durch die IBH ausgelöste Fast-Zusammenbruch der SMH-Bank wird viele Institute vor stärkeren Kreditengagements zurückschrecken lassen. Auf jeden Fall müssen die Firmen damit rechnen, künftig noch stärker unter die Lupe genommen zu werden. Ein Vertrauensverlust, der der Branche – von bösen Zungen schon immer als Pleitebranche bezeichnet – noch lange anhängen wird.

So wundert es nicht, daß die Freude der Baumaschinen-Hersteller über die gerade wieder anziehende Konjunktur einen Dämpfer bekommen hat. Nach fast dreijähriger Durststrecke sind ihre Auftragsbücher wieder relativ gut gefüllt. Die ersten neun Monate 1983 brachten gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit im Inland ein Auftragsplus von nominal 30 Prozent; die Umsätze stiegen um fast 10 Prozent. Als positives Zeichen kann dabei gesehen werden, daß allein im dritten Quartal der Auftrageingang um 40 Prozent besser ausfiel.

Diese Zahlen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Ertragslage der Unternehmen noch immer kein erfreuliches Bild abgibt. Mit fast unveränderter Härte wird mit dem Preis um jeden Auftrag gekämpft. Zudem ist das Auslandsgeschäft weiter zurückgegangen. Einst wichtige Opec-Staaten oder Entwicklungs- und Schwellenländer sind als Abnehmer wegen Geldmangels total ausgefallen. Beim Auftragseingang schlägt das mit einem Minus von 12 Prozent zu Buche, nachdem bereits 1982 hier ein Rückgang um 34 Prozent zu verzeichnen war. Insgesamt glauben aber selbst Pessimisten, daß das Schlimmste inzwischen überstanden ist – vorausgesetzt, der Fall IBH verschont die Branche vor weiteren Überraschungen.

FRANKREICH / Bei staatlichen Unternehmen drohen Massenentlassungen

Umstrukturierung brachte bislang bei weitem nicht die erhofften Erfolge

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die von der sozialistischen Regierung mit enormen Steuergeldern eingeleitete Umstrukturierung der französischen Industrie brachte bei weitem nicht die erhofften Erfolge. Insbesondere in der Eisen- und Stahlindustrie, im Steinkohlenbergbau, bei den Schiffswerften und in der Textilindustrie haben die Verluste weiter stark zugenommen. Entweder müssen jetzt rigoros Arbeitsplätze beseitigt oder die Subventionen erneut kräftig erhöht werden.

Der vor einem Jahr für die weitgehend verstaatlichte Stahlindustrie beschlossene Modernisierungsplan sah vor, daß die Rohstahlproduktion von 15 Millionen Tonnen 1982 auf 25 Millionen Tonnen Jahreskapazität 1986 gesteigert und die Belegschaft um 10 000 auf 85 000 Personen reduziert wird. Inzwischen aber weiß man, daß in dieser Zeit mindestens 6000 weitere Arbeitsplätze beseitigt werden müßten, um diese Industrie aus den roten Zahlen zu bringen.

Entgegen den Erwartungen haben sich die Defizite von Usinor und Salicor dieses Jahr nicht vermindert, sondern weiter erhöht. Nach zusammen 8,3 Milliarden Franc 1982 dürften sie mindestens neun Milliarden Franc erreichen, obwohl die staatlichen Kapitaldotationen von 3,5 auf 5,8 Milliarden Franc aufgebessert wurden. Außerdem beschafften sich die beiden staatlichen Konzerne für mehrere hundert Millionen Franc zusätzliche Eigenmittel durch die Emission von Beteiligungsdarlehen.

Für 1984 sollen sie aber nur noch vier Milliarden Franc an Kapitaldotationen erhalten, obwohl ursprünglich 6,25 Milliarden Franc vorgesehen waren. Danach verbliebe ein ungedeckter Finanzbedarf, den man auf mindestens sieben Milliarden Franc veranschlagt – falls die Belegschaft nur in dem geplanten Umfang abgebaut wird und falls von den Investitionsplänen – 17,5 Milliarden Franc zwischen 1982 und 1986 – keine Abstriche vorgenommen werden. Darüber soll in diesen Wochen die Entscheidung fallen.

Auch dem bereits seit langem verstaatlichten französischen Steinkohlenbergbau schlägt bald die Stunde der Wahrheit. Hier hatte die Regierung die zur Subventionierung der Förderung für 1984 vorgesehenen Haushaltsmittel um 20 Prozent auf drei Milliarden Franc gekürzt, was darauf hinausläuft, daß die Produktion von voraussichtlich 18,5 Millionen Tonnen in 1983 weiter reduziert werden muß. Das von der sozialistischen Regierung nach ihrem Amtsantritt für 1990 verkündete Förderziel von 30 Millionen Tonnen ist damit zu den Akten gelegt.

Jetzt geht es darum, die sozialen Konsequenzen zu ziehen. Nach den Plänen der Charbonnages de France (CdF), die für 1988 eine Förderung von nur noch elf Millionen Tonnen als realistisch ansieht, müßte die Belegschaft von zur Zeit 58 000 allein im nächsten Jahr um 8000 Bergleute reduziert werden. Wie bei der Stahlindustrie will man sich aber weitgehend auf natürliche Abgänge und vorzeitige Pensionierungen stützen. Für die freizusetzenden Arbeitnehmer sollen nach Möglichkeit neue Arbeitsplätze in anderen Industrien geschaffen werden.

Dies dürfte aber keineswegs einfach sein. Denn die Stahl- und Kohleregionen haben außerdem mit der Krise der Textilindustrie zu kämpfen. Nach Auslaufen des von der EG verurteilten Textilhilfeplanes stehen dort wieder Massenentlassungen an. Allein bei der inzwischen staatlich kontrollierten Boussac-Gruppe (18 000 Beschäftigte) müßten kurzfristig 6000 Arbeitsplätze aufgegeben werden. Auch für diesen Sektor will die Regierung nicht mehr unbegrenzt Staatsmittel bereitstellen.

Dagegen hat sie sich jetzt noch einmal zu einer Hilfsaktion zugunsten der Schiffswerften entschlossen. Die Werftgruppe CNM (Chantiers du Nord et de la Méditerranée), die vor einem Jahr aus der Schiffsbaukonzentration auf zwei Gruppen hervorgegangen war, wollte dieser Tage angesichts ihres für 1983 drohenden Verlustes von 225 Millionen Franc den Konkurs anmelden. Daraufhin gewährte der Staat in letzter Minute der seit Wochen bestreikten CNM-Werft La Seyne eine Sonderhilfe von 720 Millionen Franc.

INDUSTRIE-FEUERVERSICHERUNG

Technische Verluste bei Rückversicherern abgeladen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die führenden deutschen Industrie-Feuerversicherer haben in den Jahren 1980 bis 1982 insgesamt zwar ihren Prämien-Anteil an der Feuer-Industrie/Betriebsunterbrechungs-Versicherung (FI/FBU) um 25,9 Prozent und damit stärker als das Gesamtgeschäft ausgeweitet, doch ist daraus nicht der Schluß berechtigt, daß dies immer zu Lasten des Ertrags gegangen ist. Immerhin ist die Zuwachsrate mit 5,9 Prozent 1982 erstmals niedriger gewesen als in den Jahren zuvor.

Aus einer Analyse des Deutschen Versicherungs-Schutzverbandes (DVS) der Ergebnisse von Industrieversicherern geht hervor, daß 10 von 17 einen teilweisen Verlusttransfer auf die Rückversicherer vorgenommen haben. Der DVS vertritt die Interessen seiner ganz überwiegend gewerblich-industriellen Mitglieder gegenüber den Versicherern.

In einer DVS-Ausschußsitzung verneinte Walter Meyer-Kahlen des BdI-Versicherungs-Ausschusses, daß die schlechten Ergebnisse im direkten Feuerversicherungsgeschäft die Erstversicherer insgesamt schwer angeschlagen hätten. Die technischen Verluste in dieser für die Industrie, Handel und Gewerbe wichtigen Teilsparte hätten auch nicht an den Eigenmitteln der Versicherer gezehrt. Meyer-Kahlen: „Für ein generelles Einschreiten des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen (BAV) besteht kein Anlaß."

Wie die Rückversicherer, die die Situation der Gesellschaften, von denen sie erhebliche Teile des notleidenden Geschäfts in Rückdeckung nehmen, insgesamt kritischer sehen, hatte auch der BAV-Präsident August Angerer in der DVS-Sitzung die Auffassung bekräftigt, daß sich jede Versicherungssparte wenigstens auf Dauer selbst tragen müsse, ohne daß Verluste im technischen Geschäftsbereich durch Erträge im nichttechnischen Geschäft ausgeglichen würden. Einige Versicherer müßten ihre Prämienpolitik in bestimmten Sparten, die tendenziell und auf Dauer Verluste brächten, überdenken.

Meyer-Kahlen hatte 17 Versicherungsgesellschaften mit bedeutenden Geschäften in Feuer-Industrie- und Betriebsunterbrechungsversicherung untersucht, die etwa 60 Prozent des Prämienvolumens aus dem deutschen Direktgeschäft auf sich vereinigen. Für die Jahre 1980 bis 1982 hatte sich ergeben, daß jedoch der Anteil des Geschäfts, der als Risiko im Unternehmen blieb, also nicht weitergegeben wurde, durchschnittlich nur 27,3 Prozent, bei vier Gesellschaften sogar unter 20 Prozent lag.

Meyer-Kahlen führt diese niedrige Quote auf einen hohen FI-/FBU-Anteil und damit auf einen höheren Rückversicherungsbedarf zurück. Die Gesellschaften hätten sich insgesamt auf dem Rückversicherungsweg etwas entlastet, wobei fallende Eigenbehaltsquoten natürlich auch dadurch verursacht sein könnten, daß höhere Abgaben an konzerneigene Rückversicherer erfolgt sind.

AUF EIN WORT

„Ich höre immer nur, daß der Verbesserung der Situation in diesem oder jenem Bereich dieses oder jenes Gesetz, diese oder jene Verordnung entgegensteht. Dabei wird eines vergessen, daß dies alles Gesetze und Verordnungen sind, die schließlich nicht der liebe Gott geschaffen hat."

Dr. Curt Edeling, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Essen
FOTO: DIE WELT

Neue Bundesanleihe bringt 8,36 Prozent

rtr, Frankfurt

Die Bundesregierung nimmt erneut über eine Anleihe 1,6 Milliarden Mark auf, die mit einer Laufzeit von zehn Jahren mit 8¼ Prozent verzinst wird. Wie die Bundesbank nach der Konsortialsitzung am Montag bekanntgab, beträgt die Rendite aufgrund des Verkaufskurses von 99,25 Prozent 8,36 Prozent. Im Rentenhandel wurden die Konditionen sehr skeptisch aufgenommen. Aus heutiger Sicht seien sie nicht marktgerecht, hieß es. Man habe mit einem Kurs von 99 Prozent gerechnet, womit die Rendite höher ausgefallen wäre. Die neue Bundesanleihe soll vom 7. bis 9. Dezember an den Bankschaltern verkauft werden und vom 12. bis 14. Dezember an den Börsen eingeführt werden.

STEUERPOLITIK

Otto Wolff: Bonn ist bisher noch zu kurz gesprungen

HEINZ HECK, Bonn

„In der Steuerpolitik ist die Bundesregierung bislang noch zu kurz gesprungen." Diese Bilanz zog der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, gestern vor der Industrie- und Handelskammer Lüneburg. Die Bundesregierung müsse bald ihre Entscheidungen zur Steuerreform treffen, andernfalls verfehle sie den „Absprungbalken" mit Blick auf die anstehenden Wahlen. Eine echte „Entlastungspremiere" für die Steuerzahler stehe noch aus. Bei dem zuletzt geschnürten Paket zur Haushaltskonsolidierung sei die Abgabenbelastung insgesamt noch gestiegen, obgleich der Abbau der Steuerlast das Ziel sei. Wolff sprach sich für eine deutliche und spürbare Lohn- und Einkommensteuerreform aus.

Anzustreben sei ein durchgängiger Tarifabbau um rund elf Prozent. Für untere Einkommensgruppen würde der Steuersatz dann statt bisher 22 nur noch 19 Prozent betragen. Der Spitzensteuersatz der Einkommen- und damit auch der Körperschaftsteuer für einbehaltene Gewinne würde sich auf 49 Prozent ermäßigen. Die Entlastung veranschlagt Wolff auf 15 Milliarden Mark, davon über zehn für die Arbeitnehmer und drei bis vier Milliarden für die Unternehmen.

Wie kürzlich Wirtschafts-Staatssekretär Otto Schlecht meint auch Wolff, daß diese Tarifreform in zwei Schritten durchgeführt werden könne: Termin und Ausmaß der Tarifreform sollten noch in dieser Legislaturperiode festgelegt werden, und spätestens 1992 sollte die Reform abgeschlossen sein. Wolff wertet es als „Fehlen einer ordnungspolitischen Besinnung", daß beim Subventionsabbau bisher so wenig getan worden sei.

KAMPF UM EAGLE STAR

Allianz wird BAT-Angebot auf jeden Fall überbieten

WILHELM FURLER, London

Das größte deutsche Versicherungsunternehmen, die Allianz Versicherungs-AG, hat in London versichert, daß sie ihr Angebot zur Übernahme der restlichen Anteile am britischen Versicherungsunternehmen Eagle Star Holdings von 650 Pence je 25-Pence-Aktie in jedem Fall auf über 660 Pence anheben wird. 660 Pence lautet die Konkurrenz-Offerte des großen Tabak- und Einzelhandelskonzern BAT.

Damit hat die Allianz bis zur letzten Minute gewartet, ihren Entschluß zur erneuten Erhöhung ihres Übernahme-Angebots bekanntzugeben. Dem strikten britischen Übernahme-Kodex zufolge mußte sich der deutsche Versicherungskonzern bis spätestens 9.30 Uhr gestern vormittag entscheiden, ob das Übernahme-Angebot des Rivalen BAT, das Ende November als prompte Antwort auf die Erhöhung des Allianz-Angebotes auf 85 Pence wenige Minuten später von 575 auf 660 Pence angehoben worden war, nochmals überboten werden sollte.

Allerdings hat die Allianz bislang weder den neuen Angebotspreis noch die näheren Konditionen einer Übernahme bekanntgegeben. In London hieß es dazu lediglich, der Allianz-Vorstand habe die Geschäftsleitung von Eagle Star um ein ausführliches Gespräch ersucht, damit für beide Seiten „akzeptable Bedingungen" gefunden werden könnten. Dieses Gespräch soll am Donnerstag stattfinden. Es wird erwartet, daß der neue Angebotspreis von Allianz bei 700 Pence liegen wird. Damit würde Eagle Star auf knapp vier Milliarden Mark bewertet. Bisher hält die Allianz 30 Prozent der Anteile an Eagle Star, BAT dagegen nur etwa ein Prozent.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Conference Board: Gute Aussichten in USA

Washington (Sbt.) – Der mit bekannten Nationalökonomen wie Nobelpreisträger James Tobin und Otto Eckstein von Data Recources besetzte Konjunkturausschuß des Conference Board in New York sagt für 1984 einen weiterhin starken Aufschwung in Amerika voraus. Nach seinen Schätzungen erhöht sich das US-Bruttosozialprodukt real um 5,4, der Verbraucherpreisindex um 4,9 Prozent. Während die Investitionen inflationsbereinigt um stolze sieben Prozent wachsen, steigt der Index der Industrieproduktion um 9,8 (1983: 6,5) Prozent. Die Unternehmensgewinne sollen 251 Milliarden Dollar erreichen – 25 Prozent mehr als 1983. Der Ausschuß sieht Gefahren in der „zu stimulativen Fiskal- und zu restriktiven Geldpolitik". Auch Ende 1984 wird die wirtschaftliche Erholung, gemessen an der Beschäftigung, noch nicht abgeschlossen sein.



Festverzinsliche erfreuen sich bei den deutschen Anlegern immer größerer Beliebtheit. Der private Besitz an Pfandbriefen, Kommunalobligationen, Anleihen der öffentlichen Hand und der Industrie hat sich innerhalb von zwölf Jahren mehr als versechsfacht – von 41 Milliarden Mark Ende 1970 auf 256 Milliarden Mark Ende 1982.
QUELLE: GLOBUS

Zahlungsbilanz-Überschuß

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Zahlungsbilanz der Bundesrepublik schloß im Oktober mit einem Überschuß von 2,5 Milliarden Mark, verglichen mit lediglich 64 Millionen Mark im September. Dies geht aus der jüngsten Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank hervor. Der Aktivsaldo der Zahlungsbilanz ergab sich durch den hohen Überschuß im Außenhandel von 4,2 Milliarden Mark. Unter Berücksichtigung der Fehlbeträge in der Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz ergab sich ein Überschuß in der Leistungsbilanz von 2,9 Milliarden Mark. Auch im Kapitalverkehr überwogen die Zuflüsse mit per Saldo 1,8 Milliarden Mark. Der statistisch nicht genau aufzuschlüsselnde Restposten ergab einen Fehlbetrag von 2,2 Milliarden Mark.

Höhere US-Stahlimporte

Washington (Sbt.) – Die Stahleinfuhren der USA sind im Oktober erstmals wieder gestiegen, und zwar gegenüber September um 16 Prozent auf 1,58 Millionen Tonnen. Die EG steigerte ihre Lieferungen sprunghaft um 29,3 Prozent auf 378 000, Japan um 40,1 Prozent auf 405 000 Tonnen. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres kürzten die USA jedoch ihre Stahlkäufe im Ausland um 5,7 Prozent auf 12,2 Millionen Tonnen. Aus der EG kamen lediglich 2,86 und aus Japan 2,93 Millionen Tonnen (minus 31,5 und 29,7 Prozent). Die amerikanischen Stahlausfuhren sanken von Januar bis Oktober um 38,9 Prozent auf 900 000 Tonnen.

Kapitalmarkt stagniert

Paris (J. Sch.) – Der internationale Kapitalmarkt wurde im November mit nur zehn Milliarden Dollar in Anspruch genommen. Das war zwar etwas mehr als im Vormonat, jedoch weniger als in den vorangegangenen Monaten. Besonders stark verminderten sich die Ausleihungen der Banken auf 2,5 Milliarden Dollar. Dies führt die OECD in ihrem jüngsten Kapitalmarktbericht auf die Verschuldungskrise zurück. Wegen der schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage zahlreicher Entwicklungsländer würden die Banken große Zurückhaltung üben. Hauptkreditnehmer blieben die OECD-Staaten. Von den insgesamt zehn Milliarden Dollar nahmen sie 8,3 Mrd. Dollar auf, darunter die USA, Japan und Schweden.

VERMÖGENSBILDUNG

Sparkassen beabsichtigen Ausgabe von Genußscheinen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Sparkassenorganisation plant, ihren Arbeitnehmer-Kunden und Mitarbeitern Genußscheine als Anlagen anzubieten, die vom vierten Vermögensbildungsgesetz mit einer staatlichen Zulage gefördert werden; nach dem Gesetzentwurf sollen künftig 936 statt bisher 624 Mark im Jahr begünstigt sein, wenn die zusätzlichen 312 Mark in Beteiligungen angelegt werden. Einen Grundsatzbeschluß über die Ausgabe von Genußscheinen, die prinzipiell zum Katalog der begünstigten Anlagen gehören, will der Vorstand des Sparkassenverbandes am 8. Dezember fassen.

Der Sparkassenorganisation geht es in erster Linie darum, daß die Sparkassen eigene Titel bekommen, die unter den Förderungskatalog fallen, weil sie fürchten, daß die zusätzlich begünstigten Mittel anderenfalls aus ihren Bilanzen abfließen. Sie wollen die Gelder im eigenen Haus behalten. Zunächst ist die Gründung einer Testgesellschaft vorgesehen, die 25 Millionen Mark Genußscheine zu 100 Mark zu pari ausgibt. Den Erlös wird die Sparkassen-Vermögensbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin, als „stille Einlage" in die Deutsche Girozentrale (DGZ), Frankfurt, einbringen.

Wenn die Titel vom Publikum akzeptiert werden, ist die Gründung lokaler oder regionaler Gesellschaften vorgesehen, die den Emissionserlös von Genußscheinen bei Sparkassen anlegen, die Eigenkapital brauchen. Wirklichen Kapitalbedarf haben jedoch nur relativ wenige Kassen. Der Zins für die Genußscheine mit siebenjähriger Laufzeit soll mindestens so hoch sein wie am Kapitalmarkt. Das Bundesarbeitsministerium prüft noch die Förderungswürdigkeit dieser Konstruktion.

PROTEKTIONISMUS / Handelspolitiker der EG hoffen auf die USA

Partner über Liberalisierung uneins

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Handelspolitiker in der EG, die sich dem Freihandel verschrieben haben, hoffen jetzt auf die Vereinigten Staaten. Denn das, was der Ministerrat „als Beitrag der Gemeinschaft zur Umkehr der protektionistischen Tendenzen" in der vergangenen Woche verabschiedet hat, reicht ihnen nicht. Sie sehen darin allenfalls ein Signal nach außen, das aber den Dissens im Inneren nicht verdecken kann. Sollten die USA, so ihre Hoffnung, den Ball aufgreifen und weitergehende Vorschläge unterbreiten, dann käme die EG in Zugzwang, was heilsam sein könnte.

Die EG wollte ursprünglich die Folgerungen aus dem OECD-Ministertreffen und aus Bekundungen des Weltwirtschaftsgipfels von Williamsburg vom Mai dieses Jahres ziehen. Danach sollte, so der Beschluß von Williamsburg, dem Protektionismus Einhalt geboten werden und in dem Maße, wie sich der Aufschwung bestätigt, eingedämmt werden, indem Handelshemmnisse abgebaut werden. Daher hatte die Brüsseler Kommission zunächst vorgeschlagen, daß alle Länder mit einer Wachstumsrate von zwei und mehr Prozent die in der Tokio-Runde vereinbarte Zollsenkung – zwischen 1980 und 1987 sollte das Niveau um ein Drittel reduziert werden – vorziehen sollten. Außerdem sollte der Vorbehalt der EG fallen, wonach der Übergang zur zweiten Phase der Zollsenkungen 1985 von der wirtschaftlichen Situation der Gemeinschaft abhängig gemacht wurde.

Auf einen solchen Automatismus wollten sich die Franzosen nicht einlassen, obwohl die EG im nächsten Jahr bei einem erwarteten Wachstum von 1,5 Prozent noch nicht einmal hätte handeln müssen. So hat der Ministerrat jetzt nur beschlossen, daß der beschleunigte Zollabbau von der wirtschaftlichen Entwicklung der EG bestimmt werden soll.

Wie sehr eine Liberalisierung für Frankreich ein Tabu ist, zeigt sich auch daran, daß sich der Ministerrat noch nicht einmal auf die Aufhebung der mengenmäßigen Einfuhrbestimmungen gegenüber den am wenigsten entwickelten Entwicklungsländern verständigen konnten. Selbst hier verlangte Paris Ausnahmen, mit denen sich die EG blamiert hätte.

Im schlechten Licht steht die EG auch schon durch den Beschluß, die Einfuhrzölle auf japanische Kompaktschallplattenabspielgeräte von 9,5 auf 19 Prozent zu verdoppeln. Die angebotene Kompensation, zum Beispiel den Zollsatz für professionelle Tonbandgeräte zu senken, reicht Tokio nicht. In einem Schreiben an die Gatt-Mitgliedsstaaten führt Japan Klage über diese Beschränkung des Handels mit hochmoderner Technik. Kein Ruhmesblatt für die EG.

FRANKREICH / Wohnungsbau geht zurück

Preise leicht angezogen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der starke Preisverfall am französischen Wohnungsmarkt scheint beendet. In Paris kam es in den letzten Monaten zum ersten Mal seit drei Jahren wieder zu leichten Preiserhöhungen. Vor allem in den sogenannten feinen Bezirken wurden Eigentumswohnungen etwas teurer. Die Quadratmeterpreise liegen dort aber immer noch mit durchschnittlich knapp 8000 Franc (2700 Mark) um die Hälfte unter ihrem Niveau vor der Krise.

Dagegen hat der Wohnungsbau weiter nachgelassen. Die Zahl der neu in Angriff genommenen Wohnungen dürfte sich von 343 000 in 1982 um 5,25 Prozent auf 325 000 in diesem Jahr vermindert haben, teilt das Konjunkturinstitut der Bauwirtschaft mit. Für 1984 erwartet es einen weiteren Rückgang um 6,15 Prozent auf 305 000 Einheiten.

Da der soziale Wohnungsbau dank verstärkter Staatssubventionen in etwa konstant bleiben dürfte, bedeutet das eine außerordentlich starke Abnahme der privaten Bautätigkeit. Nach dem rigorosen Mieterschutzgesetz des sozialistischen Wohnungsbauministers Quillot hat das Interesse für den Bau freifinanzierter Mietwohnungen stark nachgelassen. Aus diesem Grunde finden auch die besonders geschützten Altbauwohnungen nur noch unter großen Abschlägen Käufer.

Noch stärker geschrumpft als die Baustelleneröffnungen ist die Zahl der fertiggestellten Neubauwohnungen, nämlich um neun Prozent in diesem Jahr, dabei sieben Prozent bei Einfamilienhäusern und 12,5 Prozent bei Etagenwohnungen. Für 1984 erwartet die Bauwirtschaft einen weiteren Rückgang um 8,5 Prozent. Die Aktivität der am Wohnungsbau beteiligten Unternehmen dürfte in diesem wie im nächsten Jahr um acht Prozent zurückgehen. Zum ersten Mal seit zehn Jahren sind 1983 auch die Arbeiten für die Renovierung und Unterhaltung bestehender Wohnungen nicht mehr gestiegen.

Angesichts dieser katastrophalen Lage hat die französische Regierung jetzt verschiedene Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus angekündigt. Danach sollen insbesondere mehr zinsgünstige Kredite zu besseren Bedingungen den Bauherren bereitgestellt werden.

WELTSCHIFFBAU / Japan sichert sich den Löwenanteil – Konferenz in Tokio

Nach 1986 soll es aufwärts gehen

rtr, Tokio

Der Weltschiffbau hat nach den Worten offizieller europäischer Industrieexperten Aussichten, nach 1986 einen Teil seiner früheren Stärke zurückzuerlangen, bis dahin müssen einige Werften, besonders in Westeuropa, jedoch noch die schwierigste Talsohle ihrer Geschichte durchschreiten. „Wir sehen uns gegenwärtig einer größeren Krise ausgesetzt, als wir sie in der Vergangenheit jemals erlebt haben", sagte der Industriedirektor der Brüsseler Kommission der Europäischen Gemeinschaft (EG), Daniele Verdiani, nach einer Schiffbaukonferenz der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Tokio.

Bei dem Treffen waren Vertreter der meisten Schiffbaunationen der Erde versammelt, um über den gegenwärtigen Zustand ihrer Industriebranche zu beraten. Das hat die meisten Staaten dazu veranlaßt, ihre Schiffbaukapazitäten zu verringern und zu Subventionen Zuflucht zu nehmen, um ihre jeweiligen Unternehmen weiter über die Runden zu bringen. Der Konferenzvorsitzende Albert Grübel sagte zu Journalisten, viele Länder seien wegen der zunehmenden Marktanteile für Anbieter im Fernen Osten besorgt. Obwohl Japan seine Werftenkapazität seit dem starken Rückgang der Weltnachfrage nach Schiffen, besonders Tankern, reduziert habe, falle der japanischen Schiffbauindustrie immer noch der Löwenanteil der verfügbaren Neuaufträge zu.

Das gesamte Weltauftragsvolumen werde in diesem Jahr nach offizieller OECD-Statistik etwas über den 29,70 Millionen Bruttoregistertonnen des Vorjahres liegen. Das ist jedoch verglichen mit der Jahresauftragstonnage von 128,98 Millionen BRT in 1973 immer noch sehr ungünstig. Von den 1982 ingesamt verfügbaren Neuaufträgen von knapp 30 Millionen BRT habe sich Japan einen Anteil von 9,70 Millionen BRT sichern können, gegenüber einem japanischen Anteil von 59,60 Millionen BRT an der 1973 verfügbaren Weltauftragstonnage.

OECD-Experten sind der Auffassung, daß sich in zwei Jahren eine Verbesserung abzeichnen wird. Besondere Sorgen bereitet den europäischen Werften der wachsende Erfolg, den die südkoreanische Werftindustrie auf traditionellen Märkten ihrer europäischen Konkurrenten erzielt.

Nach der OECD-Statistik hat Südkorea im vergangenen Jahr einen Anteil von 2,55 Millionen BRT an der Jahresauftragstonnage erreicht. In diesem Jahr kann sich der Anteil der Südkoreaner bei nur geringfügig zunehmender Jahresauftragstonnage bereits auf vier Millionen BRT belaufen, während Südkorea 1973 einen Auftragsanteil von nur 1,30 Millionen Tonnen verbucht hat. Die Aufträge für westeuropäische Werften haben sich von 54,87 Millionen Tonnen im Jahre 1973 auf 7,41 Millionen Tonnen in 1982 verringert.

In diesem Jahr sind bisher nur Aufträge von 5,50 Millionen Tonnen für die westeuropäischen Werften hereingekommen, so Grübel. Verdiani sagte, in Europa habe man den Eindruck, daß die Preise der Südkoreaner auf ein Niveau abgesunken seien, auf dem gerade noch die Kosten der verwendeten Rohstoffe abgedeckt seien. „Wenn diese Entwicklung andauern sollte, wird es in zwei bis drei Jahren keine europäische Schiffbauindustrie mehr geben."

EG / Kommission zum Kohlemarkt

Beihilfen nützen wenig

dpa/VWD, Brüssel

Vor der Annahme, die Wettbewerbsfähigkeit der EG-Kohle könne allein mit Investitionsbeihilfen und ohne eine angemessene Kürzung der Förderkapazität gesteigert werden, hat der Leiter der Kohle-Abteilung bei der EG-Kommission, Karl-Heinz Reichert, gewarnt. Trotz Investitionen von über zehn Milliarden Ecu (rund 23 Milliarden Mark) habe sich die Produktivität im EG-Kohlebergbau in den vergangenen zehn Jahren lediglich um fünf Prozent erhöht, erklärte Reichert in einem dpa/VWD-Gespräch.

Die führenden Kohleländer Großbritannien und Bundesrepublik hätten zwar bereits weitere Zechenschließungen mit einer Fördertonnage von insgesamt 20 Millionen bis 25 Millionen Tonnen in Aussicht gestellt. Aus den beiden übrigen Förderländern Frankreich und Belgien lägen solche Äußerungen bisher aber nicht vor. Paris und Brüssel haben nach Angaben des deutschen EG-Beamten im vergangenen Jahr staatliche Beihilfen zum Verlustausgleich von 30,77 Ecu (rund 70 Mark) und 31,68 Ecu pro Tonne gezahlt.

Die niedrigsten Kohlebeihilfen seien mit 5,76 Ecu pro Tonne in Großbritannien gewährt worden. Die deutschen Subventionen hätten sich auf 7,97 Ecu je Tonne belaufen, wobei allerdings der nur indirekt den Zechen zugute kommende „Kohlepfennig" (7,40 Ecu je Tonne) ausgeklammert sei. Das zusätzlich zu diesen nationalen Beihilfen von insgesamt 2,226 Milliarden Ecu von der Kommission im August vorgeschlagene, mit EG-Haushaltsmitteln von 300 Millionen Ecu dotierte Subventionsprogramm für Investitionen werde wegen der starken Bedenken vor allem der nicht kohlefördernden EG-Länder möglicherweise von einer Rentabilitätsprüfung abhängig gemacht werden.

Nach Angaben von Reichert hat die Kommission ihre bisherigen Schätzungen über den EG-Steinkohleverbrauch im Jahr 2000 erneut kräftig nach unten revidiert. Nachdem in den Jahren 1980 und 1982 noch Verbrauchsvolumen von 580 Millionen beziehungsweise 500 Millionen Tonnen vorhergesagt worden waren, rechnen die Kommissionsdienststellen nunmehr bis zur Jahrtausendwende mit einem Verbrauchszuwachs auf 435 Millionen Tonnen.

WERBUNG / Europäischer Schulterschluß

Zehn Agenturen beteiligt

WILHELM FURLER, London

„Esda" heißt eine neue Gruppe europäischer Werbeagenturen, European Sales Development Agencies, die sich jetzt zusammengeschlossen und in London erstmals vorgestellt hat. Zweck dieser Vereinigung, der zehn Werbeagenturen aus ebenfalls zehn europäischen Ländern angehören, ist die Weitervermittlung von Werbeaufträgen im jeweiligen europäischen Ausland an Mitglieder der neugeformten Gruppe.

Die zehn Mitglieder der Esda haben sich verpflichtet, ihre Klienten, die auch im Ausland Werbung für ihre Produkte betreiben wollen, zunächst ausschließlich an das dortige Esda-Mitglied weiterzuvermitteln. Dabei werden die sogenannten Werbeprovisionen nach einem bestimmten Schlüssel aufgeteilt, der sich danach richtet, ob es um eine ausschließliche Vermittlung eines Kunden geht, oder ob die Werbeagentur dem Mitglied im anderen Land eine bereits entwickelte Werbestrategie oder sogar erstelltes Werbematerial weitergibt.

Die zehn Werbeagenturen stammen aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich, den Beneluxländern, Dänemark, Schweden, Norwegen, Italien und Portugal. Deutsches Mitglied ist die Werbeagentur Segmenta aus Hamburg, britisches Mitglied ist Everett's. Das Generalsekretariat der Vereinigung hat seinen Sitz in Hamburg. Im übrigen wird das Generalsekretariat Anfragen und Aufträge aus Nicht-Mitgliedsländern weiterleiten.

Wie in London betont wurde, ist vorgesehen, die Vereinigung mit einem gegenwärtigen Gesamt-Jahresumsatz von rund 175 Millionen Mark nicht auf Europa begrenzt zu lassen. Doch liegen für eine Ausweitung etwa auf Amerika noch keine konkreten Pläne vor. Gemeinsam ist allen Mitgliedsagenturen, daß sie im persönlichen Eigentum ihrer Geschäftsführer stehen. Dies und ein hohes fachliches Ansehen mit guter Marktkenntnis sind auch die Kriterien, die bei der Zulassung weiterer Mitglieder angelegt werden.

ÖSTERREICH / Schlechte Ertragslage ließ nur bescheidene Lohnerhöhungen zu

Realeinkommen gehen deutlich zurück

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Die Leitlinien in der derzeit laufenden Lohnrunde sind in Österreich mit den Abschlüssen der rund 200 000 Metallarbeiter in der Industrie, weiterer 100 000 im Gewerbe sowie der 365 000 Handelsangestellten bereits gezogen. Und eines steht fest: Mit dem Zuschlag von rund 3,5 Prozent auf die Tariflöhne per November, Dezember bzw. Januar wird es im nächsten Jahr wohl für die Arbeitnehmer der österreichischen Wirtschaft mehr oder weniger deutliche Realeinkommenverluste geben. Denn die Wirtschaftsforscher hatten zuletzt für 1984 einen Anstieg der Verbraucherpreise um 5,3 bis 5,5 Prozent prognostiziert, wobei noch nicht ersichtlich ist, inwieweit die Mehrwertsteuererhöhung per 1. Januar 1984 um zwei Prozentpunkte auch wirklich auf die Preise überwälzt oder doch zum Teil von den Unternehmen mitgetragen wird.

Die Gewerkschaften zeigten sich in den bisherigen Verhandlungen jedenfalls äußerst gemäßigt, wofür zweifellos die teilweise miserable Lage ganzer Branchen, insbesondere der Eisen- und Metallindustrie, ausschlaggebend war.

Die Kollektivvertragslöhne lagen im September 1983 noch um 5,1 Prozent höher als vor Jahresfrist, wobei die Mindestlöhne für Arbeiter um 5,3, jene für Angestellte um 5,4 und die Bezüge der öffentlich Bediensteten um 4,6 Prozent gestiegen waren. Die tatsächliche Brutto-Lohnsumme der unselbständig Beschäftigten (inklusive der innerbetrieblichen Lohnerhöhungen) dürfte heute um 4,7 Prozent über dem Vorjahresniveau liegen; das gesamte verfügbare Einkommen inklusive der Zinserträge, Unternehmereinkommen und Transferzahlungen der Sozialversicherungsträger wird sogar nominell den Wert des Vorjahres um 6,8 Prozent – bei einer Erhöhung der Verbraucherpreise um nur 3,25 Prozent – übersteigen. Darin kommt auch die zweite Etappe der Lohnsteuersenkung per 1. Januar 1983 zum Ausdruck.

Die günstiger als ursprünglich erwartet verlaufene Einkommensentwicklung (die Masseneinkommen stiegen im ersten Quartal real um 0,2 und im zweiten um 2,8 Prozent) sowie die Ankündigung der Zinsertragssteuer und die Mehrwertsteuererhöhung haben schon während des ganzen Jahres zu einem Boom bei Autos und anderen dauerhaften Konsumgütern geführt. Die derzeit stattfindenden Vorziehkäufe tragen das ihre dazu bei, daß der reale Konsum 1983 um drei Prozent ansteigen und damit als wichtigste Konjunkturstütze erscheinen wird.

Im nächsten Jahr allerdings dürfte sich dies ändern. Denn selbst wenn die noch ausstehenden Lohnrunden für die Sektoren wie Banken und Versicherung wegen der besseren Ertragslage etwas höher ausfallen, wird die Brutto-Lohnsumme der Unselbständigen laut Prognose nur um 4,4 Prozent und damit weniger als die Preise ansteigen.

LANDWIRTSCHAFT / Paris kürzt Subventionen

Einkünfte sinken wieder

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nach einem ausgesprochen fetten Jahr 1982 müssen die französischen Bauern den Gürtel wieder etwas enger schnallen. Ihre Einkommen werden im Betriebsdurchschnitt nach vorläufigen Schätzungen der nationalen Rechnungskommission 1983 um 3,8 Prozent schrumpfen. Im letzten Jahr hatten sie sich um 9,1 Prozent erhöht. Gleichwohl fordert der Bauernverband Kompensationsmaßnahmen.

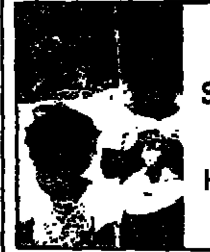
Der Einkommensschwund ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Regierung im Rahmen ihrer neuen Austerity-Politik die staatlichen Subventionen, die 1982 noch 1,8 Milliarden Franc erreichten, zusammengestrichen hat und daß die Produktionskosten erheblich stärker als die Verkaufspreise gestiegen sind. Vor allem importierte Futtermittel (Soja) wurden wegen der Dollar-Hausse sehr teuer.

Die Agrarproduktion selbst blieb nur unwesentlich hinter den Rekordergebnissen von 1982 zurück. An Fleich wurden mengenmäßig sogar 0,3 Prozent mehr produziert. Allerdings lag hier der Preisanstieg mit durchschnittlich sieben Prozent unter der Inflationsrate von 9,5 Prozent.

Bei den pflanzlichen Produkten stand einem mengenmäßigen Rückgang um 1,6 Prozent eine Steigerung der Verkaufspreise von immerhin 11,4 Prozent gegenüber. Bis zur definitiven Rechnungslegung im nächsten Frühjahr können sich diese Ziffern allerdings noch wesentlich ändern.

Der Bauernverband FNSEA veranschlagt den diesjährigen Rückgang des „landwirtschaftlichen Lebensniveaus" auf fünf bis zehn Prozent. Demgegenüber beziffert die Regierung den Anstieg der durchschnittlichen Realeinkommen in der französischen Landwirtschaft für die Zeit von 1980 bis 1983 auf insgesamt 6,7 Prozent. Vor 1980 waren diese Einkommen allerdings sieben Jahre lang zurückgegangen.







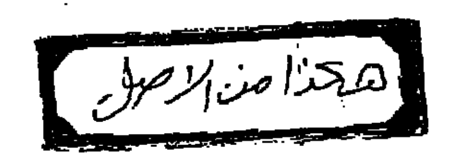
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin
Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt
Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777
4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29
3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106
4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756
6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525
7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71
8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836
Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 ein-







BANKING-POS / Rationalisierung im Zahlungsverkehr

Erste Erfahrungen gesammelt

HEINZ HILDEBRANDT, **Bielefeld**

Nahezu alle Rationalisierungsschritte im Einzelhandel haben sich in der Vergangenheit fast ausschließlich auf den warenwirtschaftlichen Bereich konzentriert. Überraschen muß in diesem Zusammenhang allerdings die Feststellung, daß sich im finanzwirtschaftlichen Bereich dagegen bisher nur wenig getan hat, und das gilt besonders für den Zahlungsverkehr. Dieser wickelt sich in großem Umfang heute noch genauso ab wie früher.

Auch die zunehmende Zahlungsweise mit Schecks trägt wenig zur Rationalisierung des Geldkreislaufes bei. Sie bedeutet sogar zusätzliche Belastung für die Banken, beginnend mit der Prüfung der Scheckvorlagen bis hin zur Scheckaufbewahrung. Allerdings sind beim Scheck-Handling schon erhebliche Verbesserungen durch den Einsatz bestimmter Geräte eingetreten. Dazu gehören Kassen mit Scheckdruck, Belegleser und die Microverfilmung.

Künftige Rationalisierungsbestrebungen kreisen jedoch um den Kernbegriff Banking-POS, das heißt um die bargeldlose und beleglose Bezahlung an der Kasse durch Belastung des Betrages auf dem Bankkonto des Kunden. Hier liegen bereits erste Erfahrungen vor, und zwar auf bilateraler Ebene durch einzelvertragliche Regelung zwischen Handels- und Bankbetrieb. Als Identifikations- und Zahlungskarte bietet sich dabei in der Bundesrepublik die EC-Scheck-Karte an, die bereits für Geldautomaten-Auszahlungen verwendet wird. Möglich ist dabei entweder eine Online-Verbindung zwischen Handelsbetrieb und Bank, also eine direkte Leitung, oder eine Off-line-Verbindung über Datenträger. Technologisch bestehen für beide Lösungen keine Schwierigkeiten, die EDV-Industrie bietet die entsprechende Hardware schon an. Schwierigkeiten bereitet jedoch die Finanzierungsfrage, nicht nur grundsätzlich, sondern auch in der Abgrenzung zwischen Handel und Geldinstitut.

Trotzdem sind in jüngster Zeit einige Versuche angelaufen, die zumindest dazu beitragen, praktische Erfahrungen zu sammeln. Testinstallationen gibt es bereits in Österreich und in Frankreich, seit mehr als einem Jahr auch in Norwegen, wo Tankstellen mit dem Haus-Geldinstitut des Mineralölkonzerns verbunden sind. Interessant ist auch ein Feldversuch in Spanien, wo beispielsweise die Sparkasse Navarra entsprechende Hard- und Software als Paket seinen Partnern im Handel anbietet. Die Sparkasse Madrid will in Kürze diesem Beispiel folgen, sie orderte bereits rund 1000 Kassensysteme beim deutschen Hersteller Nixdorf.

Die Nixdorf Computer AG ist übrigens auch in der Bundesrepublik am ersten großen Test eines Banking-POS-Systems beteiligt. Partner sind hier im Raum München auf der Handelsseite ein Textilhaus und drei Tankstellenbetriebe, auf der Bankenseite die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, die Bayerische Vereinsbank sowie die Stadtsparkasse München. Rund 300 000 EC-Kartenbesitzer sind in der Lage, diesen Service zu nutzen. Konzepte liegen also bereits vor, jetzt werden die Felderfahrungen gesammelt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Coburg: Dieter Haubold GmbH u. Co. KG, Spezialfabrik f. Holz- u. Kunststofferzeugnisse, Nordhalben; **Düsseldorf:** Nachl. d. Heinrich Wilhelm Grassing; **WERTA** Wertpapier- u. Börsenvermittlungsges. mbH; Olli-Trans-Speditionsges. mbH & Co. KG; **Gießen:** Fliesen-Port GmbH, Lich 4; **Köln:** Nachl. d. Anna-Elisabeth Hauser; **Mönchengladbach:** Nachl. d. Helmut Jacobs, Jüchen-Schaan; **Wiesbaden:** Möbel- u. Einrichtungshaus Adolf Beck GmbH & Co. KG, Mainz-Kastel.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Düsseldorf: Paul Hartkopf, Kaufmann.

Vergleich beantragt: Celle: Adolf Freiling Bauges. mbh & Co. KG; **Hamm:** HNK Hamann & Neuhaus GmbH, Unna.

NAMEN

Dr. Hans Adamy, ehemaliger Hauptbevollmächtigter der Schweizerischen Lebensversicherungs- und Rentenanstalt in Deutschland, München, wird heute 70 Jahre.

Peter Schlelein (42) hat mit Wirkung vom 1. November 1983 die Leitung der Abteilung Presse, Information und Kontakte in der Hauptabteilung Wirtschaftspresse des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit der Volkswagenwerk AG, Wolfsburg, übernommen.

Dr. Bernd Otto, Vorsitzender des Vorstandes der co op AG, hat den Vorsitz der Handelsvereinigung für Marktwirtschaft e. V., Köln, von Hans-Jürgen Klußmann übernommen.

SCHWEIZERISCHE RENTENANSTALT / Deutsche Tochter verbessert Ergebnis

Kräftige Zunahme des Neugeschäfts

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die zwar nicht nach dem Gesamtbestand, aber nach der Bestandssumme an Kapital-Lebensversicherung führende ausländische Lebensversicherer in der Bundesrepublik, die Schweizerische Lebensversicherungs- und Rentenanstalt (SRA), München, spürt 1983 die deutliche Belebung des Geschäfts. Die größte und älteste Schweizer Lebensversicherung, nach dem Bestand Nr. 1 in Europa und seit 117 Jahren in Deutschland vertreten, wird bis zum Jahresende das Neugeschäft auf 2,65 (2,44) Mrd. DM (plus 8,6 nach 2,9 Prozent) steigern und dabei, so Hauptbevollmächtigter Günther Hox, die für die SRA dominierenden Abschlüsse mit Einzelversicherungen (63 Prozent) sogar um 20 Prozent auf 1,8 Mrd. DM erhöhen.

Das Beitragswachstum dürfte nach SRA-Hochrechnungen 488 Mill. DM erreichen, bei den laufenden Beiträgen entspräche dies einem Plus von 13 Prozent auf 388 Mill. DM. Der Bestand an Versicherungssumme wird Ende 1983 bei rund 13 Mrd. DM (plus 9 Prozent) liegen.

Wie im laufenden Jahr hat sich auch 1982 trotz erschwerter wirtschaftlicher Verhältnisse der Verkaufsschwerpunkt bei Bevölkerungsgruppen mit überdurchschnittlichem Vorsorgebedarf als besonders erfolgreich erwiesen. Mit einer durchschnittlichen Versicherungssumme von 70 000 DM je neu abgeschlossenem Vertrag liegt die SRA um mehr als 50 Prozent über der Branche.

Allerdings sieht sich die Gesellschaft auch einer erhöhten Anfälligkeit der Bestände gegenüber vorzeitigen Vertragsauflösungen gegenüber: 7,1 Prozent des Gesamtbestands und 6,4 (4,9) Prozent der Einzelkapitalversicherungssumme wurden aufgelöst bzw. von den Kunden zurückgekauft. Während die Kosten der Verwaltung auf 3,8 (4,2) Prozent der Beiträge zurückgingen, erhöhten sich die Abschlußkosten auf 34,3 (31,8) Promille des eingelösten Neugeschäfts. Dank Verbesserungen der laufenden Erträge auf rund 2,2 (18) Mrd. DM Vermögensanlagen und geringer Wertpapierabschreibungen (Durchschnittsrendite: 8 nach 7,7 Prozent) hat sich auch das Gesamtergebnis verbessert.

Das 125. Geschäftsjahr der Züricher Muttergesellschaft weist ein auf 516 Mill. sfr (plus 12 Prozent) gestiegenes Jahresergebnis aus, dessen Wachstum ganz überwiegend aus dem Schweizer Geschäft stammten und das zu 98,5 (98,7) Prozent den Überschußreserven zufließt. Das deutsche Geschäft nimmt nach Schweiz, Frankreich, Holland und England den 5. Platz ein. Insgesamt zählte die SRA-Mutter 1982 einen Neuzugang von knapp 30 (26) Mrd. sfr. Der Gesamtbestand erreichte 128,3 (111,7) Mrd. sfr. Die Prämieneinnahmen stiegen auf 3,03 (2,6) Mrd. sfr.

Die Erträge aus Kapitalanlagen von 1,04 (0,9) Mrd. sfr entfallen zu 75 Prozent auf Anlagen in der Schweiz. Die Überschußreserven der eidgenössischen SRA umfassen 839 (711) Mill. sfr, der Reservefonds (offene Rücklagen) 110 (10) Mill. sfr. In der Bundesrepublik liegen die versicherungstechnischen Rückstellungen bei 2,24 (1,91) Mrd. DM, davon 263 (220) Mill. DM an Rückstellung für Beitragsrückerstattung.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Hornschuch an der Börse

Stuttgart (nl) – Die Konrad Hornschuch AG, Weißbach, renommierter Hersteller von Kunstleder, wird im Januar 1984 mit 15 Mill. DM ihres Stammkapitals von 30,6 Mill. DM an die Börse gehen. Geplant ist, die Aktien im geregelten Freiverkehr in Frankfurt und Stuttgart einzuführen. Die Firma, die für das laufende Jahr einen Umsatz in Vorjahreshöhe (200 Mill. DM) erwartet, bleibt in Mehrheitsbesitz des Spanplattenherstellers Kunz GmbH & Co. KG, Gschwend.

Weniger Kommunalkredite

München (sz.) – Deutliche Zurückhaltung zeigte die Bayerische Handelsbank AG, München, in den ersten neun Monaten 1983 bei der Vergabe von Kommunalkrediten wegen der schwer überschaubaren Zinsentwicklung. Aus diesem Grunde werden, wie es in einem Zwischenbericht heißt, die Zusagen 1983 nicht das Niveau des Vorjahres erreichen. Von insgesamt 1,09 Mrd. DM Neuzusagen per Ende September entfielen 554 Mill. DM auf Hypotheken (plus 3,2 Prozent) und 553,8 Mill. DM auf Kommunaldarlehen (minus 44,8 Prozent). Ausgezahlt wurden 1,07 Mrd. DM, davon 451,4 Mill. DM an Hypotheken. Angesichts eines gegenüber ¾ von 1982 um 18,3 Prozent auf 65,3 Mill. DM gestiegenen Zinsüberschusses stellt das Institut den Aktionären „eine wieder angemessene Dividende" auf das 1983 um 6 Mill. auf 50 Mill. DM erhöhte Grundkapital in Aussicht.

Gewinn wächst schnell

Stuttgart (nl) – Bei der Hewlett-Packard GmbH (HP), Böblingen, Tochter des gleichnamigen amerikanischen Elektronik-Konzerns, ist der Umsatz im Geschäftsjahr 1982/83 (31. 10.) um gut 17 Prozent auf rund 1,5 Mrd. DM gestiegen. Der Gewinn werde, wie es heißt, „sicher noch einige Punkte über der Steigerungsrate des Umsatzes liegen".

100 Jahre Holtzmann-Papier

Stuttgart (nl) – Die E. Holtzmann & Cie. AG, Weisenbachfabrik im Murgtal, einer der führenden Hersteller von Zeitungspapier in der Bundesrepublik, beging dieser Tage ihr 100jähriges Firmenjubiläum. Für 1983 rechnet das Unternehmen mit einem Umsatzanstieg von 4,5 Prozent auf rund 600 Mill. DM. Beschäftigt werden rund 1850 Mitarbeiter.

Brühl verteilt 12 Prozent

Brühl (VWD) – Die Verwaltung der Zuckerfabrik Brühl AG, Brühl, wird auf der Hauptversammlung am 9. Januar 1984 die Verteilung von 10 Prozent Dividende und 2 Prozent Bonus auf das Aktienkapital von 4,5 Mill. DM für das Geschäftsjahr 1982/83 vorschlagen. Damit würde, wie aus dem Bundesanzeiger hervorgeht, der gesamte Bilanzgewinn von 0,54 Mill. DM ausgeschüttet.

Schweizer Großauftrag

Zürich (SAD) – Ein Großauftrag für Siemens kommt aus der Schweiz: Die neuen Telefonzentralen der Schweizer Post sollen mit Produkten der Firmen Ericsson, Schweden, ITT, USA, und Siemens ausgerüstet werden. Die Umstellung auf die elektronische Technik wird die Schweizer Post pro Jahr rund 300 Mill. sfr kosten. Die Entwicklung wird 20 bis 30 Jahre dauern.

INTERFINANZ / 24 Betriebsverkäufe abgewickelt

Weiter Angebotsüberhang

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Mit der Zinssenkung zu Jahresbeginn sei zwar auch die Nachfrage nach Unternehmen wieder gestiegen. Doch die Kaufinteressenten seien immer noch wählerisch. So konnte der Angebotsüberhang aus der Zeit der Rezession auf dem Maklermarkt der Unternehmens- und Betriebsverkäufe 1983 noch nicht abgebaut werden. Die seit nun 25 Jahren in diesem Geschäft arbeitende Düsseldorfer Interfinanz GmbH fügt dieser Lageschilderung aus dem verschwiegenen Umfang der eigenen Aktivitäten immerhin die Auskunft hinzu, daß man 1983 denn doch noch etwa 24 (30) solcher Kauf-Fälle abgewickelt habe; vor zwei Jahren war diese Zahl noch um die Hälfte höher.

Für den Angebotsüberhang sorgen nach Interfinanz-Urteil weiterhin verkaufswillige Firmeninhaber aus einer breiten Palette von Wirtschaftszweigen. Die Maklerfirma spricht da sogar von einer „Entindustrialisierungswelle", die den Einstieg bei Service-Unternehmen begünstige und Engagements bei Fertigungsbetrieben vermeide. „Substanz gilt immer noch weniger als Ertrag." In einigen Fällen habe man finanzstarke Mittelstandsunternehmen nicht zum Kauf angeschlagener deutscher Kapitalgesellschaften überreden können: „Sie fürchteten, dadurch in die Zone der erweiterten Mitbestimmung zu geraten und zogen es daher vor, lieber in Amerika zu investieren."

Anhaltenden Nachfrageüberhang registriert Interfinanz nach Herstellern von Umweltschutzanlagen, Nahrungsmitteltechnologie, Feinchemikalien sowie Automobilzulieferern mit technisch anspruchsvollen Programmen, Banken im Inland und Zeitschriften- und Adreßbuchverlagen.

Mit den gesunkenen Zinsen und der Furcht vor einem neuerlichen Anstieg der Inflation erklärt Interfinanz die steigende Nachfrage von Vermögensverwaltungen nach Minderheitsbeteiligungen bis hinauf zu 100 Mill. DM Kapitaleinsatz. Klar bevorzugt werde dabei die Rechtsform der AG, einerseits wegen der leichteren Form des Wiederverkaufs und zum anderen, „weil die AG unter der dreifachen Kontrolle von unabhängigem Wirtschaftsprüfer, Aufsichtsrat und Finanzpresse steht".

THYSSEN / Verluste bei Stahl und Amerika-Tochter

Erstmals keine Dividende

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Erstmals seit Beginn der nun neunjährigen Stahlkrise kündigt der Branchenführer Thyssen AG, Duisburg, seinen 220 000 Eigentümern von 1,3 Mrd. DM Aktienkapital für 1982/83 (30. 9.) einen dividendenlosen Abschluß an. Die Vorjahre hatten wenigstens noch eine „Pflegedividende" von zuletzt 2 DM gebracht. Begründet wird der Dividendenausfall mit deutlichen Ergebnisverschlechterungen bei der Massenstahlgesellschaft Thyssen Stahl AG und bei der Thyssen Edelstahl AG sowie mit abermals „schwerer Belastung" aus der großen USA-Tochter The Budd Company. Positive Ergebnisse erzielte der Konzern nur bei seinen Töchtern Thyssen Industrie AG (Investitionsgüter) und vor allem Thyssen Handelsunion AG sowie bei der Mehrheitsbeteiligung Rheinische Kalksteinwerke GmbH.

Bei einer um 4 Prozent auf 137 500 reduzierten Beschäftigtenzahl gingen im Bereich Thyssen-Welt der Gesamtumsatz um 8 Prozent auf 35 Mrd. DM und der Außenumsatz um 7 Prozent auf 28,4 Mrd. DM zurück. Den stärksten Einbruch hatte der Massenstahlbereich mit einer Minderung des Gesamtumsatzes um 15 Prozent auf 7,9 Mrd. DM. Edelstahl sackte um 7 Prozent auf 2,8 Mrd. DM ab, der Handels- und Dienstleistungsbereich um 8 Prozent auf 15,2 Mrd. DM, während sich Investitionsgüter und Verarbeitung relativ gut bei 9,1 Mrd. DM (minus 2 Prozent) hielten.

Dem düsteren Abschluß führt der Vorstand Hoffnungsschimmer hinzu. Es gebe mittlerweile in wichtigen Industrieländern Zeichen der Konjunkturerholung von der in der ersten Hälfte von 1982/83 weltweit tiefsten Rezession. Mit „zum Teil sehr tiefgreifenden" Maßnahmen strebe der Konzern die Rückkehr zu einer stabilen Ertragslage an. Mit Nachdruck geschehe dies auch bei The Budd Company. Hier habe die amerikanische Konjunkturerholung bereits 1982/83 einen um 1 Prozent auf 1,2 Mrd. Dollar gestiegenen Umsatz gebracht.

Zurückhaltung am Aktienmarkt

Aber weiterhin Interesse für Maschinenpapiere

DW. – Der Aktienhandel stand am Wochenbeginn im Zeichen des weiter gestiegenen Dollar, höherer Zinsen, der schwächeren Wochenschlußbörse in New York und zunehmender internationaler Spannungen. Die Häufung negativer Faktoren vertrieb die Aktienkäufer, so daß die Gewinnrealisationen in den meisten Papieren zu leicht nachgebenden Notierungen führten. Kurseinbrüche, wie sie sonst in einer solchen Situation nicht selten sind, traten nirgends ein. In den in der Vorwoche „entdeckten" Maschinenbauaktien wurden die Meinungskäufe fortgesetzt.

Zu den bevorzugten Maschinenbauwerten zählten wiederum die Papiere von KHD, die sich um 7 DM auf 267 DM verbesserten. Dt. Babcock-Stämme zogen um 6 DM auf 191 DM an. Unter leichtem Druck lagen dagegen GHH-Stämme (minus 2 DM) – eine Reaktion auf die im Konzern entstandenen Verluste, die möglicherweise im laufenden Jahr die Ausschüttung noch weiter drosseln werden. Viel Stimmung wird zur Zeit für die Veba gemacht, deren Kurs sich um 1 DM auf 174 DM verbesserte. Bleibt es bei der Absicht, die jungen Aktien den Berechtigten nach dem 4. Vermögensbildungsgesetz zum Preis von 156 DM anzubieten, dürfte die Kursdifferenz für Stimulans sorgen.

Düsseldorf: Stinnes erhöhten um 30 DM auf 650 DM und Sternbräu um 5 DM auf 157 DM. Ravensberger Spinne stockten um 6 DM auf 166 DM auf und Rheintextil um 11 DM auf 233 DM. Nachgeben mußten Banning um 10 DM auf 910 DM und Heinrich um 5 DM auf 285 DM. Hagen Batterie verminderten um 2,50 DM auf 127,50 und Stoehr um 2 DM auf 66 DM. Bei den Versicherungen gaben Allianz Leben um 70 DM auf 3380 DM und Aggrippina Rück um 10 DM auf 590 DM nach.

Frankfurt: Rheinische Hypothekenbank blieben 494 DM plus 9 DM, Frankfurter Hypo 554 DM plus 9 DM, Hartmann- und Braun-Vorzüge 231 DM plus 8 DM, Deutsche Conti-Rückversicherung-Inhaberaktien 1340 DM plus 60 DM und Allianz Leben 3250 DM minus 145 DM.

Hamburg: Beiersdorf schwächten sich um 2 DM auf 347 DM und Phoenix Gummi um 1 DM auf 155 DM ab. Versorgungspapiere waren wenig verändert. So HEW bei 100 DM (plus 0,50 DM) und NWK-Vorzüre bei 174,90 DM (unv.).

München: Agrob Vz. verloren 9 DM auf 294 DM und Süd Chemie 5 DM auf 330 DM. Aufstocken konnten Audi NSU um 2 DM auf 264 DM und Dywidag um 2 DM auf 172 DM.

Berlin – Kempinski zogen um 6 DM und Berthold um 4,90 DM an. Orenstein konnten sich um 3 DM, Rheinmetall um 2,10 DM und DeTeWe um 2 DM verbessern. Schering gaben um 5 DM, DUB-Schultheiss um 3 DM, Herlitz Vorzüge um 2 DM und Dt. Hypobank Berlin um 1 DM nach. Scheidemandel wurden um 2 DM niedriger taxiert.

WELT-Aktienindex vom 5. 12.: 149,7 (150,5); WELT-Umsatzindex vom 5. 12.: 2961 (2495)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Tokio

Mailand

Wien

Zürich

Brüssel

Kopenhagen

Madrid

Hongkong

Singapur

Paris

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 5. 12.: 792 Optionen = 40 250 (31 050) Aktien, davon 105 Verkaufsoptionen = 5500 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-75/6, 1-80/3,40, 1-85/2,10, 4-75/11,40, 4-90/3,40, 7-80/12, Siemens 4-370/27,50, 4-390/12, 4-400/9,85, 7-400/21,80, Veba 1-170/5, 4-170/13, 4-160/21, 4-190/3,60, 7-170/17, 7-180/10,60, 7-190/6,20, BASF 1-150/16,50, 1-160/11,05, 4-170/11,40, 4-180/6,40, 4-190/3,10, 7-170/11,25, 7-180/10,40, Bayer 1-150/20, 1-156/17,50, 1-160/10, 1-166/8,40, 4-150/24,90, 4-160/18, 4-170/11,90, 4-180/6, 4-190/5,20, 7-180/10, Hoechst 1-134,50/44, 1-144,50/34, 1-170/11,40, 4-160/24, 4-200/4,50, 7-180/17,40, 7-190/14,60, VW 1-190/19,80, 1-200/12,40, 1-210/9, 1-220/3,50, 4-200/27,80, 4-210/20, 4-220/14,50, 4-230/8,50, 4-250/3,10, 7-220/23,30, 7-230/19, 7-250/11, 7-260/9, Conti Gummi 1-120/4, 4-120/10,50, 4-130/8, 7-120/16,50, Lufthansa St. 1-130/11,50, 4-120/27,7-140/15, Commerzbank 1-160/11, 1-170/3,80, 4-170/13, 4-180/8, 4-190/5, 7-170/20, 7-200/8, 7-210/4,05, Deutsche Bank 1-320/8,50, 1-330/1, 4-330/15, 4-340/10, 4-350/7, 4-370/4,50, 7-350/14,90, 7-380/7,85, Dresdner Bank 1-170/8, 1-180/3, 4-170/14,40, 4-180/11, 4-190/7,90, 7-170/21,20, 7-210/6, Hoesch 1-90/7, 1-95/4,50, 1-100/1,80, 4-90/12,60, 7-100/8, Mannesmann 1-130/5, 1-140/160, 4-130/12,10, 4-150/4,50, 7-140/10,90, 7-160/5,60, Preussag 1-270/10,15, 4-270/17,10, Thyssen 1-80/3, 4-85/4,50, 7-85/11, 7-95/3,50, BHF 7-280/28, Daimler 1-558,50/16, 1-568,50/160, Babcock St. 7-190/18,40, Degussa 1-350/21,20, 1-370/10, 7-360/30, Kali und Salz 7-220/6, Karstadt 1-290/14,60, Kloeckner 1-40/1, 4-40/3, 4-45/2,70, 7-45/5, Mercedes 1-600/51,25, 1-650/23,20, RWE St. 4-170/12,90, VZ 4-180/5, Chrysler 1-75/2,50, 4-75/7,10, SperryRand 4-120/4,90, Krox 1-120/12, Philips 4-40/3,50, Royal Dutch 4-130/5, Norsk Hydro 7-180/8. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-85/7, 4-85/8,60, 7-80/5,50, Siemens 1-370/3, Veba 4-170/4, Bayer 1-160/1,20, 4-170/3,90, 7-170/6, Hoechst 1-180/4, 7-180/6,50, BMW 4-410/9,40, VW 1-210/6,60, 4-200/5, 4-220/14, 4-230/22, 7-210/10, Conti Gummi 4-120/4,50, Commerzbank 4-170/6, Deutsche Bank 4-300/3,60, 4-320/6,70, Dresdner Bank 1-180/9, 4-180/14, Hoesch 7-95/5,50, Mannesmann 4-120/2,40, 4-130/5,85, 7-130/7, Thyssen 1-80/2,20, 4-75/2,60, Bayr. Hypo 4-380/9,40, Daimler 1-700/8, 4-700/15, 4-710/21, Karstadt 7-290/11, Mercedes 4-630/8, Alcan 4-100/5, Chrysler 1-75/3,50, 1-85/12, Sperry Rand 7-120/10, Philips 7-40/4,40. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.)

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 5. 12.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9½–9⅞	6¼–6⅜	4 –4¼
3 Monate	9⅞–10⅛	6¼–6⅜	4 –4¼
6 Monate	10 –10¼	6½–6⅝	4⅛–4⅜
12 Monate	10⅛–10⅜	6½–6⅝	4¼–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 5. Dezember folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1475,00	1795,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1190,00	1391,00
5 US-Dollar (Liberty)	455,00	609,90
1 £ Sovereign alt	256,00	314,64
1 £ Sovereign Elizabeth II	249,00	306,66
20 belgische Franken	197,00	251,94
10 Rubel Tscherwonez	265,00	329,46
2 südafrikanische Rand	250,00	306,66
Krüger Rand, neu	1117,00	1313,28
Maple Leaf	1117,00	1313,28
Platin Noble Man	1142,00	1341,78
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	271,00	340,86
20 schweiz. Franken „Vreneli"	207,00	264,49
20 franz. Franken „Napoleon"	202,00	254,22
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1032,00	1240,32
20 österr. Kronen (Neuprägung)	206,00	257,64
10 österr. Kronen (Neuprägung)	108,00	140,22
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	475,00	581,40
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	112,00	150,48

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

5. 12. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurse¹)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York²)	2,7252	2,7332	2,7042	2,67	2,76
London¹)	3,960	3,974	3,938	3,86	4,04
Dublin¹)	3,104	3,118	3,066	3,10	3,16
Montreal³)	2,1880	2,1960	2,1735	2,14	2,23
Amsterd.	89,220	89,440	89,33	87,75	89,75
Zürich	125,035	125,285	125,195	123,75	126,50
Brüssel	4,919	4,939	4,870	4,75	4,97
Paris	32,815	32,975	32,325	32,00	33,75
Kopenh.	27,620	27,740	27,49	26,50	28,50
Oslo	36,010	36,130	35,49	36,00	36,76
Stockh.**)	34,025	34,185	33,45	32,75	34,50
Mailand²) **)	1,649	1,659	1,612	1,60	1,70
Wien	14,174	14,214	14,189	14,00	14,32
Madrid**)	1,736	1,746	1,678	1,65	1,77
Lissabon**)	2,090	2,110	2,010	1,60	2,40
Tokio	1,1845	1,1875	–	1,12	1,18
Helsinki	46,840	47,040	45,90	45,75	47,50
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,751	2,805	–	2,10	2,90
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,475	2,494	–	2,43	2,53
Johannesbg.*)	2,2506	2,2685	–	2,13	2,38

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Zufuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der US-Dollar näherte sich weiter seinem bisherigen Jahreshöchststand und wurde mit 2,7292 amtlich notiert, wobei die Bundesbank 14 Mill. Dollar zum Ausgleich verkaufte. Auch im Freiverkehr trat sie als Verkäufer auf, ohne die Kursentwicklung umkehren zu können. Der höchste Tagespreis lag bei 2,7325. Der neuerliche Kursgewinn des US-Dollar ist unter dem Gesichtspunkt einer um 1,6 Mrd. höheren Geldmenge M1 und besonders unter der verstärkten amerikanischen Aggression gegen Syrien zu sehen. Schwach notierte die D-Mark auch gegenüber den übrigen amtlich notierten Währungen. Einen neuen Jahreshöchstkurs verzeichnete der Schweizer Franken mit 125,195 und, und der japanische Yen stieg auf den neuen absoluten Höchstkurs von 1,1660. US-Dollar in: Amsterdam 3,0580; Brüssel 55,41; Paris 8,3000; Mailand 1651,00; Wien 19,2190; Zürich 2,1800; Ir. Pfund/DM 3,111; Pfund/Dollar 1,4535.

Ostmarkkurs am 5. 12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Ausweitung der Geldmenge M1 führte am 5. Dezember zu stärkerer Nachfrage nach Dollar-Depots und zu höheren Terminabschlägen im Handel gegen D-Mark.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,95/0,85	2,55/2,45	5,17/4,97
Pfund/Dollar	0,10/0,12	0,26/0,30	0,52/0,56
Pfund/DM	1,70/0,30	3,60/2,20	6,70/5,30
FF/DM	28/18	62/47	130/114

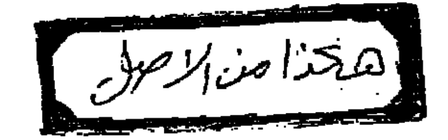
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 5. 12.: Tagesgeld 5,55–5,65 Prozent; Monatsgeld 6,35–6,50 Prozent; Dreimonatsgeld 6,35–6,50 Prozent.

Privatdiskontsätze am 5. 12.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 5. 12.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer: Ausgabe 1983/13 (Typ A) 6,30 (6,30) – 6,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,90 (7,60) – 10,00 (7,83). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,59) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,69) – 10,00 (8,08) – 10,00 (8,35) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 7,53. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 99,80, Rendite 8,05.



Bundesanleihen

Renten erneut nachgebend

Mit wenig Verständnis wurden von den Rentenhändlern die Konditionen der neuen Bundesanleihe (Rendite 8,34 Prozent) aufgenommen, nachdem schon die vorangegangene NRW-Anleihe (Rendite 8,4 Prozent) kaum Käufer gefunden hatte und inzwischen die Renditen weiter gestiegen sind. Öffentliche Anleihen gaben am Wochenbeginn um weitere 0,30 Prozentpunkte nach. Unter Abgabedruck lagen auch die DM-Auslandsanleihen. Hier fließen die Neuemissionen nur sehr zögernd ins Ausland ab. Der Pfandbriefmarkt blieb labil.

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	5. 12.	2. 12.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	88G	88G
7 dgl. Pf 2	99G	99G
F 7½ Bsbnk Pf 104	99,7G	99,7G
9 dgl. Pf 108	102,6G	102,6G
10 dgl. Pf 106	107,4G	107,4G
7 dgl. KS 132	94,5G	94,5G
8 dgl. KS 155	98,4G	98,4G
9 dgl. KS 169	102,05G	102,05G

Bundesbahn

		5. 12.	2. 12.
F 4 Abl. 57-	4/84	100,5G	100,5G
7½ Bdbahn 72	2/84	100,1	100,1G
8 dgl. 72	9/84	100,95	100,95
8¾ dgl. 76-	9/84	101,1	101,15
6 dgl. 76 III	11/84	99,5	99,5bG

Wandelanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsanleihen

Optionsscheine

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Einbußen verzeichneten am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Mit Ausnahme des unveränderten Dezember-Kontrakts ging Kupfer knapp behauptet aus dem Markt. Fester schlossen Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	2. 12.	1. 12.
Dez.	346,00	347,50
März	359,00	359,25
Mai	357,75	357,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	2. 12.	1. 12.
St. Lawrence 1 CW	231,72	232,70
Amber Durum	258,15	258,10

Hafer Chicago (c/bush)	2. 12.	1. 12.
Dez.	178,00	179,50
März	182,50	183,25
Mai	185,25	186,25

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	338,75	340,75
März	335,75	342,25
Mai	338,50	342,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	2. 12.	1. 12.
Dez.	129,10	129,70
März	132,80	133,60
Mai	133,20	133,70

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	2. 12.	1. 12.
Dez.	153,00	152,50
März	146,85	146,50
Mai	141,00	140,75

Kakao New York ($/t)	2. 12.	1. 12.
Dez.	2243	2204
März	2257	2216
Terminkontr. Mai	2264	2227
Umsatz	5206	4744

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	5. 12.	2. 12.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	400,58–402,96	400,22–402,59
Blei in Kabeln	119,25–120,25	119,25–120,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kupferpreis durch 18 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	5. 12.	2. 12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	369–380	368–379
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	414–416	416
MS 63	410–414	410–414

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	5. 12.	2. 12.
10.30	402,40	403,50
15.00	397,25	400,75
Zürich mittags	401,50–402,00	403,50–404,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	107 100	105 200
Silber (p/Feinunze) London Kasse	665,40	667,25
3 Monate	679,60	681,55
6 Monate	696,10	698,05
12 Monate	728,70	730,65

Platin (£-Feinunze) London	2. 12.	1. 12.
fr. Markt	277,15	276,35
Palladium (£-Feinunze) London l. Händlerpr.	106,80	108,35

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

	5. 12.	2. 12.
Aluminium (£/t) Kasse	1064,0–1065,0	1065,5–1066,5
3 Monate	1092,0–1092,5	1092,5–1093,0
Blei (£/t) Kasse	280,70–281,00	283,00–284,00
3 Monate	290,50–291,00	292,50–293,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	995,00–996,00	1002,0–1002,5
3 Monate	1018,5–1019,0	1025,0–1025,5
abends Kasse	–	997,00–998,00
3 Monate	–	1021,0–1021,5
(Kupfer-Standard) Kasse	978,00–978,50	980,00–982,00
3 Monate	1001,0–1002,0	1003,0–1005,0
Zink (£/t) Kasse	584,00–585,00	587,50–587,50
3 Monate	589,00–589,50	601,00–601,50
Zinn (£/t) Kasse	8580–8585	8565–8570
3 Monate	8808–8810	8800–8805
Quecksilber $/Fl.)	–	–
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	–

Braucht Füller und Farbband zum Leben: Fernsehautor Herbert Asmodi

Was hinter dem Brustbein passiert

Das Arbeitszimmer in seiner Münchener Wohnung ist für den vielbeschäftigten Autor zahlreicher Fernsehfilme und Theaterstücke der zentrale Ort seines Lebens. Denn ein Leben ohne „Füller und Farbband", wie Herbert Asmodi es nennt, wäre für ihn undenkbar. In diesem Raum mit seinen roten Wänden entstehen die Fernsehstücke, in denen Asmodi vor allem jenes Thema herausarbeitet, das schier unerschöpflich zu sein scheint und den Autor am meisten fasziniert: die Zerbrechlichkeit und Fragwürdigkeit menschlicher Beziehungen, der menschlichen Existenz schlechthin.

Wer die Stücke von Herbert Asmodi im Fernsehen gesehen hat, der kennt auch den Hang des Autors zu jener Art von Humor, die man als englisch bezeichnen würde. Er liebt die Ironie und die Selbstironie. So überrascht es nicht, daß er, nach seinen literarischen Vorbildern befragt, die englischen Autoren Aldous Huxley und Evelyn Waugh nennt. Mit den Büchern dieser beiden Schriftsteller kam er schon als Junge in Kontakt. Noch heute zählen Waughs „Eine Handvoll Staub" und „Wiedersehen mit Brideshead" zu seinen Lieblingsromanen.

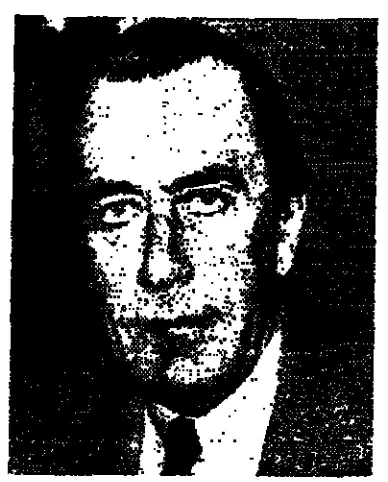
Seit mehr als 20 Jahren gehört Herbert Asmodi, der 1923 in Heilbronn zur Welt kam, zu den gefragtesten Autoren des Mediums Fernsehen. Seine Adaption der Romane des Engländers Wilkie Collins haben Millionen Zuschauer gesehen, jüngst brachte das ZDF die Serie „Konsul Möllers Erben". Zu Weihnachten sendet die ARD den Dreiteiler „Die ewigen Gefühle", den Asmodi nach einem Werk des Romanciers Bernard von Brentano schuf, und im ZDF steht ein Film über August den Starken auf dem Programm. Den August spielt Gert Fröbe. „Es ist natürlich sehr schwer, eine historische Gestalt wie August den Starken in 90 Fernsehminuten abzuhandeln", sagt Asmodi. „Ich habe deshalb gar nicht erst versucht, hier eine dokumentarisch getreue Figur zu entwerfen. Mein August ist eine Kunstfigur, der ich dramatisches Leben einzuhauchen versucht habe und mit deren Hilfe ich mich bemühe, bestimmte historische Zusammenhänge aufzuzeigen und menschliches Verhalten vorzuführen."

Sein Gespür für Dramatik hat Asmodi beim Theater gelernt, für das er vor allem in den 50er und 60er Jahren viel schuf. „Wenn es einem Autor nicht gelingt, innerhalb der ersten 10 Minuten eine Flamme zu entzünden, die auf die Zuschauer überspringt, und aus vielen Menschen eine eingeschworene Gemeinde, nämlich das Publikum, zu machen, dann hat das Stück versagt", meint Asmodi. Was aber bedeutet für ihn Dramatik? Ein klassisches Beispiel seien die „Szenen einer Ehe" von Ingmar Bergman. Zwei Menschen sitzen sich hier gegenüber, reden, streiten, lieben, leiden. „Da steckt doch wesentlich mehr Spannung drin als in den meisten Action-Filmen, die heute bei uns im Kino leider gang und gäbe sind, und die viel brennende Autos, Kugeln und Lärm brauchen, um überhaupt irgend etwas wie Spannung im Zuschauer zu erwecken." Dramatik sei vor allem das, was im Menschen selbst geschehe, was „hinter dem Brustbein passiert".

Seinen Hang zum Schreiben hat Asmodi schon in frühen Jahren entdeckt. Als 16jähriger verfaßte er einen Band mit Gedichten, dem er den Titel „Das Faustische Jahr" gab. „Da aber Gedichte bis an die Grenze des Offenbarungseides gehen und Lyrik die bei weitem unerbittlichste und absoluteste aller Literaturgattungen ist, habe ich mich ihr erst richtig wieder in den letzten Jahren zugewandt", sagt Asmodi.

Und natürlich schreibt er zur Zeit auch an neuen Fernsehstücken. Diesmal auch an einem Original-Asmodi unter dem Motto „Eine sentimentale Reise". Meist aber legen ihm die Fernsehanstalten Werke anderer Autoren zur Bearbeitung vor, die Asmodi dann „auseinanderpflückt, knetet, formt und wieder neu zusammensetzt". Er versuche aber, trotz aller schöpferische Freiheit, mit der er an die Stoffe anderer Schriftsteller herangehe, die Seele dieser Werke zu bewahren. Und er habe noch nie einen Roman behandelt, sagt er stolz, an dem ihm nicht selbst etwas gelegen habe. „Es ist völlig unvorstellbar für mich, mich an ein Buch zu setzen und es umzuformen, an dem mir nicht selbst etwas gelegen ist. Es muß ein Funke zwischen mir und dem Werk entstehen, sonst ist alle Mühe vergeblich."

MARGARETE v. SCHWARZKOPF



Hat eine Schwäche für Ironie: Herbert Asmodi (60) FOTO: G. W. BACHERT

KRITIK

Imbißbude statt Speisewagen

Achtundzwanzig Stunden ohne richtige dunkle Nacht: der **„Lapplandpfeil"** (ARD) von Malmö nach Narvik ist unterwegs auf seiner 2230 Kilometer langen Strecke nach Norden. Einmal kein Film um einen Luxuszug, sondern um ein sehr demokratisches Verkehrsmittel, dessen Speisewagen eher eine rollende Imbißbude darstellt, dessen Publikum sich zum guten Teil aus jener „Rucksack-Internationale" zusammensetzt, die an der schwedisch-norwegischen Grenze wilde, unverbrauchte Landschaft sucht.

Die Strecke ist eingleisig, die Landschaft karg, ein Julihimmel, der nach November aussieht, hängt über dem Ganzen. Aber Roman Brodmann und sein Team sind unterwegs ausgestiegen und haben sich umgesehen. So hört man die schwedischen Protestsongs gegen Wildwasser-Regulierung, sieht unsäglichen Lappland-Ersatz in einem Museum und erlebt vor allem eine bisher unbekannte Seite der Stahlkrise:

Kiruna, wichtiger Stop des „Lapplandpfeils", flächenmäßig die größte Stadt der Welt (aber mit nur 26 000 Einwohnern) wird immer kleiner, weil niemand mehr das Erz haben will, von dem die Stadt lebt. Neue Häuserzeilen und Hochhäuser stehen leer, und im benachbarten Svappavaara gelang den Filmmachern eine Einstellung, die sehr überzeugend die Situation schildert: Im kalten Wind wehen die Reste der Kabel, an deren Buchsen die Arbeiter der Erzgruben ihre abgestellten Autos zwecks Beheizung während der Schicht anschlossen.

EBERHARD NITSCHKE

Großer Titelanspruch

Die Hand, die die Wiege bewegt, regiert die Welt", weniger poetisch: Leben, Verhalten, Glück und Unglück, oftmals auch Karriere eines Menschen werden in seiner Frühkindheit geprägt – wir bemühen uns um Verständnis für den Autor des ZDF-Reports, der sich treffsichere Beweise und kräftige Beispiele für diese Titel-These ersparte. Denn allzu anerkannt und unbezweifelt ist sie mittlerweile – jedenfalls im Grundzug. Und doch mag es nicht schaden, sie zu wiederholen, mit adventlich-hoffnungsfrohen Bildern aus SOS-Kinderdörfern, am Rande das Elend anderswo, untermalt mit dem Kommentar, daß auch (oder gerade) die Wohlstandsgesellschaft unzählige Gegengeschädigte verbuche.

Allerdings erlaubten wir uns auch zu hoffen, daß die verschiedenen, nicht unumstrittenen Möglichkeiten skizziert würden, wie die Wiege bewegt werden kann, wenn die natürlichen Eltern fehlen. Hier wäre wohl auch Platz für manch spannende Kontroverse gewesen. Und unbedingt hätte es sich gelohnt, ein paar einschlägige Experten aus Psychologie, Pädagogik und Medizin vor die TV-Linse zu komplimentieren, aus deren Kreis eine Hanna-Renate Laurien gewiß ebensowenig stammt wie der (nicht nur wegen seines romanischen Mama-Enthusiasmus) überaus sympathische italienische Staatspräsident. So geriet die Sendung mit dem großen Titelanspruch mehr oder weniger zu einer farbigen, rundum verdienstreichen Reportage über Hermann Gmeiners weltumspannendes Werk der Kinderdörfer.

HERMANN A. GRIESSER

ARD



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Die Welt der Vicki Baum (1)
Die Goldenen Schuhe
11.05 Das Traumschiff
12.10 Gesundheitsmagazin Praxis
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.05 Zum 80. Geburtstag
Evelyn Waugh
1903–1966
Porträt des englischen Satirikers
Von John Selwyn Gilbert, Reiner E. Moritz
Am 28. Oktober dieses Jahres wäre Evelyn Waugh 80 Jahre alt geworden. John Selwyn Gilbert und Reiner E. Moritz zeichnen ein Porträt des wohl größten englischen Satirikers im 20. Jahrhundert.
17.00 Was ist was?
Mit Professor Heinz Haber
8. Die Eisenbahn
18.20 Alpha 5
Eine Computer-Spiel-Show
18.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
Heiteres Beruferaten mit Robert Lemke
21.00 Monitor
Berichte zur Zeit
Themen: Endstation Obdachlosenasyl – Bürger ohne Wohnung, ohne Arbeit / Angriffsziel Computer – Sabotage aus Angst oder als Protest? / Militarisierung des Luftraums – Wie die Flugsicherung in der Bundesrepublik geändert werden soll / Drogen nach München – Waffen nach Istanbul – Graue Wölfe und türkische Rauschgift-Mafia
Redaktion: Gerd Ruge
21.45 Dallas
Liebesdienst
22.30 Tagesthemen
23.00 Noch lieben die Götter Singapur
Ein Tag mit einer chinesischen Straßenoper
Film von Bernd Fischerauer
23.55 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Schönheitschirurgie
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mandara
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Horea Crishan mit „Jingle Bells"
17.50 Alles mit Musik
Neues Quiz von und mit Hans Rosenthal und Edda Moser, dem Horst-Jankowski-Quartett und sechs Kandidaten
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Konferenz der Tiere (4)
19.00 heute
19.30 Der Mann von Suez
Vierteiliger Fernsehfilm von Jacques Robert
2. Lesseps wird Berater des Vizekönigs
21.00 heute-journal
21.20 Folgen einer Pleite
Im Sommer 1981 machte die traditionsreiche „Kammgarnspinnerei Kaiserslautern" Konkurs. Mehr als 600 Mitarbeiter wurden entlassen. Eine von mehr als 8000 Pleiten im Jahr 1981. In der Reportage wird an einigen Beispielen das Schicksal von Arbeitnehmern geschildert, die durch den Konkurs der Kammgarnspinnerei ihren Arbeitsplatz verloren. Noch heute sind etwa 120 von ihnen ohne Arbeit – meist Frauen und Ungelernte.
22.05 Apropos Film
Von Helmuth Dimko und Peter Hajek
u. a. vorgesehen: Berichte über die beiden Bachmeier-Filme
22.50 Der besondere Film
Schlangengift
Tschechoslow. Spielfilm, 1981
00.15 heute





Vladka (Ilona Svobodova) will ihrem alkoholkranken Vater (Josef Vinklar) helfen – „Schlangengift", ZDF, 22.50 Uhr FOTO: HIPP

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Geometrie (25)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Länder – Menschen – Abenteuer
Albanien – kommt man denn da überhaupt rein?
21.00 Weltreise (7)
Berichte aus Südamerika, Japan, Indien und Australien
21.45 Revier auf der Schippe
Kabarettistisches und Kulturpolitisches aus dem Ruhrgebiet
Film von Susanne Schettler
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Deutschlandbilder
Eine ganze Menge Leben
Konstantin Wecker – Liedermacher mit Wirkung
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Mit Weltenbummlern unterwegs (7)
Papuas und Pyramiden
19.00 Weltwunder der Technik
19.30 Das Jahr im Garten
20.00 Tagesschau
20.15 Die Sprechstunde
Das psychiatrische Krankenhaus
21.00 Schauplatz: Mapimi-Wüste
Das Revier der Sonnenflüchter und Nachtjäger
21.45 Sport III extra
Sportler für den Frieden – Frieden durch den Sport?
22.30 Das schwarze Kabinett
Sheila
US-Spielfilm, 1973
0.25 Letzte Nachrichten

HESSEN

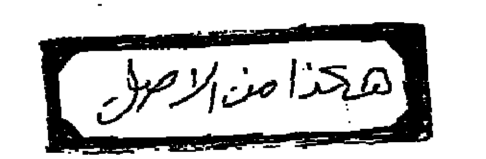
18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
18.55 Paddington
19.00 Herrchen gesucht
19.30 Jeder kann für sich was tun
20.00 Tagesschau
20.15 Zwischen Vaterlandsliebe und Fremdenhaß (1)
Zum Beispiel: Österreich
21.00 Drei aktuell
21.15 Th. Fontane (8):
Effi Briest

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
19.25 Nachrichten
20.15 S 3 – Kinokalender
20.15 Sportmagazin
20.15 Kulturspiegel
21.00 Der Sternenhimmel im Dezember
21.15 Nächstes Jahr, selbe Zeit
Regie: Robert Mulligan
23.10 Avanti! Avanti! (11)

BAYERN

18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rundschau
19.00 Wege
19.30 Sagst was'd magst
20.15 Bergauf – bergab
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
21.45 Z. E. N.
21.50 Die Schwättler
22.35 Im Gespräch
23.35 Rundschau





Nicht voll genommen

gas – Welcher Teufel mag wohl den Rektor der Essener Gesamthochschule, Gentsch, geritten haben, als er in seinem Vortrag zur Amtseinführung extensiv aus dem Text eines Kollegen zitierte, ohne die Passagen als Zitat kenntlich zum machen? Gentsch ist anerkannter tüchtiger Chemiker und ein guter Organisator. Als Festredner fühlte er sich offenbar auf fremdem Parkett, wollte sich die lästige Aufgabe so schnell wie möglich vom Halse schaffen. Aber die bewußten Gänsefüßchen hätte er natürlich markieren müssen.

„Plagiat", rufen nun frohlockend seine Gegner. Das Gros der Professoren steht dagegen wie ein begossener Pudel da. War man doch froh gewesen, mit Gentsch endlich einmal keinen linken Sprücheklopfer, sondern einen soliden Arbeiter im Weingarten des Herrn zum Rektor zu haben. Und nun dieses.

Jedoch, gibt es auch keine Entschuldigung, so vielleicht doch eine plausible Erklärung für das Verhalten des Chemikers. Er hat das Zitat zum Thema „Chemie und Leben – Vom Reiz der Erkenntnis" aus einer Broschüre der Chemischen Industrie genommen, die an allen möglichen Orten ausliegt und deren Inhalt beinahe als geistiges Allgemeineigentum gelten kann. „Für einen Vortrag vor den Notabeln unserer Gesamthochschule reicht das allemal aus", mag sich der Professor gedacht haben. „Schließlich geht es nicht um Fachfragen, sondern um öffentliches Geschwätz."

Die jetzt so laut nach Gentschs Rücktritt rufen, sollten sich ruhig einmal an die eigene Nase fassen. Sie haben die öffentliche Rhetorik in ihrer Gesamthochschule so sehr mit vorgestanztem Blech vollgestellt, daß ein solider Chemiker sie einfach nicht mehr für voll nehmen konnte.

Hamburg: Schönberg-Abend der Staatsoper

Künstlertraum von Liebe

An diesem Abend schien die gesamte Menschheit auf dem Plane zu sein. In farblose Gewänder gehüllt, in Kostüm, Reifrock, Arbeitskluft oder Sträflingshabit, kroch, schlurfte und rollte sie über den immer wieder mit farbigen Scheinwerferspots dramatisch erhellten Bühnengrund der Hamburgischen Staatsoper: eine Riesenschar von Verfolgten, in die Gaskammern Getriebenen, ein düsteres Corps de ballet aus toten und lebenden Seelen.

Der dunkle Teppich aus Menschenleibern gab die Folie ab für das Wagnis, zwei nicht für die Oper konzipierte Stücke und ein echtes Bühnenwerk Arnold Schönbergs szenisch zu koppeln: die späte Kantate „Ein Überlebender aus Warschau", den Oratorien-Torso „Die Jakobsleiter" und das frühe Musikdrama „Die glückliche Hand". Mehr als dreihundert Statisten und Choristen waren von der Hamburgischen Staatsoper aufgeboten worden für den knapp eineinhalbstündigen Abend, der für den Komponisten wie für seinen hochkompetenten Sachwalter Christoph von Dohnanyi zu einem deutlichen Triumph wurde.

Von Schönbergs Virtuosität in den kompositorischen Mitteln und seinem starken moralischen Impetus zeugte an diesem Abend am schlüssigsten die als Introduktion gewählte, 1947 entstandene Kantate „Ein Überlebender aus Warschau": erschütternder Bericht eines Augenzeugen über die Greuel der Nazis, die die polnischen Juden aus dem Getto in die Gaskammern trieben. Großartig gelungen ist hier die kühne Verquickung nicht nur dreier Sprachebenen (das Englisch des Erzählers, die deutschen Kommandos des Feldwebels und das Hebräische des „Schema Yisroel"-Chorgesangs), sondern auch dreier Ausdrucksschichten.

Das Orchester, als hochempfindlicher Verkünder von Schrecken, Sadismus und Glaubensmut, führte die Verwandlung dodekaphonischer Erfindungen in heftigste Empfindungen gemeinsam mit dem glänzend „deklamierenden" Günter Reich so eindringlich vor, daß man auf die immerhin dezent gehaltene Inszenierung im Grunde hätte verzichten können.

Als heikler stellte sich für den Regisseur Peter Mussbach die Inszenierung des Einakters „Die glückliche Hand" dar, jenes 1912 nach der „Erwartung" entstandenen Bühnenwerks, in dem Schönberg den Kampf des Künstlers um Liebe und Anerkennung und seine Niederlage in der Art eines futuristischen Gesamtkunstwerks darzustellen versuchte. Denn nicht nur den Text hatte er selbst ersonnen, sondern seiner Partitur auch penibelste Bewegungs- und Licht-Vorschriften beigefügt, die außergewöhnliche Phantasie und Stilwillen erfordern.

Mussbachs Versuch, gewiß nicht unintelligent im Ansatz und bewußt antihistorisch gehalten, hatte die Tendenz, ins Kunstgewerbliche, ins Verkrampfte abzurutschen. Was der Musik, die sich aus spätromantischen Klangwirkungen bereits aufregend in die freie Atonalität hebt, allerdings keinen Abbruch tat. Ein arges Handikap allerdings, daß man den Chor nicht verstand: Eine der Premiere vorgeschaltete Lese-Aufführung hätte zum Verständnis dieses und der anderen Werke enorm beitragen können.

Zur Trilogie rundete sich der Abend mit dem an Rigorosität und musikalischem Reichtum kaum zu überbietenden „Jakobsleiter"-Fragment, das bisher nur im fernen Santa Fé szenische Aufführungen erlebt hat. Wie immer man zu dem abermals von Schönberg selbst gedichteten Text stehen mag, der dunkel und etwas ungefüge alttestamentarisches, anthroposophisches und mystisches Gedankengut und Ideen von der Seelenwanderung bündelt, so ist diese Gottessuche auf der Himmelsleiter an der Hand des Erzengels Gabriel musikalisch von imponierender Wucht, die jedoch die Grenzen einer szenischen Realisation deutlich macht.

Vieles hatte da zwar zupackende Kontur, manches allerdings, wie Tapezierleiter und Regenbogen, Boot und Erdball, auch etwas zu aufdringliche, choreographisch unbewältigte Symbolik. Dem hohen Rang und der historischen Bedeutung der Werke entsprach der couragierte Einsatz Christoph von Dohnanyis, der die vorzüglichen Sänger und die Philharmoniker mit Leidenschaftlichkeit und Präzision führte.

KLÄRE WARNECKE

Carlos Sauras Film „Zärtliche Stunden" lief an

Realität in den Köpfen

Wenn es eine Überraschung in diesem Kinojahr gab, dann war es Carlos Sauras Film „Carmen". Noch heute, Monate nach seinem Start, ringeln sich in vielen Städten Schlangen vor den Kinokassen – was bei uns ja eine Seltenheit geworden ist. Da ist es zu begrüßen, daß jetzt auch Sauras früherer Film, „Zärtliche Stunden" aus dem Jahre 1981, zu sehen ist. Denn er zeigt, daß „Carmen" nicht ganz unvermittelt aus dem Schatten Sauras trat, sondern daß dort Formen und Inhalte aufgegriffen wurden, die den Regisseur schon seit längerer Zeit beschäftigen.

Saura hat dem unmittelbaren politischen Engagement entsagt. Das dürfte damit zusammenhängen, daß der Zwang zur Chiffre während der Franco-Zeit fortgefallen ist. Sauras bohrendes Fragen nach der Familie und der Rolle des einzelnen in ihr wirkt heute mehr als private Seelenerforschung denn als Kritik an der spanischen Tradition. Daß er dennoch nicht loskommt von diesem Thema, ist ein deutlicher Hinweis darauf, wie stark sein Werk in seinem eigenen Leben und seinem Wesen verwurzelt ist.

Gewonnen hat Saura an künstlerischer Sensibilität. Für sein stupendes Vermögen, die Fantasie des Zuschauers für die Wirkung eines Films einzuspannen, gibt es heute nur wenige Parallelen. Bei „Carmen" und „Zärtliche Stunden" die gleiche Kraft: Saura zeigt die unüberschaubare Vielschichtigkeit des Lebens und demonstriert beklemmend, daß Realität wirklich erst in den Köpfen der Menschen entsteht, die sie erleben und erleiden. Spielerisch wechselt er die Ebenen von Wirklichkeit und Illusion – so diese überhaupt voneinander verschieden sind.

„Zärtliche Stunden" handelt von Juan (Inaki Aierra), einem Mann in seinen Vierzigern, der versucht, seine Mutter zu verstehen, lange Jahre nachdem sie (mit seiner Hilfe) Selbstmord begangen hat. Wer war sie, Täter oder Opfer, Mutter oder inzestuös nach ihm verlangende Geliebte? Und da ist die junge Schauspielerin, Ebenbild der Mutter (und deshalb von der gleichen Schauspielerin gespielt) Assumpta Serna), mit der Juan als Mann nun wieder den gleichen Zwiespalt wie als Junge erlebt – und im gleichen Zwiespalt der Gefühle landet.

Auch die Frage, die Juan in „Zärtliche Stunden" umtreibt, ist die gleiche wie die des Antonio in „Carmen": Wer ist die ideale Frau? Und wie in „Carmen" versucht Saura, in der gleichen sinnbetörenden Weise eine Antwort zu finden: indem er Spiel und Wirklichkeit von Vergangenheit und Gegenwart, Obsession und Illusion in einen großen Reigen zieht, so daß einem entweder die Sinne schwinden oder der Entschluß wächst, sich im Kopf seinen eigenen Film zu machen und die vielen Rätsel ganz für sich zu lösen.

SVEN HANSEN

Im Zeichen des geflügelten Löwen: London beschwört den Geist Venedigs mit seiner Malerei

Der Kavalier posiert vor den Ruinen

Im Winter erst entfalte Venedig seinen vollen Reiz: So preisen besonders empfindsame Kenner. In diesem Winter sollten sie auch an die Themse pilgern. Hier zelebriert die Londoner Royal Academy mit kluger Opulenz das goldene 16. Jahrhundert der Lagunenstadt mit 300 Gemälden, Zeichnungen, Graphiken und Skulpturen.

Es ist eine Ausstellung für alle Herzen. Ein reines Fest der Augen mit dem Trio Tizian, Veronese und Tintoretto, das diese malerischste aller italienischen Malschulen in der Hochrenaissance beherrschte. Doch auch der Spezialisten Hirne werden gefordert mit kniffligen Fragen der Zuschreibung. Unbekanntere Talente kann man hier entdecken, und die Maler der Lagunenstadt selbst können mit denen des venezianischen Festlandes verglichen werden.

Die politische Situation der „Serenissima" wird anfangs kurz illustriert. Ihren Glanz verkörpert Carpaccios geflügelter Löwe, der die „terra ferma" betritt und so den Anspruch der Republik zu Wasser und zu Lande bekräftigt. Daß die stolze Republik sich im 16. Jahrhundert kräftig ihrer Haut nach West und Ost zu wehren hatte, dokumentieren gleich mehrfache Darstellungen der Schlacht von Lepanto im Jahre 1571, da sie zwar die Türken besiegte, aber den schwerwiegenden Verlust von Zypern hinnehmen mußte.

Verglichen mit ihren italienischen Rivalen Florenz oder Rom aber war die Republik noch gut dran. Die Meister im Handelsgeschäft rühmten sich immer noch des höchsten Einkommens pro Kopf in Europa. Künstler, die sich nicht von einem Fürstenhof oder dem Klerus hereinreden lassen wollten, konnten sich deshalb kein besseres Ambiente wünschen als die Stadt am Meer, in der die reichen Bürger ihre Fortune in den schönen Künsten feierten.

Einige der schönsten Fragezeichen nicht nur der venezianischen Kunstgeschichte werden gleich anschließend an die historische Einführung in der Royal Academy versammelt. Von Giorgione, der das Jahrhundert mit seinen poetischen, von traumhafter Atmosphäre durchströmten Bildern am entscheidendsten beeinflußt hat, gibt es nur eine Handvoll gesicherter Werke, die nicht ausgeliehen werden. In London sind dafür einige Werke zu sehen, die dem bereits mit



Mit Kunst den Ruhm der „Serenissima" vermehrt: „Venus und Adonis" von Veronese, aus der Londoner Ausstellung FOTO: ROYAL ACADEMY

32 Jahren an der Pest gestorbenen Maler lange zugeschrieben wurden. Sie werden von Arbeiten des jungen Tizian und des Sebastiano del Piombo flankiert, die heute als ihre Schöpfer gelten. Der große Augenfänger ist hier das monumentale Gemälde „Salomons Urteil", das zum ersten Mal frisch gereinigt in der Öffentlichkeit zu sehen ist. Im Jahre 1820 wurde es auf Rat Lord Byrons als Giorgione von dem englischen Sammler William Bankers gekauft und hängt heute noch in dessen ehemaligem Landhaus Kingston Lacey.

Während hier Kunsthistoriker hochkarätige Detektivarbeit leisten können, erwartet sie im Hauptsaal eine gesicherte Augenweide mit Bildern Veroneses, der den Luxus der Lagunenstadt wie kaum ein zweiter in sinnliche Farben und goldenes Licht übersetzt hat, und dem sein Jahrhundert dominierenden Tizian: Hier ist zu sehen und ungehemmt zu genießen, wie er seine Palette in den Nuancen von Grau und Schwarz bei den Porträts streng blickender Patrizier zügelt. Wie er die Bildoberfläche bei mythologischen Szenen mit lichtgetränkten Pigmenten zum Glühen bringt und dann wieder in seinem Alterswerk die Farben ganz im Gefühl, in der Expression, aufgehen läßt. Bis zu seinem Tode arbeitete er noch an dem Bild „Die Schindung des Marsyas", das aus der Tschechoslowakei geliehen wurde. Tizian hat sich selbst in dieser ganz in Brauntönen gehaltenen Szene als nachdenklichen König Midas konterfeit.

Großartig behauptet sich neben diesen Größen der Porträtist Giovanni Battista Moroni. Ein scharfäugiger Psychologe, erweist er sich auch als exquisiter Kolorist: Sein „Kavalier in Rosa", den er vor dem Memento Mori einer silbergrauen Ruine posieren läßt, nimmt bereits künftige Velazquez-Töne vorweg.

In diesem köstlichen Wechselbad von Bekanntem und Entdeckungen bietet die Royal Academy anschließend den wohl frappierendsten Raum mit den Bildern von Lorenzo Lotto. Dieser eigenwilligste aller venezianischen Künstler packt heute wohl unsere Phantasie am meisten. Ein Einzelgänger, der ruhelos umherreiste und schließlich im Kloster von Loreto starb, war er inmitten der heiteren, selbstbewußten Kunst Venedigs durch seine Intensität suspekt. Von allerlei hintergründigen Gedanken scheinen seine Figuren bewegt. Erschreckter ob des unerhörten göttlichen Ansinnens war kaum je eine Maria als in seiner „Verkündigung". Mit der hier zu sehenden „Mystischen Hochzeit der Katharina" hat er seinen Hauswirt in seiner glücklichsten Zeit in Bergamo bezahlt. Wo Lotto allerdings wahrscheinlich eine Ansicht von Bergamo in den Fensterausschnitt malte, klafft heute eine leere Leinwand. Bereits fünf Jahre nach Vollendung des Bildes soll sie ein französischer Soldat säuberlich als Souvenir herausgeschnitten haben.

Aus dem damals zu Venedig gehörenden Bergamo stammen auch zwei Maler, die hier miteinander konfrontiert werden: Palma Vecchio, der in Tizians Fahrwasser die üppigen aschblonden Schönen Venedigs mit Vorliebe entblößt feiert, und Giovanni Cariani, der die samtene Palette Venedigs mit einem Blick für ungewöhnliche Details mit einem kernigeren direkteren Zugriff verbindet. So auch Jacopo Bassano, der hier nachdrücklich mit seinen in realistisch bäuerliche Umgebung versetzten Szenen der heiligen Familie vertreten ist.

Den Schlußpunkt liefert Tintoretto mit seinen in die Tiefe getriebenen Kompositionen und dramatisch intensivierten Farben. Auch hier kann England einen Fund beisteuern: Seine riesenformatige „Fußwaschung", die Anfang des 19. Jahrhunderts in das Städtchen Newcastle-upon-Tyne geriet, hat sich kürzlich erst als Original bestätigt.

Welche Skulpturen Venedigs Connaisseurs in ihren Palazzi aufstellten, dokumentieren die sanften Marmor-Madonnen, imposante Porträtbüsten und die zahlreichen Bronzefigürchen, unter denen offensichtlich Andrea Riccios satyrische Späße besonderen Anklang gefunden haben. Tullio Lombardos hingebungsvolles Marmorpaar „Bacchus und Ariadne" aber verkörpert hier am bezauberndsten die Poesie des venezianischen Jahrhunderts (bis zum 11. März, Katalog 7,90 Pfund).

HEIDI BÜRKLIN

Museumsaustausch Bonn und Eindhoven

Heimstatt für die Wilden

Dirk Stemmler ist ein bedauernswerter Mann. Der Direktor des Bonner Kunstmuseums verfügt ohne Zweifel über die beste Sammlung deutscher Kunst nach 1945, nur ausstellen kann er sie bestenfalls aphoristisch. Das Museum, das man seit 20 Jahren verspricht – manchmal auch Bundeskunsthalle oder Geistig-kulturelles Zentrum genannt –, das gibt es noch immer nicht. Welch ein Glück für Bonn, daß der Direktor des Eindhovener Van-Abbe-Museums, Rudi Fuchs, die Idee hatte, doch einmal die Museumssammlungen auszutauschen.

Dieser Austausch ist natürlich recht einseitig geworden. Während die Bonner in Eindhoven selber staunend einmal ihre eigenen Schätze bewundern durften, kann Eindhoven in den Bonner Rathaus-Hinterzimmern nur Auszüge von dem präsentieren, was man eigentlich zu bieten hat.

Das Van-Abbe-Museum ist erst kurz vor dem Zweiten Weltkrieg als Stiftung eines Privatmannes gegründet worden. Und dieser unglückliche Zeitpunkt hat die Sammeltätigkeit bestimmt. Während des Krieges und in den ersten Jahren danach waren weder Geld noch Gelegenheit vorhanden, zeitgenössische Kunst im breiteren Rahmen zu erwerben. Um so erstaunlicher ist es, daß aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts doch eine Reihe qualitätvoller Arbeiten die Sammlung schmücken. Namen wie Braque oder Delaunay, Kandinsky oder Kokoschka, Mondrian oder Leger, Maholy-Nagy oder Vasarely dokumentieren zumindest Aspekte jener Kunstentwicklungen, die wir längst als klassische Moderne bezeichnen. Der Schwerpunkt der Eindhovener Sammlungen aber liegt eindeutig bei der europäischen Kunst nach 1960. Und hier wiederum wird die Sammlung immer dichter, je näher sie der Gegenwart kommt.

In Bonn hat man sozusagen retrospektiv ausgestellt. Eine Reverenz vor dem deutschen Gastgeber: Ouvertüre mit den deutschen „Wilden". Die Eindhovener haben früh auf diese Karte gesetzt. Entsprechend ist das, was sie aus diesem Bereich anzubieten haben, erste Wahl. Lüpertz, Immendorf, Kiefer, Penck, Baselitz – so dicht und dezidiert dürfte man das kaum in einem deutschen Museum finden.

Problematischer wird das schon, wenn man die Sammelbereiche Minimal-art und Concept-art betrachtet. Die Eindhovener haben natürlich auch Amerikaner einbezogen, aber ihr Augenmerk bleibt aufs Europäische bezogen. Einen Namen wie Richard Serra zum Beispiel wird man vergeblich suchen. Oder auch bei den Künstlern, die man unter „privater Mythologie" zusammenfaßt, wie Ed Kienholz zum Beispiel, ist in Eindhovens Sammlung merkwürdige Zurückhaltung festzustellen. Die Pop-art hat ebensowenig Freunde wie der abstrakte Expressionismus.

Solche Einschränkungen muß man bei einer Würdigung der Eindhovener Sammlungen in Kauf nehmen. Dafür verfügt das Museum dann wieder über Glanzstücke wie einige Gemälde von Asger Jorn (an denen man übrigens erkennen kann, daß auch die „Wilden" ihre Väter haben). Und dafür hat man in Eindhoven auch einen Blick für Außenseiter wie den ironisierenden Reinier Lucassen oder den Niederländer Ger van Elk, der die Realität ad absurdum führt. Vieles bekommt man in anderen Sammlungen nicht zu sehen. Eindhoven hat keinen national eingeengten Blick.

Was bei der Bonner Präsentation kaum zu durchschauen ist: Das Van-Abbe-Museum sammelt und stellt antithetisch aus. Das gibt Spannungen zwischen den einzelnen Sammelgruppen her. In Bonn zerfällt das ein bißchen in Einzelheiten. Gastgeber sein ist eben schwer, wenn man kein Dach überm Kopf hat.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Zu Gast aus Eindhoven: „Matrose mit Gitarre" von Jacques Lipchitz (1917/18) FOTO: KATALOG

Meister der Foto-Dramaturgie: A. Eisenstaedt

Bilder, die man kennt

Augenzeuge unserer Zeit" heißt eines seiner Bücher. „Kamerazeuge" wäre genauer. Denn Alfred Eisenstaedt hat unsere Welt und unsere Zeit immer durch den Sucher seiner Kamera gesehen. Und das mit einer Konsequenz, die erstaunen läßt. Eisenstaedt wagte sich an jedes Thema. Aber die Menschenbilder hat er immer bevorzugt. Aufnahmen von Prominenten finden sich in seinen Alben neben den Photos von Unbekannten. Der Mensch ist ihm nie nur Staffage, er ist ihm Ausdruck für Zeit und Ort. Man sieht den besten seiner Bilder an, wann sie aufgenommen wurden. Nicht weil sie altertümlich wirken, sondern weil sie auf alle gestellte Zeitlosigkeit verzichten und sich ganz auf ihre Gegenwart konzentrieren.

Wenn man die Bücher Eisenstaedts zur Hand nimmt, dann wundert man sich, wie viele Bilder man davon schon gesehen hat. Man kennt die schüchtern selbstbewußte Marlene Dietrich im Frack, den recht steif in einem Korbstuhl dem Bildhauer Thorak Modell sitzenden Max Schmeling oder Gerhart Hauptmann in Goethe-Pose beim Strandspaziergang auf Hiddensee. Berühmt wurde Eisenstaedts Bild von Joseph Goebbels bei der Völkerbundversammlung 1933 in Genf, der dem Photographen abwehrend unwillig entgegenblickt, und er überraschte Joseph Beuys im Guggenheim-Museum, als er sich einmal nicht in Szene setzte.

Eisenstaedts Bilder gehorchen einer einfachen Dramaturgie. Sie dramatisieren nicht, blähen das Ereignis nicht auf, heben die Stars aus Kunst und Politik nicht aufs Podest. Sie halten einfach jenen Augenblick fest, den Lessing im „Laokoon" als den „fruchtbaren" definierte. Ähnlich ist es mit dem Bildaufbau. Das Wichtige steht in der Mitte, ohne alle Mätzchen, aber auch nicht ohne jene Ausgewogenheit der Komposition, die dem Bild Halt und Spannung gibt.

Alfred Eisenstaedt, der heute vor 85 Jahren im westpreußischen Dirschau geboren wurde und seit 1906 in Berlin lebte, gehört, wie der fünf Jahre (und sechs Tage) ältere Felix H. Man, zu den Photographen, die Ende der zwanziger Jahre den neuen Bildjournalismus kreierten. Und wie die meisten dieser Männer verließ auch er 1935 Deutschland. In New York gehörte er dann zu den vier Photographen, die die Kernmannschaft von „Life" bildeten. Mehr als 80 Titelblätter und fast 2000 Reportagen hat er für die Zeitschrift aufgenommen.

Seine Aufträge führten ihn in alle Welt. Nur nicht nach Deutschland – bis 1979. Aber das hatte nichts mit irgendwelchen Ressentiments zu tun. Als man ihn fragte, warum er erst 44 Jahre nach seiner Emigration und 34 Jahre nach Kriegsende wieder nach Deutschland kam, antwortete er: „Niemand hat mich dort hingeschickt."

PETER DITTMAR

JOURNAL

80-Millionen-Minus im Schallplattengeschäft

rr. Bonn

Die Talfahrt der Langspielplatte geht weiter. In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden 7,5 Millionen LPs, d. h. 14 Prozent weniger, abgesetzt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Zwar kamen die Singles und deren jüngste Version, die Maxi-Single, noch auf ein Plus von 19 Prozent, doch der Single-Trend brachte der Phono-Industrie nur 30 Millionen Mark ein, während die Umsatzeinbuße bei den LPs 110 Millionen Mark beträgt. Insgesamt wurden 1983 drei Millionen weniger Tonträger verkauft als 1982, ein Minus von 28 Prozent. Die Krise trifft mit einem Verkaufsminus von 15 Prozent besonders die klassische Platte. Ein weiterer Trend: Die Compact-Disc etabliert sich. Von März bis September wurden 500 000 CD-Platten verkauft. Die Musik-Kassetten kamen auf ein leichtes Plus von vier Prozent.

Jugoslawische Historiker scharf kritisiert

rst. Zagreb

Zwei führende Funktionäre des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Josip Vrhovec und Stipe Suvar, haben die Historiker des Landes beschuldigt, die Geschichte zu verfälschen: Sie erklärten, viele Historiker wollten in ihren Arbeiten beweisen, daß sich in Jugoslawien „keine Revolution ereignet hat oder es besser wäre, wenn sie sich nie ereignet hätte". Vrhovec fügte hinzu, daß in einigen Büchern der letzten Zeit die Persönlichkeit Marschall Titos in grober Weise „kompromittiert und verfälscht" werde. In anderen Arbeiten würde das Verhalten der Kommunisten während des Zweiten Weltkrieges und in den ersten Jahren nach der Machtübernahme kritisiert. Damit würden die Verdienste der Partei herabgesetzt.

Ausstellung über die Sankai-Juku-Gruppe

DW. München

Der Sankai-Juku-Gruppe von Ushio Amagatsu, die jüngst in der Bundesrepublik auftrat (s. WELT v. 13. 9. 83), ist eine Ausstellung der Münchner Galerie Dürr gewidmet. Sie zeigt Fotografien von Alexandra Paszkowska, die die Butô-Tänzer, die sich als Gegenbewegung zur traditionellen japanischen Tanzkunst verstehen, nicht auf der Bühne, sondern auf einer Rasenfläche vor dem weiten Horizont des Meeres oder in Felsen aufgenommen hat. Die Ausstellung dauert bis zum 23. Dezember. Zugleich erschien ein Bildband „Butô-Tanz" von Alexandra Paszkowska bei Schirmer/Mosel (120 S., 50 Farbtafeln 39 Mark).

Photokinathema 1984 ist „Das gedruckte Photo"

DW. Köln

„Das gedruckte Photo" ist das Hauptthema der Bilderschauen der Photokina, die 1984 vom 10. bis zum 16. Oktober stattfinden wird. Neben einer „Geschichte des gedruckten Photos" werden sich weitere Ausstellungsteile mit der „Bildreportage heute", dem Foto in der Werbung und in der Trivialkunst beschäftigen. Außerdem präsentieren sich deutsche Fotozeitschriften mit „Entdeckungen".

Kurt Guggenheim tot

AP/dpa, Zürich

Der Schweizer Schriftsteller Kurt Guggenheim ist in Zürich, wo er nach längeren Aufenthalten in Frankreich, Holland und England seit 1930 lebte, im Alter von 87 Jahren gestorben. Er galt als Bewahrer der realistischen Erzähltradition und verfaßte Romane, Erzählungen, Theaterstücke, Hörspiele und Drehbücher zu mehreren Schweizer Filmen. Zu den Werken des Schriftstellers, der aus einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Zürich stammte, gehören der Roman „Riedland", „Wilder Urlaub", „Wir waren unser vier", der vierbändige Zürich-Roman „Alles in Allem". Im Januar soll der dritte Band seiner Tagebuchnotizen von 1925 bis 1980 erscheinen, an dem er zuletzt arbeitete.

Platte: C. Katsaris spielt Liszts Transkription von Beethovens Neunter

Wie ein Horn auf dem Klavier klingt

Alle anderen Sinfonien Ludwig van Beethovens hatte Franz Liszt bereits aufs Klavier übertragen – da geriet seine Transkriptions-Arbeit beim Chor-Finale der Neunten unvermutet ins Stocken. „Nach vielerlei Hinundherprobieren stellte sich mir die Unmöglichkeit eines gewissermaßen befriedigenden und wirksamen Arrangements des vierten Satzes für zwei Hände unwegleugbar und deutlichst heraus", schrieb Liszt 1864 an seinen Verleger.

Schließlich machte sich Liszt doch noch ans Werk – was dabei herauskam, war allerdings bis zur Unspielbarkeit schwierig, so daß die Pianisten mehr als hundert Jahre lang einen großen Bogen um die Transkription der Neunten machten.

Jetzt nahm sich, erstmals in der Schallplatten-Geschichte der Franzose Cyprien Katsaris des Werkes an (Teldec 6.42956). Das Risiko einer Live-Aufführung will allerdings nicht einmal er auf sich nehmen. Wer die Platte gehört hat, versteht warum: ein kompletter Chorsatz in der rechten Hand, rasende Oktav-Ketten im Baß, dazu ein begleitendes Mittelstimmen-Geflecht – man kann eigentlich nur ahnen, was dieses Chor-Finale pianistisch bedeutet.

Dieser akrobatische Aspekt an Katsaris' Interpretation wäre sicher nur von anekdotischem Wert, wenn dem Franzosen nicht der Nachweis gelänge, daß sich auch Instrumentalfarben auf dem Klavier wiedergeben lassen, daß ein Horn und eine Bratsche nicht nur im Orchester, sondern auch auf einem Tasteninstrument verschieden klingen können. Wie er etwa das Streicher-Flirren im ersten Satz spielt – da fragt man sich unwillkürlich, ob denn da wirklich nur ein Flügel im Aufnahmeraum stand. Selbst im langsamen dritten Satz, der von instrumentalen Farbkontrasten lebt, ist Katsaris' Spiel jede Sekunde aufregend und mit Spannung erfüllt.

Einige Transkriptionen finden sich auch auf der zweiten neuen Katsaris-Platte mit lyrischen Stücken Edward Griegs (Teldec 6.42925). Der Franzose spielt offenbar vor allem deshalb Klavier, um die Ausdrucksgrenzen des Tasteninstruments zu sprengen. Es gelingt ihm auch hier, Stimmungen zu malen, Klangimpressionen zu entwerfen. Katsaris spielt Grieg mit extremen Tempi und subjektiv bis an die Grenze der Willkürlichkeit. Aber bei einem weniger persönlichen Interpretationsstil klängen die wunderbaren Klavier-Miniaturen auch entschieden langweiliger.

STEPHAN HOFFMANN

Für fünf Minuten gab's im All nur deutsche Töne


Verstanden sich prima: Minister Heinz Riesenhuber ...


... und sein Gesprächspartner Ulf Merbold an Bord von „Columbia".

DIETER THIERBACH, Köln

„Ulf Merbold, are you there." Minister Heinz Riesenhubers erste, einleitende Frage erzeugte atemlose Spannung. Kommt er, oder kommt er nicht? Er kam. Und wie ... „Dann sprechen wir jetzt in Deutsch weiter, Roger", tönte Ulf Merbold aus dem All und hatte die Lacher auf seiner Seite.

Was bei der europäischen Pressekonferenz am vergangenen Donnerstag wegen eines schaltungstechnischen Fehlers so gründlich danebengegangen war (s. WELT vom 2. 12.), verlief gestern Vormittag wie am Schnürchen.

Im Informationszentrum der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt vor den Toren Kölns ging gerade ein Vortrag von Professor Feuerbacher über Spacelab und seine Mission zu Ende. Wißbegierige Schüler, Hausfrauen, die mal eben schnell auf einen Sprung vorbeischauten und sieben Bundeswehrsoldaten vom nahegelegenen militärischen Teil des Flughafens, warteten auf Ulf Merbold. „Noch zwei Minuten", wird dem Wissenschaftler zugeflüstert.

Szenenwechsel: Pünktlich um 11.20 Uhr wurden die WDR-Studiotüren geschlossen. ESA-Mann Willy Brado war „auf dem Sender" und kündigte die Live-Übertragung an! Der Bundesminister für Forschung und Technologie konnte voll einsteigen.

Er erkundigte sich zunächst, ob Merbold unter dem Problem der Schwerelosigkeit zu leiden habe. „Wir sind vollständig angepaßt und fühlen uns pudelwohl", versicherte der Astronaut. Die Verständigung zwischen beiden „Sprechstellen" war klar, ähnlich wie bei einem über Satellit geführten Überseegespräch. Die Techniker waren sichtlich erleichtert: Nach jeweils fünf Sekunden „Schaltpause" lief der Dialog wie im Bilderbuch.

Als außergewöhnliches Entgegenkommen der amerikanischen Raumfahrtbehörde wurde gewertet, daß sich Chemiker Riesenhuber und Physiker Merbold in deutscher Sprache unterhalten durften. Entgegen dem allgemeinen Funkreglement ist die englische Sprache sonst zwingend vorgeschrieben.

Damit geriet allerdings auch die große Schar ausländischer Beobachter im Pressezentrum ins Schwimmen. Die Simultanübersetzungsanlage war nicht in Betrieb. Auf den Gesichtern spiegelte sich blanke Ratlosigkeit ob der nie gehörten Töne aus dem All.

Der Minister wollte wissen, wie es mit den Reparaturen der verschiedenen bordeigenen Geräten aussähe. Merbold bestätigte, daß man in fast allen Fällen aus eigener Kraft und dem Einsatz von Fantasie die aufgetretenen Fehler habe beseitigen können. Heinz Riesenhuber konstatierte: „Wir brauchen also einen Mann an Bord, weil ein Automat nicht alles machen kann." Ulf Merbold darauf: „Bei allen Experimenten auf dem Neuland der Flüssigkeitsphysik hat sich eindeutig gezeigt, daß ein Mensch mehr leisten kann als jede Maschine."

Der Minister bekräftigte seine Auffassung einer „Herausforderung für Wissenschaft und Industrie", die einmaligen Bedingungen des Weltraums für den Fortschritt zu nutzen.

So wie im Weltraumlabor Spacelab müsse auch die künftige Partnerschaft mit Amerika in der Weltraumforschung aussehen. „Ich bitte Sie, Ihre Partner zu grüßen und wünsche Ihnen weiterhin einen guten Flug und einen guten Erfolg", verabschiedete sich der Minister schließlich vom Landsmann im All.

Wohl den wenigsten dürfte aufgefallen sein, daß Ulf Merbold während der vergangenen fünf Minuten etwas verändert aussah: Das wissenschaftliche Bodenkontrollpersonal in Houston hatte ihm ausnahmsweise zugestanden, sich für die TV-Übertragung „fein" zu machen: Byron Lichtenberg und er müssen an sich ständig einen „Heiligenschein" aus zahlreichen Elektroden und Meßfühlern tragen. Die anfallenden medizinischen Daten werden zur Erde übermittelt und geben Aufschluß über das aktuelle Befinden. Ulf Merbold durfte diesen Kopfschmuck mit ausdrücklicher Genehmigung der Bodenkontrollstelle in Houston für seinen Fernsehauftritt abnehmen.

Französische Boutiquen verkaufen Rat und Tat

Neue Zentren sollen die Wissenschaft an den Bürger bringen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Im technologisch-industriellen Weltbild der französischen Sozialisten spielt die innige Verflechtung von Technologie und Kultur, von Forschung und Allgemeinbildung eine große Rolle. Der Mensch könne sich, so versichern ihre Theoretiker, nur aus der Sklaverei der Unwissenheit und damit der „Ausbeutung" befreien, wenn er an der Spitze des technologischen Fortschritts mitmarschiere, wenn er die Welt der Computer und Mikroprozessoren zu der seinen mache und in seiner ganz persönlichen Kultur aufgehen lasse.

Dieser hohe Anspruch war Gegenstand eines einwöchigen Symposiums, das unter Vorsitz des inzwischen abgelösten Industrieministers Chevenement schon im letzten Sommer Forscher und Lehrer in Paris zusammenbrachte. Jetzt liegt ein erstes praktisches Resultat dieser Initiative vor: Die Franzosen können sich künftig in sorenannten „Wissenschafts-Boutiquen" ganz persönlich über technische und wissenschaftliche Probleme informieren und darüber hinaus deren Hilfe zur Lösung eigener Probleme in Anspruch nehmen.

Sieben solcher Boutiquen funktionieren bereits in Frankreich, verteilt über die regionalen Metropolen Paris, Lille, Rennes, Lyon, Grenoble, Straßburg und Marseille. Sie sind mit jungen Wissenschaftlern besetzt, die sich acht Stunden am Tag den Anrufern stellen.

Ein fertiges Angebot muß bezahlt werden

„Wir sind Vermittler", sagt eine junge Frau in der „Wissenschaftsboutique" der Pariser Jussieu-Universität. „Wer ein Problem hat, trägt es uns vor, und wir sagen ihm, an wen er sich zu seiner Lösung zu wenden hat. In Ausnahmefällen intervenieren wir direkt. Sehr sorgfältig prüfen wir die Ernsthaftigkeit und Zuverlässigkeit des Antragstellers. Das kann ein Student sein, aber auch ein Unternehmer oder ein gemeinnütziger Verein. Denen machen wir dann ein fertiges Angebot. Es muß bezahlt werden, während Auskünfte gratis sind."

Die Einrichtung hat sich in ihrer einmonatigen Existenz als außerordentlich beliebt erwiesen. Einige treiben Unfug damit und fragen an, wie man eine undichte Wasserleitung im Badezimmer instandsetzen kann, offenbar inspiriert von der schon sprichwörtlichen Faulheit französischer Klempner. Aber es gibt auch Züchterverbände, die wissen wollen, wo sie mit ihren Abfällen hinsollen und ob man sie nicht als Dünger verwerten kann. Industrielle, die sich wegen Lärmschutzes oder Luftverunreinigung beunruhigen, Rentner, die Auswirkungen einer neuen Hochspannungsleitung auf ihren TV-Empfang befürchten. Den Bauern, der wissen möchte, ob Fehlwürfe seiner Kühe auf die Wasserverschmutzung durch eine neue Fabrik in der Nachbarschaft zurückzuführen sind. Der Mensch kommt zur Wissenschaft, und die Wissenschaft verläßt ihren Elfenbeinturm und kommt zum Menschen.

Richtungweisend ist ein Zentrum in Nizza

Diesem hehren Ziel dienen auch neue Wissenschaftsmuseen, die, ähnlich den „Kulturhäusern" des sozialistischen Kulturministers Jack Lang, überall wie Pilze aus dem Boden schießen. Richtungweisend betätigt sich hier ein Zentrum in Nizza, das neben einer Wissenschaftsboutique ein Planetarium zur Himmelsforschung, ein „Exploratorium" für ganz persönliche wissenschaftliche Experimente, ein Meeres-Observatorium und eine „Mediathek" zur Information über Massenkommunikation enthält.

An anderen Orten entstehen, je nach ihrer geographischen Bestimmung, Zentren zur Meeresforschung, zur Tierforschung, zur Fischereiforschung oder, auf den Antillen etwa, zur Zuckerpflanzenforschung. Bald wird sich niemand mehr auf seine „Allgemeinbildung" berufen können und in Pantoffeln steckenbleiben. Der Weg zur nächsten Wissenschaftsboutique und damit höheren Erkenntnis wird immer kürzer.

Fall Heineken: 20 Verdächtige wieder frei

B. RADKE, Amsterdam

Von den ursprünglich 26 Verdächtigen, die kurz nach der Befreiung des entführten niederländischen Konzernchefs Alfred Heineken (60) und seines Chauffeurs Ab Doderer (57) festgenommen worden waren, saßen gestern noch sechs Männer und eine Frau in Amsterdamer Untersuchungshaft. Die Fahndung nach drei Hauptverdächtigen, die sich möglicherweise mit einem erheblichen Teil des Lösegeldes nach Spanien abgesetzt haben, geht mit Hilfe von Interpol weiter. Das spanische Fernsehen hat der Bitte der holländischen Justiz entsprochen und Fotos dieser drei Männer ausgestrahlt. Sie heißen Wim Holleeder (25), Cornelis van Hout (26) und Frederik Meijer (30). Alle Personen, die mit dem Verbrechen in Zusammenhang gebracht werden, sind miteinander mehr oder weniger eng verwandt. Sie gehören ausnahmslos zu jenem spezifisch Amsterdamer Milieu, das mit der Bezeichnung Unterwelt nur ungenau getroffen wird. Es handelt sich nicht um Berufsverbrecher, sondern um dubiose „Geschäftsleute" mit einem Hang zu teuren Autos, Pferderennen und luxuriösem Lebensstil.

Busunglück: 21 Tote

dpa, Bogotá

Bei einem Verkehrsunfall in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá sind am Wochenende 21 Menschen, darunter acht Kinder, ums Leben gekommen. Der Bus war mit hoher Geschwindigkeit gegen einen Baum geprallt und in Brand geraten.

Beben in Japan

AP, Tokio

Der Südwesten Japans ist in der Nacht zum Montag von einem Erdbeben erschüttert worden. Das Beben, dessen Epizentrum östlich von Kiuschu lag, ereignete sich um 2.53 Uhr (MEZ) und erreichte die Stärke 5,2 auf der Richterskala. Nach dem Beben wurde für die Küstenprovinzen vorübergehend eine Springflutwarnung gegeben.

Tiger zerriß Dompteur

AP, Leer

Ein 34 Jahre alter Dompteur ist in Logabirum bei Leer von einem seiner Tiger angefallen und getötet worden. Der Dompteur hatte in Logabirum sein Winterlager aufgeschlagen. Beim Training habe ihn einer der Tiger angesprungen und zerfleischt.

Millionen abgepumpt

SAD, Faslane

Mehreren bislang nicht näher identifizierten Zivilisten ist es gelungen, im streng bewachten schottischen U-Boot-Stützpunkt Faslane über mehrere Monate hinweg unbemerkt Millionen Liter Dieselöl „abzumelken" und auf dem schwarzen Markt zu verkaufen. Das Londoner Verteidigungsministerium gab zu, daß der Schaden sich auf 24 Millionen Mark beläuft.

Trüffel-Eis

dpa, Pordenone

Die bereits nahezu endlose Reihe der italienischen Eissorten ist um zwei Varianten bereichert worden. Trüffel- und Steinpilz-Eis sind die neuesten Herbst-Schöpfungen der italienischen Hersteller. Vorgestellt wurden sie auf einer internationalen Ausstellung von Eisprodukten in Pordenone.

Unwetter im Süden

AP, Saloniki

Nach viertägigen schweren Schnee- und Regenfällen haben die griechischen Behörden gestern vier Regionen in Nordwestgriechenland zu Notstandsgebieten erklärt. Nahe der griechisch-bulgarischen Grenze, wo bis zu zwei Meter Schnee gefallen sind, werden sechs Menschen vermißt. Einige Dörfer sind durch Schneeverwehungen von der Umwelt abgeschnitten.

Dollar aus Deutschland

DW. Bonn

Durch einen Übertragungsfehler wurde die Harvard-Universität um einige Millionen gebracht. Der Hoechst-Konzern beteiligt sich nicht, wie gestern berichtet (Rentechnologie – die große Stunde der kleinen Tiere), mit 50 Millionen Mark, sondern mit 50 Millionen Dollar an Forschungsprojekten der Elite-Hochschule.

ZU GUTER LETZT

„Mit zwei Klappmessern durch Raum und Zeit". Ankündigung einer Tanzveranstaltung in einem Berliner Künstler-Café.

Zu viele Fehler bei der Herzdiagnostik?

US-Studie: Nur jeder zweite Herzinfarkt wird erkannt

JOCHEN AUMILLER, München

Jeder zweite Herzinfarkt bleibt unerkannt. Diese alarmierende Schlußfolgerung zieht E. J. Zarling aus seiner Studie im Baptist Memorial Krankenhaus von Memphis (US-Bundesstaat Tennessee). Zarling hat die Krankengeschichten von 100 Patienten studiert, die in diesem akademischen Lehrkrankenhaus verstorben waren. Nur 53 Prozent der tödlichen akuten Infarkte waren schon zu Lebzeiten der Patienten erkannt worden.

Diese Studie, veröffentlicht im amerikanischen Ärzteblatt, zeigt, wie wenig sich die Diagnostik des Herzinfarktes in den letzten 45 Jahren verbessert hat, trotz all der medizintechnischen und laborchemischen Fortschritte. Entsprechend früheren Berichten wurden 1938 nur 65 Prozent, 1948 57 Prozent, 1957 69 Prozent und 1959 61 Prozent aller akuten Herzinfarkte erkannt.

Woran liegt dies? In erster Linie an der großen „Streubreite" der klinischen Symptomatik. Das klassische Bild vom Herzinfarkt mit stechendem Schmerz hinterm Brustbein, in den linken Arm ausstrahlend, tritt keineswegs regelhaft bei jedem auf. Nachprüfungen der klinischen Beschwerden ergaben bei den 100 Memphis-Toten, daß 27 uncharakteristische Störungen hatten, etwa Magendrücken, Herzrhythmus-Unregelmäßigkeiten, Wasseransammlung in der Lunge (Lungenödem) oder auch nur ausgeprägte Schwäche.

Bei 17 Patienten standen ganz andere Beschwerdebilder im Vordergrund, wie Schlaganfall oder geistiger Leistungsabfall. Diese Leitsymptome ließen offenbar gar nicht den Verdacht aufkommen, daß gleichzeitig auch ein massiver Herzschaden vorliegen könnte. Und wenn der Verdacht aufkeimte, wurden die Ärzte manchmal von den Laboruntersuchungen im Stich gelassen. Die Enzymmessungen, aus denen das Absterben von Herzmuskelzellen indirekt abgelesen werden kann, fielen negativ aus, was soviel wie „alles in Ordnung" bedeutet.

Die Ärzte sollten, so warnt Zarling, die Laborgläubigkeit nicht zu weit treiben. Vor allem aber gelte es, bei atypischen Beschwerden viel häufiger als bisher an einen Herzinfarkt zu denken.

Die letzte Forderung zielt auf die wohl wirksamste Qualitätskontrolle der Ärzte: die Sektion, also die Leichenöffnung. Je höher die Sektionsrate, um so mehr können die Ärzte lernen: was übersehen wurde, was nicht so lief wie im Lehrbuch vorgesehen, oder was man an diagnostischen Maßnahmen noch hätte versuchen, aber auch unterlassen können. Der Pathologe G. D. Lundberg trifft wohl mit seinem Bonmot ins Schwarze: „Laßt uns aufhören, unsere Fehler zu begraben."

LEUTE HEUTE

Brandanschlag

Der weltbekannte französische Modeschöpfer **André Courrèges** ist Opfer baskischer Terroristen geworden. Unbekannte legten im Sommersitz von Courrèges in den Pyrenäen Feuer. Das Gebäude brannte völlig aus. Der Modeschöpfer war allerdings zur Zeit des Anschlags in Paris. Er beklagte vor allem den Verlust seines persönlichen Mode-Archivs.

Roß-Kur

Alison Greenway hat seit ein paar Tagen einen „Drahtverhau" im Mund, in dem ein halbes Jahr lang jede überflüssige Kalorie hängenbleiben soll. Die 19jährige Britin ließ sich von ihrem Zahnarzt Ober- und Unterkiefer so eng mit Drahtschlaufen verbinden, daß sie nicht mehr kauen kann.

Alle kannten Lulu

Auch so wird man berühmt: der britische Popstar Lulu brachte jetzt das Kunststück fertig, sowohl die britische als auch die israelische Grenze ohne Papiere zu passieren. Die zusammen mit Ehemann **John Frieda** und Sohn **Jordan** (6) reisende Sängerin hatte ihren Paß in London verloren. Ihre treuherzige Erklärung „Ich bin doch Lulu" erweichte sowohl auf dem Londoner Flughafen Gatwick als auch auf dem von Urlauberjumbos benutzten Militärstützpunkt Ovda bei Eilat die Beamten.

Für Falco büffeln Polizisten Deutsch

AP, New York

Die mit der Überwachung der Parkanlagen im Osten des Staates New Jersey beauftragte Polizei muß sich seit Wochen einem weiteren Aufgabengebiet widmen: Zumindest drei Beamte aus Wayne, einem Ortsteil der nahe New York gelegenen Gemeinde Passaic, büffeln derzeit Deutsch. Grund für diesen Lerneifer ist ihr neuer – vierbeiniger – Kollege. Falco, ein zweijähriger Schäferhund, folgt nämlich nur deutschen Kommandos und hat bisher nicht das geringste Interesse gezeigt, Englisch zu lernen.

Einige Bürger der Gemeinde betrachten den Kauf des Schäferhundes denn auch als Geldverschwendung – allerdings auch deshalb, weil Falco zum Teil mit Mitteln erstanden wurde, die zum Kauf einer kugelsicheren Weste gespendet worden waren.

Polizeichef James Iandoli sieht das jedoch anders. Falcos großer Vorteil sei sogar, daß er wegen seiner mangelnden Englischkenntnisse Befehle von Fremden nicht höre. Der Polizeichef hat nach eigenen Angaben in den vergangenen Wochen über Büchern gehockt und rund 70 deutsche Wörter wie „Achtung", „Faß", „Sitz", und „bei Fuß" gelernt.

Gegner der Hunde-Investition kritisierten, daß die Behörde ein Tier von der Einheit zur Bekämpfung von Rauschgiftvergehen oder vom Bombenkommando hätte ausleihen und für das gespendete Geld eine kugelsichere Weste hätte kaufen können. Iandoli konterte, daß sich seine Beamten nicht sehr wohl in solchen Westen, dagegen aber in Begleitung eines guten Hundes sicher fühlten. Zudem bescheinigte er Falco, sich bereits im Dienste der Polizei bewährt zu haben. Das Tier soll vor allem bei der Suche nach vermißten Kindern eingesetzt werden und die Sicherheit der Polizei in den für die Behörde zuständigen rund 650 Hektar großen Parkanlagen gewährleisten.

Die schönste Stadt der Welt wird zu einem heißen Pflaster

Flut von Verbrechen verändert das Leben in Rio de Janeiro / Soziale Ursachen

WERNER THOMAS, Rio de Janeiro

Die „Ratos de Praia" (Ratten des Strandes) von Rio werden immer raffinierter. Die Tageszeitung „O Globo" berichtete kürzlich über die neueste Masche: Die Räuber, die in einem Handtuch eine Pistole versteckt halten, zwingen männliche Touristen ins Wasser. Dort müssen sie ihre gute Badegarderobe ausziehen und erhalten dafür eine billige Unterhose.

Rio de Janeiro, oft als die schönste Stadt der Welt apostrophiert, ist mittlerweile wohl auch die gefährlichste. In keiner anderen Metropole geschehen so viele Verbrechen. Seit 1980 wurden im Großraum Rio (etwa acht Millionen Einwohner) mehr als 2500 Menschen jährlich ermordet. Täglich gibt es mindestens einen Banküberfall, und die Passagiere von fast 100 Bussen werden abkassiert: Geld, Uhren, Schmuckstücke. Wie eine Meinungsumfrage ermittelte, haben 77 Prozent der Bevölkerung Angst, ihre Wohnung zu verlassen. 36 Prozent sind schon einmal Opfer eines Verbrechens geworden, 6,5 Prozent gar viermal.

„Man kann nicht vorsichtig genug sein", sagt ein Vertreter des deutschen Generalkonsulates im Bezirk Botafogo, bei dem sich jene Bundesbürger melden, denen der Paß gestohlen wurde oder größere Geldsummen. Besonders während der Karnevalszeit hat der Konsul viel zu tun: „Vier bis fünf Fälle wöchentlich."

Es handelt sich meist um Touristen, die eine fundamentale Verhaltensregel mißachten: Keine Wertgegenstände zum Strand mitnehmen. Der Konsul warnt sogar Frauen davor, unechten Schmuck zu tragen, der wie echt aussieht. Am besten geht man ohne Schmuck, ohne Uhr und mit wenig Geld aus dem Hotel. Und wenn ein Tourist einmal unter die „Ratos de Praia" fällt, empfiehlt es sich, keinen Widerstand zu leisten. So ist vor zweieinhalb Jahren ein amerikanischer Lufthansa-Steward in Copacabana erschossen worden, als er einen Räuber verfolgte, der seiner deutschen Kollegin eine Kette vom Hals gerissen hatte.

Die großen Strandhotels wie das Intercontinental und das Nacional in São Conrado beschäftigen Sicherheitsbeamte mit Ferngläsern und deutschen Schäferhunden. Die Hotels warnen ihre Gäste, nicht die Buslinie 553 zwischen São Conrado und dem Stadtteil Leme zu benutzen, weil hier die Wahrscheinlichkeit eines Überfalls besonders groß ist.

Die „Cariocas", die Einwohner dieser Stadt, bauen ihre Wohnungen zu Festungen aus: Alarmanlagen, Schlösser, Gitter. Die besseren Apartments in Copacabana, Ipanema und Leblon sind mit Fernsehkameras ausgerüstet. Sicherheitsbeamte prüfen jeden Besucher. Während die Wirtschaft in eine Rezessionsphase geriet, boomt die Branche der Sicherheitsindustrie. Wachhunde finden reißenden Absatz. Die Wartezeiten für Karate- und Schießkurse dauern mitunter mehrere Monate. Hausbesitzer mieten lieber Wohnungen, weil sie sich da sicherer fühlen.


In der Stadt am Fuße des Zuckerhuts geht die Angst um: In Rio erstarb selbst das Nachtleben. FOTO: WILHELM KNÜTTEL

Das einst so pulsierende Nachtleben existiert nicht mehr. Die Leute gehen früher als sonst schlafen. Nach 22 Uhr ignorieren die Autofahrer gewöhnlich das Rotlicht der Ampeln, weil sie vermeiden wollen, beim Anhalten überfallen zu werden. Besonders Ipanema und Leblon, die schicksten Gegenden, haben an Flair verloren: Die Angst geht um.

Zwischen Ipanema und Leblon wurden Anfang der sechziger Jahre Wohnblöcke für ärmere Familien gebaut. Viele dieser Leute sind heute arbeitslos. Die Jugend lebt von Überfällen. Ähnlich ist die Situation in São Conrado, weiter im Süden gelegen, wo einige der luxuriösesten Hotels stehen.

„Das Problem hat soziale Ursachen", gesteht der General Waldyr Miniz, der überforderte Sicherheitsdirektor der Stadt. „Wir müssen auch die Ursachen bekämpfen." Solange das Land jedoch durch eine schwere Wirtschaftskrise taumelt und die Zahl der Arbeitslosen in den untersten Bevölkerungsschichten bis zu 70 Prozent beträgt, wird Rio seinen zweifelhaften Ruf wohl nicht verlieren.

WETTER: Wolkig

Wetterlage: Der Ausläufer eines Tiefs über Finnland zieht über Deutschland hinweg nach Südosten.

Deutscher Wetterdienst 5. Dezember 1983, nachm.

Vorhersage für Dienstag:

Gesamte Bundesrepublik: In der Nordhälfte wechselnd wolkig und vereinzelt Schauer, im höheren Bergland als Schnee. Sonst zunächst stark bewölkt und zeitweise Niederschlag. Dabei Glättegefahr. Im Tagesverlauf von Nordwesten her Übergang zu wechselnder Bewölkung und einzelne Schauer. Am Alpenrand Stau. Tageshöchsttemperaturen um 5 Grad. Tiefsttemperaturen um 0 Grad.

Weitere Aussichten:

Vorübergehend Wetterberuhigung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	3°	Kairo	22°
Bonn	3°	Kopenh.	5°
Dresden	1°	Las Palmas	21°
Essen	6°	London	6°
Frankfurt	–1°	Madrid	4°
Hamburg	5°	Mailand	3°
List/Sylt	9°	Mallorca	17°
München	–5°	Moskau	–1°
Stuttgart	4°	Nizza	11°
Algier	9°	Oslo	2°
Amsterdam	3°	Paris	2°
Athen	11°	Prag	–3°
Barcelona	11°	Rom	5°
Brüssel	6°	Stockholm	7°
Budapest	0°	Tel Aviv	19°
Bukarest	2°	Tunis	12°
Helsinki	3°	Wien	–2°
Istanbul	9°	Zürich	–5°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch:** 8.12 Uhr, Untergang: 16.15 Uhr, **Mondaufgang:** 11.05 Uhr, Untergang: 18.36 Uhr.

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

